

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern

Martin Albrecht

**Rüstung und Zwangsarbeit
im nationalsozialistischen
Mecklenburg und Vorpommern**

Reihe
Beiträge zur Geschichte
Mecklenburg-Vorpommern
Nr. 11

unter Mitarbeit von:

Florian Ostrop

Reno Stutz

Petra Klawitter

Christine Kindt

Norbert Biege

Eleonore Wolf

Simone Labs

Schwerin 2007

© Copyright by
Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Arsenalstr. 08
19053 Schwerin

Druck und Layout:
Altstadt-Druck Rostock

3. leicht veränderte Auflage
November 2007

ISBN 978-3-89892-807-6

INHALTSVERZEICHNIS

Einführung	5
2. Rüstung und Militär in Mecklenburg und Vorpommern zwischen 1933 und 1945 (Martin Albrecht)	9
3. Zum Einsatz und zu den Lebensbedingungen von ausländischen Zwangsarbeitern während des Zweiten Weltkrieges in Mecklenburg-Vorpommern (Florian Ostrop)	30
4. Zwangsarbeit im Ostseeraum zwischen 1939 und 1945 - eine Wanderausstellung im Rahmen des Bundesprogramms CIVITAS (Reno Stutz)	49
5. Projektgruppe „Kriegsgräber“ der Regionalen Schule Gelbensande – seit 1999 aktiv (Petra Klawitter)	53
6. Erfahrungen bei der Projektarbeit am Herder-Gymnasium in Schwerin (Christine Kindt)	61
7. Aktive Geschichtsarbeit im Müritzkreis - Der Verein Land und Leute e.V. in Röbel (Martin Albrecht)	66
8. Geschichte und Technik in und um Rechlin (Norbert Biege)	71
9. Das Kriegsende in Neubrandenburg (Eleonore Wolf)	75
10. Der Förderverein Dokumentations- und Begegnungsstätte Barth e.V. und seine Geschichtsarbeit (Martin Albrecht)	86
11. Der Förderverein der Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin e.V. (Simone Labs)	91

12. Zeitzeugenberichte	96
· „Rechlin war meine Bestimmung“ (Benedykt Bolinski, ein polnischer Zwangsarbeiter in Rechlin)	96
· Post aus Utrecht (Herman Kugel, ein holländischer Zwangsarbeiter in Malchow)...	103
· KZ Barth Nr. 11927 (Ignacy Golik, ein polnischer KZ-Häftling in Barth)	108
· „Dieses Lager ist mit Dachau vergleichbar!“ - Erinnerungsberichte kanadischer und australischer Kriegsgefangener des Stalag Luft 1 Barth über die Entdeckung des KZ-Barth am 01.05.1945 (Zusammengestellt von Helga Radau)	111
13. Anschriften der Autoren, Projekte und Vereine	115
14. Bildanhang.....	117

Einführung

Mit Beginn des Jahres 1945 kehrte der Krieg in das Land zurück, von dem er seinen Ausgang genommen hatte.

Die Schuldfrage war klar. Der deutsche Imperialismus hatte den Krieg vom Zaune gebrochen. Die Frage, ob Deutschland als Ganzes Verantwortung trug, stellte sich damals nicht. Der Krieg war auf dem gesamten Territorium des Deutschen Reiches vorbereitet worden. In allen deutschen Ländern fand über Jahre hinweg Hochrüstung und Aufstellung neuer Militäreinheiten für den Kampf um die Weltmacht statt. Die Gebiete des heutigen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommerns bildeten da keine Ausnahme.

Die nationalsozialistische Soldateska rollte als kompakte Lawine über die Nachbarstaaten, und nur selten erkannten die Überfallenden norddeutsche oder gar Mecklenburger Dialekte. Sicher bemerkten alliierte Flieger an den gegnerischen Maschinen jene Wappen mit dem pommerschen Greifen. Vielleicht sahen sie darin nur heraldische Zeichen. Eindeutig zuordnen konnten diese Flugzeuge mit dem Balkenkreuz bestenfalls gut geschulte Feindlageoffiziere. Greifbarer erschienen den alliierten Mächte da schon die Bedrohungen, die vom pommerschen Peenemünde ausgingen. Aber gab es wirklich mehr als Himmel, Sand und einige wenige militärische Standorte im Land am Meer? War ein Gebiet des deutschen Reiches weniger in den Krieg einbezogen als andere, zentralere Regionen, seine Einwohner eigentlich unschuldig, bestenfalls willige Mitläufer des deutschen Imperialismus bei seinem zweiten Versuch im 20. Jahrhundert, die Welt neu zu ordnen?

Das heutige Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ist gemeinhin nicht als Land bekannt, das der Durchschnittsbürger mit dem deutschen Militarismus und dem nationalsozialistischen Terrorregime verbindet. Die Welt assoziiert mit dem Kriegsende 1945 auch in erster Linie solche historische Orte wie Berlin, München und Potsdam. Historische Plätze, die mit der größten Niederlage des deutschen Militarismus im kollektiven Vermächtnis der Menschheit verbunden werden, sind der Reichstag, die Reichskanzlei und die Schlachtfelder um Berlin. Geht es um Zwangsarbeit, die Ausbeutung von Arbeitssklaven und die Massenvernichtung jüdischer und osteuropäischer Opfer, so erinnern Schulbücher andere Plätze als pommersche oder mecklenburgische Kleinstädte und Wälder, wenn es um Täterorte geht.

Brutale Unterdrückung politisch andersdenkender und rassistisch missliebiger Personen begann in Mecklenburg und in Pommern weit vor der Machtergreifung durch die braunen Bataillone im Januar 1933. So waren die beiden Mecklenburg schon in den ersten Jahren der Weimarer Republik ein Hort der politischen Reaktion. Die Schwarze Reichswehr hatte in den frühen 20er Jahren ihre militärischen Strukturen und Waffenlager

über das ganze Land entfaltet. Trotz aller Anstrengungen politisch linker wie auch liberaler Parteien und konservativer Gruppierungen setzten sich nationalsozialistische Gruppen durch.

Schon im März 1932 kam in Mecklenburg-Strelitz eine von der NSDAP unterstützte Koalitionsregierung an die Macht. Alleinige Regierungsgewalt erlangte die braune Partei wenig später in Mecklenburg-Schwerin durch den Wahlsieg am 5. Juni 1932. Dem kleinen Staat kommt der zweifelhafte Ruhm zu, das erste von der NSDAP regierte deutsche Land gewesen zu sein. Das benachbarte Pommern besaß seit dem 20. Juli 1932 aufgrund des „Preußenschlages“ durch Reichskanzlers v. Papen keine demokratisch legitimierte Landesregierung mehr. Die Wahlergebnisse der Reichstagswahlen in der Provinz Pommern sprechen eine klare Sprache: Nachdem die NSDAP am 31. Juli 1932 mit 48% die stärkste Partei wurde, ging ihr Anteil bei den Novemberwahlen auf 43% zurück, um mit dem 5. März 1933 über 56% für sich zu gewinnen. In den drei Nordländern hatten die Nazis die Macht ergriffen.

Entsprechend massiv waren die einsetzenden Verfolgungen von demokratischen und Arbeiterparteien. Besonders stark waren die brutalen Maßnahmen in Pommern. Sogar der neue Preußische Ministerpräsident Hermann Göring sah sich zum Eingreifen gezwungen, um die politischen Abrechnungen seiner braunen Horden zu kanalisieren und die ihnen auf lange Sicht innewohnende Sprengkraft zu nehmen.

Ebenso wie die militärische und militärökonomische Basis erschien bei Kriegsbeginn sechs Jahre später das politische Hinterland sicher. Und so blieb es bezogen auf die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung im Land bis in die letzten Tagen des Infernos 1945. Hunderttausende Einwohner empfanden immer stärker die tödlichen Bedrohungen für ihr Leben und das ihrer Familien. Widerstand gegen das unmenschliche NS-System blieb ihnen aus unterschiedlichsten Gründen aber fremd. Eine wichtige Rolle spielte dabei die traditionelle Obrigkeitstgläubigkeit und die seit Generationen nur passive politische Betätigung in den auch weiterhin agrarisch dominierten ostelbischen Kerngebieten.

In allen Betrieben, seien sie landwirtschaftlicher, handwerklicher oder industrieller Struktur, wurde bis ins Jahr 1945 hinein oftmals über die Leistungsgrenzen der Arbeiter, Bauern und Angestellten hinaus „verbissen“ und „fanatisch“ für die Verlängerung des sinnlosen Krieges gearbeitet. Letztendlich war dies nur möglich, weil die Masse des deutschen Volkes in den Großstädten und Provinzen, in den Fabriken und Dörfern still hielt. Auch die menschlichen Gesten gegenüber den Fremdarbeitern und den geschundenen Arbeitssklaven, so gefährbringend und moralisch ehrenhaft solche Hilfe für die einzelnen Deutschen sicher waren, stellten selten das System der Ausbeutung bis hin zur Vernichtung in Frage. Umso höher sind die Taten der Widerstandskämpfer aus allen Bevölkerungsschichten anzurechnen.

In der teuflischen Logik der nationalsozialistischen Kriegsführung wurden die Rüstungsbetriebe vor mehr als 65 Jahren mit Vorrang mit diesen gezwungenen Arbeitskräften ausgestattet. Die neuen Werke waren somit nicht nur Produktionsstätten des Todes für die gegnerischen Soldaten und die angegriffene Zivilbevölkerung. Die produzierten Waffen und Munitiionsgüter brachten auch Not und Tod über die zur Arbeit gezwungenen Deutschen und Ausländer.

So war das Kriegsende und der deutsche Zusammenbruch ebenso notwendig, und nicht nur ein finaler Akt der letzten Momente in Mecklenburg und Pommern, mochten diese dann fünf Tage oder auch mehrere Wochen gedauert haben.

In dieser Zusammenstellung soll der historische Raum des modernen Landes Mecklenburg-Vorpommern im Lichte militärischer und rüstungspolitischer Aspekte vorgestellt werden. Spezifische historische und geographische Besonderheiten dieser Landschaft boten vielfältige Einsatzmöglichkeiten für den umfangreichen Einsatz der Zwangsarbeit zwischen 1939 und 1945. Bei vielen Deutschen sind die Bilder um das Kriegsende, um die Zwangsarbeiter, Todesmärsche und die vorgehenden Einheiten der Roten Armee Teil ihrer persönlichen Erinnerung geworden. Die Spuren, auch die mentalen sind bis heute nicht verwischt. Aktive Geschichtsarbeit unterschiedlicher Vereine hält heute die Erinnerung wach und mündet häufig in Projektarbeiten von Schülergruppen, die sich dem schwierigen Thema und dem Umgang damit im heimatlichen Umfeld widmen. Wie die Interviews und Befragungen zeigen, ist doch die Erinnerungsdichte der deutschen und ausländischen Zeitzeugen recht groß und zuweilen auch recht präzise.

Lange konnten und wollten sie darüber nicht reden. Dies war nicht nur der selektiven Erinnerungspraxis der DDR geschuldet.

Projekte verschiedener Art mit unterschiedlichen Trägern beschäftigten sich in den vergangenen Jahren mit der Dokumentation der Ausbeutung von Zwangsarbeitern und somit der Erforschung lokaler und regionaler Geschichte. Häufig traten zu kleinen engagierten Vereinen motivierende Lehrer und engagierte Schüler. Das geschah nicht zufällig an Orten, die direkt mit schriftlichen und mündlichen Zeitzeugenaussagen von ehemaligen Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen verbunden sind. Diese wertvollen historischen Quellen sind zumeist Ergebnis langjähriger, zielgerichteter Recherchetätigkeit.

Ausgewählte Jugendprogramme wie das Bundesprogramm „Civitas“ als Initiative gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, das Projekt „Zeitensprünge“ im Rahmen der Bundesinitiative „wir ... hier und jetzt“ und das „Xenos“-Programm zur Entwicklung demokratischer Strukturen unterstützten dankenswerterweise solche vielfältigen Basisbewegungen und schufen wertvolle Vernetzungen.

Im 60. Jahr nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges präsentieren sich in dieser Broschüre einige Vereine, Schulprojekte und Institutionen. Ein Querschnitt der lokalen Geschichtsarbeit im Land kann und soll nicht gegeben werden. Vielleicht sind die beiden Bilder im Beitrag zur Mahn- und Gedenkstätte Wöbbelin von Simone Labs Anregung genug, um die bedrückende Aktualität einer Beschäftigung mit der regionalen Geschichte zu verdeutlichen.

Nicht nur, sondern auch an solchen wichtigen Jubiläen.

Martin Albrecht

20. März 2005

2. RÜSTUNG UND MILITÄR

in Mecklenburg und Vorpommern zwischen 1933 & 1945

(Martin Albrecht)

Der Versailler Vertrag legte in seinen militärischen Folgebestimmungen ganz klar fest, über welche militärischen Mittel das Deutsche Reich nach der Niederlage noch verfügen durfte. Die Reichswehr der Weimarer Republik wurde durch das Wehrgesetz vom 23.3.1921 gebildet. Exakt festgeschrieben wurde die Stärke des stark reduzierten Heeres auf 100.000 Soldaten und Offiziere und der Reichsmarine mit 15.000 Matrosen und Seeoffizieren. Nur wenige Einheiten und Verbände der Reichswehr und der Marine verblieben in Städten des heutigen Bundeslandes, das in seiner Ausdehnung vollständig Teil des 1921 geschaffenen Wehrkreises II war. Dazu zählten Garnisonen in den Städte Rostock, Ludwigslust, Demmin, Pasewalk, Güstrow und Stralsund mit dem Dänholm. Eine Produktion von Waffen oder militärisch genutzten Gütern durfte in keiner Fabrik oder auf keiner Werft in diesem Gebiet erfolgen. Instandsetzungskapazitäten für Waffen und Kriegsggerät sollten zunächst nur im Heereszeugamt in Güstrow vorgehalten werden. Munitionsherstellung war im Norden grundsätzlich untersagt.

Nach der Machtergreifung der NSDAP 1933 wandelten sich die Bedingungen grundsätzlich. Nur wenige Jahre reichten den Nationalsozialisten und ihren industriellen Mentoren, um sicherzustellen, dass die Wehrmacht, als sie ab 1939 systematisch die Nachbarländer überfiel, in Massen Munition verschießen konnte, die in den mecklenburgischen und pommerschen Wäldern gefertigt worden war. Pommersche Brandbomben markierten mit deutscher Gründlichkeit die Ziele für die Luftwaffe und im Norden gefertigte Flugzeuge trugen den Tod in die Reihen der Feinde. Sie machten nur selten Unterschiede zwischen militärischen und zivilen Zielen.

Als am 20. April 1945 die Truppen der 2. Belorussischen Front der Roten Armee die Untere Oder überschritten und wenige Tage später den Osten des heutigen Bundeslandes überrannten, wurden beim Flugzeugbauer Heinkel immer noch hochmoderne Düsenjäger zusammengebaut, die wenig später in Parchim zu geschlossenen Jagdeinheiten formiert werden. Nur wenige Wochen vorher rollten in Peenemünde die letzten Projektile von V-2 - Raketen aus den Hallen. Und in den dichten Waldgebieten zwischen Randow und Elbe fügten zu diesem Zeitpunkt immer noch Tausende von Zwangsarbeitern Dutzende Arten von Munition zusammen. Die Vorräte in den weitläufigen Bunkeranlagen schienen selbst im Chaos des Untergangs noch für so manche Kämpfe zu reichen. Vereinzelt ergänzten Bestände von brandneuen, hochtoxischen Giftgasen das Arsenal des Todes.

All das sind Momente einer rasanten technologischen Entwicklung, die innerhalb der unseligen zwölf Jahre unter dem Hakenkreuz Teile Ostelbiens auf Spitzenplätze in der Liste hochspezialisierter Rüstungsgebiete

des Dritten Reiches katapultiert hatte. Eine Entwicklung, die anscheinend ebenso unvermittelt abbrach wie sie begonnen hatte.

Das Land östlich der Elbe war zu Beginn der 30er Jahre gekennzeichnet durch eine dünne Industrieverteilung mit nur wenigen entwicklungsträchtigen Kernen auf der Basis einer relativ schwachen, zumeist nicht systematisch und berufsbezogen qualifizierten Bevölkerung, die zudem eher konservativ als innovativ geprägt war. Die weite, von Seen, Feldern und Wäldern durchschnittene Landschaft und eine zuweilen weltabgeschiedene Lage vieler, nur schwer zur gewerblichen Entwicklung einladender Gebiete ließ wenig Anknüpfungspunkte für derartige explosionsartige Entwicklungen erkennen.

Über Generationen hinweg hatten sich zwischen der Niederelbe und Unteren Oder kleine Zentren der metallverarbeitenden Industrie herausgebildet. Sie waren im Maschinen- und Schiffbau tätig. Kleine Gießereien lieferten ihnen zu, bedienten aber ebenso wie einige chemische Fabriken überregionale Märkte. Überschaubare Metallfirmen konzentrierten sich in Wismar, in Rostock und im Gebiet zwischen Ribnitz und Barth. Im südwestlichen Mecklenburg produzierten kleine Betriebe in Boizenburg und Neustadt-Glewe. Im mecklenburgischen Seengebiet und in Ostmecklenburg kamen Metallbetriebe in Teterow, Malchin, Waren und Neubrandenburg sowie in Neustrelitz und Güstrow hinzu. Ein Zentrum im Vorpommern war der kleine Industrieort Torgelow im unmittelbaren Vorfeld Stettins. Alle diese Orte erlebten dann in der Mitte der 30er Jahre einen Aufschwung, bestimmten aber nicht die Schwerpunkte der einsetzenden Rüstungsproduktion.

Viele zunächst hemmende Faktoren für eine normale wirtschaftliche Entwicklung unter den Bedingungen einer offenen und freien Wirtschaft wandelten sich unter dem Raster einer zu allem entschlossenen Diktatur, die sich gezwungenermaßen noch lange mehr oder weniger geheim auf einen Revanchekrieg nach allen Seiten vorbereitete, zu ausnehmend begünstigenden Eigenschaften. Der Entwicklungsboom konnte in der Art, wie er in Mecklenburg und Vorpommern zu jener Zeit erfolgte, nur im außerökonomischen, d.h. hier im militärstrategisch erklärbaren Treibhaus erfolgen. Eine Verkehrung aller Werte, wie sie im Krieg bald die Regel werden sollte, brachte eine wirtschaftliche Blüte über das Land, die sich nicht nur auf die Konzerne und Kommunen erstreckte, sondern direkt auf das ganz private Leben vieler Mecklenburger und Pommern zurückstrahlte. Die Arbeitslosigkeit konnte sehr schnell zurückgedrängt werden. Nach einer schweren Zeit, gekennzeichnet für die Älteren durch die Erwerbslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise und für die Jüngeren durch die Chancenlosigkeit auf eine solide Ausbildung, erschlossen sich plötzlich Welten solider Tätigkeit in bis dato kaum denkbaren Berufen oder Anstellungen. Im unmittelbaren Sinne waren somit nicht nur die Firmen und Gemeinden, sondern auch die Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge die Nutznießer der nationalsozialistischen Aufrüstung. Dafür haben viele dann später teuer bezahlen müssen.

Es fanden zunächst Rüstungsanstrengungen gezielte Aufnahme im Land, die buchstäblich weite Räume für ihre Entfaltung, Erprobung und Einsatzerprobung benötigten. Der Region des heutigen Bundeslandes kam dabei zudem zugute, dass sie keinen „Grenzlandstatus“ hatte. Somit konnten dann in der eigentlichen Vorkriegszeit, zwischen 1934 und Herbst 1939, viele Rüstungswerke entstehen, da keine Luftgefährdung anzunehmen war, wie sie etwa in Hinterpommern von polnischen Flugzeugen ausgehen sollte.

Das größte zusammenhängende industrielle Projekt des Dritten Reiches, die Luftrüstung, eröffnete für dieses strukturschwache Gebiet ungeahnte Entwicklungswege. Das konzertierte Programm berührte fast alle Sparten der metallverarbeitenden Industrie, der feinmechanischen und elektrotechnischen Wirtschaft. Der Flugzeugbau überflügelte schon 1936 den etablierten und renommierten deutschen Automobilbau. Bei Kriegsbeginn war er gar der chemischen, und der eisenschaffenden Industrie nicht nur im Innovationsschub überlegen. Das war das Ergebnis der weit vorausschauenden, sorgfältigen Planung seitens der obersten militärischen Behörde für die Luftfahrt, des Reichsluftfahrtministeriums, das sich über alle Steuermechanismen anderer Industriezweige im Interesse des kriegswichtigen Aufbaus des neuen Militärzweiges hinwegsetzte. Die 1938 herausgegebenen „Industrierüstungsgrundlagen 1.4.38“ formulierten als Ziel, ein Netz von Flugzeug- und Flugmotorenwerken nebst der dazugehörigen Vorindustrie über das gesamte Reich zu legen. Insgesamt 38 Flugzeug- und 13 Flugmotorenwerke mit einer Kapazität von 18. 000 Flugzeugen jährlich sollten das Rückgrat einer starken Luftmacht sicherstellen. Im Frieden sollten zirka 60.000, im Kriegsfall bis zu 230.000 Arbeitskräfte die Produktion sicherstellen. Zwei Weisungen des Reichsluftfahrtministeriums missfielen den angesprochenen Konzernen und Geldgebern. Beide Festlegungen sollten im bald ausbrechenden Krieg gerade für Mecklenburg-Vorpommern weitreichende, wenn auch unterschiedliche Folgen für einige Bereiche der Produktion und den Sektor der Arbeitskräfte haben. Zum Einen mussten die Betriebe möglichst kleinteilig konzipiert und weit auseinander gezogen aufgebaut werden. Das bedeutete höhere Betriebsaufwendungen und längere zwischenbetriebliche Transportwege, ergab aber eine günstige Verteilung der Arbeiter auf verschiedene Standorte, die im Krieg schnell zu eigenständigen Belegschaften umgegliedert werden konnten. Die zweite Forderung bestand darin, die produktionstechnischen Anlagen vorwiegend im Einschichtbetrieb zu fahren. Das lief den Interessen der Industrie extrem zuwider, die eine möglichst intensive Ausnutzung der Grundmittel anstrebte. Hierdurch wurden gezielt Kapazitätsreserven geschaffen, die im Kriegsverlauf durch zusätzliche Arbeitskräfte erschlossen werden konnten. Die Möglichkeit eines Adhoc- Einsatzes von flüchtig Angelernten war hiermit faktisch schon geplant. Im Krieg wurde daraus bald der Einsatz von zur Arbeit gezwungenen Frauen und Männern.

Was für die Flugzeugindustrie im Rahmen des Dritten Reiches insgesamt galt, hatte für Mecklenburg ganz besondere Bedeutung. Der Flugzeugbau stand dank der zielgerichteten Förderung schon kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 ohne Konkurrenz da.

Von Warnemünde ausgehend, war der Rostocker Raum schon vor der Machtübernahme planmäßig zum Luftfahrtzentrum ausgebaut worden. Die Stadt Rostock wurde in den Folgejahren von diesem Sog erfasst. So steigerte sich der Flugzeugbauer Heinkel aus überschaubaren Anfängen in den 20er Jahren zum größten Arbeitgeber des Landes Mecklenburg im Dritten Reich. Im Jahr 1940 arbeiteten beispielsweise 30% der in der Rüstung im Wehrkreis II Tätigen im Rostocker Flugzeug- und Schiffbau. Auf Heinkel entfielen dabei 13.100 Arbeitskräfte, auf die Konkurrenzfirma Arado 4.500 und auf den U-Bootbau in der Neptun-Werft 3.400 Arbeiter. In diesen Zahlen sind auch ausländische Arbeitskräfte erfasst, zu denen im weiteren Kriegsverlauf viele weitere abhängige Beschäftigte wie Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Häftlinge und KZ-Insassen kamen. Die „Gefolgschaftsstatistik“ verzeichnete beispielsweise im Rostocker Heinkelwerk von Januar 1942 bis März 1943 einen Anstieg der Zahl der Kriegsgefangenen von 866 auf 1.606 Männer. Bei den ausländischen Zivilarbeitern erhöhte sich die Summe von 2.616 auf 6.700, dazu zählten beispielsweise 159 Italiener, 220 Ungarn, 901 Franzosen, 1.113 Polen und 3.650 Sowjetbürger. Die Produktionsbetriebe Ernst Heinkels sind stark bevorzugt worden. So überwies das Landesarbeitsamt Nordmark maßgeschneidert für den Wehrwirtschaftsführer im Februar 1942 aus der sowjetischen „Beute“ 360 Flugzeugbauer aus Charkow komplett als „Paket“ an die Heinkelwerke. Die Einsatzzahlen der Zwangsarbeiter aus den besetzten Gebieten stiegen dramatisch an. Heinkel soll nach Aussage von Gauleiter Hildebrandt im Frühjahr 1942 18.0000 Arbeitskräfte allein in Mecklenburg unter seiner Regie beschäftigt haben.

Während des Krieges war die Seestadt Rostock und ihr Umland folgerichtig bevorzugtes Ziel schwerer alliierter Bombenangriffe. Der Konzern Heinkel musste nach den schweren Luftangriffen auf Rostock vom April und vom Mai 1942 etwa 40 Ausweichobjekte im Mecklenburger und pommerschen Umland für die Dezentralisierung seiner Flugzeug- und Einzelteilproduktion nutzen. Der größte dieser Komplexe war das auf dem Fliegerhorst Barth exklusiv für den Heinkelkonzern eingerichtete Außenlager des KZ-Ravensbrück. Dort arbeiteten ab November 1943 bis Kriegsende insgesamt zwischen 6-7.000 Frauen und Männer. Doch auch die anderen Verlagerungsbetriebe hatten durchaus große Dimensionen. Bei Rövershagen im Lager Schwarzenpfost produzierten beispielsweise vom Mai 1944 bis zum 1. Mai 1945 weitere 1.000 weibliche KZ-Häftlinge für den Konzern.

Trotz der Luftangriffe gelang es, im August 1944 den höchsten Produktionsausstoß Heinkels zu Kriegszeit zu erzielen, und noch Ende April '45 sollen 14.000 deutsche und ausländische Arbeiter in den Werken

Marienehe, Bleicherstraße, Werftstraße und Patriotischer Weg allein am Rostocker Standort gearbeitet haben.

Im Rostocker Raum zählten 1943 weiterhin knapp 3.450 Arbeiter zum Flugzeugbauer Arado. Verlagerungen erfolgten nach den schweren Angriffen auf Rostock nach Malchin (723 Arbeitskräfte), Greifswald (292) und auf den Fliegerhorst Tutow (242). Das Zweigwerk Anklam beschäftigte 1.723 Ausländer, davon 500 holländische, belgische und polnische Zwangsarbeiter sowie Ostarbeiter, belgische und französische Kriegsgefangene, italienische Militärinternierte und Häftlinge des Wehrmachtgefängnisses Anklam. Nach einem massiven Angriff der amerikanischen Luftwaffe am 9. Oktober 1943 auf Anklam erfolgte eine weitere Aufsplitterung der Produktion nach Jarmen, Ducherow, Ferdinandshof und Sanitz.

Der Standort Wismar für die süddeutsche Flugzeugfirma Dornier war zu Beginn der 30er Jahre in einer abgestimmten Suche der Betriebsführung, der Reichswehr und der Stadt Wismar gefunden und erschlossen worden. Als Norddeutsche Dornier Werke beschäftigte das Werk 1944 insgesamt 4.437 Arbeiter und Angestellte.

Die Firma Walter-Bachmann Flugzeugbau im mecklenburgischen Ribnitz war eine der ältesten Flugzeugbauunternehmen in Mecklenburg. Sie fertigte im Krieg als Zulieferer für Großfirmen diverse Steuerungselemente, Tragwerke und Bordeinrichtungen für Jagdflugzeuge. Bachmann dehnte sich auf die pommerschen Städte Damgarten und Barth aus und beschäftigte während des Krieges 2.500 Arbeiterinnen und Arbeiter, zu denen französische und polnische Fremdarbeiter und andere Ostarbeiter gehörten.

Im Gefolge der expandierenden Flugzeugfirmen kam es zu einer Blüte der entsprechenden Zulieferindustrie, die mit Kriegsbeginn weitere gewaltige Ausdehnungen erfuhr. Die beiden bedeutendsten Firmen des Landes waren die Mechanische Werkstätten Neubrandenburg (MWN) und Mecklenburgische Metallwarenfabrik (Memefa) in Waren.

Die Mechanische Werkstätten Neubrandenburg (MWN) wurden als metallverarbeitender Betrieb 1934 unter der Bezeichnung Curt Heber GmbH gegründet. Seit 1937 stellte der Betrieb unter der neuen Bezeichnung Bombenabwurfgeräte, Lafetten für Bordbewaffnung und andere Zubehörteile für die Luftrüstung her. 1943 soll der Betrieb 6.470 Beschäftigte, davon 2.642 ausländische Zivilisten beschäftigt haben. Ab April 1943 arbeiteten in Neubrandenburg auch KZ-Häftlinge. Von zunächst 200 stieg die Anzahl auf über 6.000 weibliche Häftlinge am Jahreswechsel 1944/45.

Die Mecklenburgische Metallwarenfabrik (Memefa) war ein Zweigwerk der Dürener Metallwaren-AG und somit eine Tochter des Quandt-Konzerns. Auch sie lieferte der vielgliedrigen Luftfahrtindustrie zu. Im Jahr 1943 beschäftigte die Firma in Waren 2.572 Angestellte, darunter viele Ausländer.

Aber auch kleinere Betriebe nutzten im hohen Maße abhängige Arbeitskräfte. So schätzt man, dass im Torgelower Raum 3.500 bis 4.000 Zwangsarbeiter auf ein knappes Dutzend Betriebe der Rüstungsindustrie verteilt

waren. In den Torgelower und Ueckermünder Gießereien stellten die Sowjetbürger den größten Anteil an Fremdarbeitern.

Ein weiterer Rüstungsschwerpunkt, der aber nach außen hin weitestgehend unbemerkt vorangetrieben wurde, war die Anlage von Sprengstoff- und Munitionsbetrieben in den ausgedehnten Waldgebieten. Die meisten dieser Werke waren, im Gegensatz zu den Flugzeugfabriken, in Staatsbesitz. Träger dieser neuartigen Einrichtungen in den ausgedehnten Wäldern waren Konsortien, die nach dem „Montanschema“ des Heereswaffenamtes über Jahre hinweg auf staatliche Kosten geschaffen und unterhalten worden sind, um zum geeigneten Zeitpunkt, d.h. bei der unmittelbaren Kriegsvorbereitung oder für die zu führenden Feldzügen den Konzernen ausreichende Produktionsanlagen bereitzustellen, die die militärischen Aktionen sicherstellen sollten. Aus angelieferten Halbprodukten der chemischen Industrie wurden verschiedene Arten von Sprengstoffen für die Geschossfüllung und für Sprengkapseln bzw. Zünder laboriert. Abnehmer waren alle Wehrmachtsteile, also Heer, Luftwaffe und Marine. Die wichtigsten Produktionsstätten dieser „Montanindustrie“ lagen bei Kriegsbeginn in der Nähe von Dömitz, Malchow, Torgelow, Ueckermünde und Barth.

Bis Herbst 1939 waren in diesen Fabriken jeweils entsprechend der ins Auge gefassten Kapazität um die 1.000 deutsche Arbeitskräfte eingesetzt. Im Krieg ersetzte man die Deutschen nach und nach trotz verschiedener Sicherheitsbedenken der Wehrmacht und des Nazistaates durch ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Belegschaftsstärke erreichte bei Kriegsende bis zu 5.000 Beschäftigte, wie es 1945 für den Waldkomplex bei Malchow belegbar ist. Die vergleichsweise kleinen „Pommerschen Industrie Werke (PIW)“ in Barth beschäftigten 1944 beispielsweise ca. 3.600 Arbeiter einschließlich 1.500 Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter. Im Bereitschaftslager Barth-Holz waren davon im April 1944 1.271 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, im Lager Barth-Stein im Mai 1944 exakt 1.479 deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter untergebracht.

Einige der Werke besaßen Füllstellen für Munition. Hier wurde Abwurfmunition hergestellt, d.h. Bomben und auch Granaten gefüllt. Die Sprengstoff- und Munitionsbetriebe belieferten die Munitionsanstalten („Muna's“) der Wehrmachtsteile Heer, Marine und Luftwaffe, die ab 1935 in menschenarmen, waldreichen Gebieten angelegt worden waren und ständig wachsende Munitionsmengen für den Revanchekrieg horten sollten. In vielen von ihnen erfolgte neben der Lagerung von diversen Munitionssorten auch die Zusammensetzung der Geschosse, wenn sie aus mehreren Teilen, wie Geschoss und Hülse bestanden. Die Belegschaften bestanden aus Militärangehörigen, aus Dienstverpflichteten und einer ständig größer werdenden Anzahl von Kriegsgefangenen, zu denen später auch Zwangsarbeiter und KZ-Häftlingen kamen. In der Luft-Hauptmunitionsanstalt Strelitz/Fürstensee arbeiteten so z.B. unter der Regie von 118 Luftwaffenbeamten und -soldaten zu Kriegsbeginn fast 1.000 dienstverpflichtete deutsche Frauen und Mädchen. Im Kriegsverlauf wuchs die Belegschaft der Luft-

Haupt-Muna durch den Einsatz von Gefangenen, Zwangsarbeiterinnen und zuletzt von KZ- Insassinnen auf nahezu 4.000 Arbeitskräfte an.

Somit arbeiteten in den Munitionsanstalten des Wehrkreises II weitere Tausende Arbeitskräfte, die in der Regel erst bei der Annäherung der alliierten Kampfverbände ihre Tätigkeiten einstellen durften. Weitläufige Munas des Heeres bestanden beispielsweise in Güstrow, Demmin, Schwerin und Löcknitz; die wichtigsten Munas der Luftwaffe im Lande in Fürstensee und Torgelow. Ebenso wie die Munitionsanstalten während des Krieges nur selten von Luftangriffen berührt wurden, sind sie bis auf Ausnahmen, wie etwa Fürstensee, nicht im Krieg oder in den Endkämpfen zerstört worden. Die Anlagen sind nach dem Krieg demontiert, die Bunker mehr oder weniger systematisch gesprengt und die Munition zerstört worden. Reale Gefahr geht von den maroden baulichen Resten und von den zuweilen unvollständig vernichteten Materialien aber in einigen Fällen bis heute aus.

Eng verbunden mit der Produktion der Waffen nebst Munition und im Auftrage der zukünftigen Nutzer, d.h. der Wehrmachtsteile, errichtete das Militär in den Landstrichen an der Ostsee zwischen Lübeck und der Insel Wollin eine bemerkenswerte Zahl von Forschungs- und Testeinrichtungen des Heeres, der Luftwaffe und dann im Krieg auch der Kriegsmarine. Wiederum lag einer der Gründe in der Abgeschiedenheit, ein anderer in der Weitläufigkeit der benötigten Geländeteile. Die neuen Waffen brauchten Platz, ihr Probeeinsatz wenige Zuschauer.

Im Wehrkreis entstanden etwa in den Grenzen des heutigen Landes Mecklenburg-Vorpommern Entwicklungs- und Erprobungskapazitäten für neue und neueste, damals zuweilen sicher futuristisch anmutende Waffensysteme, die, obwohl sie ihre ersten Anwendungen noch durch das NS-System im II. Weltkrieg erlebten, ihre vollen Wirkungen erst während der Nachkriegszeit zeigten. Die ersten Düsenflugzeuge, raketengetriebene Luftfahrzeuge und weitere bahnbrechende Entwicklungen der Luft- und Raumfahrt fanden hier den ersten Ort ihres Auftretens.

Die älteste Testbasis, die Erprobungsstelle der Luftwaffe in Rechlin an der Müritz, kann in ihren ersten bescheidenen Anfängen bis in den Ersten Weltkrieg zurückverfolgt werden. Der immer stärkere und umfangreichere Aufbau der Luftwaffe erschloss dem Standort immer mehr Aufgaben, für die bald drei Flugfelder im Komplex genutzt werden konnten. Kaum ein deutsches Flugzeug der 30er und 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts ist nicht über der Müritz getestet worden. Eine große Vorführung in dieser wichtigsten Erprobungsstelle des Reiches vor Hitler am 3. Juli 1939 schien dessen Meinung zu bestätigen, dass der Krieg mit den vorhandenen oder in nächster Zeit einzuführenden Flugzeugen zu gewinnen sei. Wichtige Waffen- und Gerätetests fanden in Tarnewitz an der Ostsee statt. Artilleriesysteme des Heeres konnten in Misdroy auf Wollin ausgiebigen Tests unterzogen werden. Während des Krieges kamen weitere Erprobungsstellen der Marine in Waren für maritime Kleinkampfmittel und in Neubrandenburg für die Torpedowaffe hinzu. An allen diesen Orten wa-

ren Kriegsgefangene, später auch Zwangsarbeiter für diverse Arbeitsaufgaben konzentriert.

Scheinen diese Anstalten als Erprobungsstellen durchaus vergleichbar mit Einrichtungen wie sie in allen Armeen der Welt vorhanden waren, um die Qualität der von der Industrie bereitgestellten Waffen zu prüfen, so stellte der Komplex auf der Insel Usedom bei Peenemünde ein Novum in der Geschichte der Kriegsvorbereitung von Armeen und Staaten dieser Welt dar. Nicht zufällig wurde diese Art der Projektarbeit seitens eines diktatorischen Staates kreiert, der die Weltherrschaft im Visier all seiner Aktivitäten hatte. Ebenso schnell wurde das Erfolgsrezept dann auch durch andere, global agierende Staaten kopiert.

Am Beginn der Überlegungen stand die Zielstellung, eine Großrakete zu entwickeln, die eine militärische Nutzlast von einer Tonne sicher über 200 km transportieren sollte. Ein Gelände für die Tests samt der Produktions- und Erprobungsversuche wurde an der Pommerschen Küste gesucht und gefunden, nicht zuletzt wegen der Abgeschiedenheit und der weiten Schussbahn nach Osten an der pommerschen Küste entlang. Die Projekte wurden erweitert und neben dem Heer holten die Rüstungsplaner schnell die Luftwaffe ins Boot. So entstanden am Standort Peenemünde die Erprobungsstelle der Luftwaffe (Peenemünde West) und die Heeresversuchsanstalt für die Raketenentwicklung. Der Staat fasste alle nötig erscheinenden Einrichtungen des Militärs, der Wissenschaft und der Industrie an einem Ort für ein Bündel von strategischen Aufgaben zusammen.

Im Wehrkreis II entstand so in Vorpommern der erste militärisch orientierte, interdisziplinäre wissenschaftlich-technische Forschungskomplex der Weltgeschichte. Hier praktizierten Militärs und Wissenschaftler nicht nur eine zukunftsorientierte Waffenentwicklung. Großzügig stieß man in erfolversprechende Bereiche der Grundlagenforschung vor und bewegte sich im absoluten Neuland, um effektive technologische Umsetzungsvarianten zu finden. Ab 1936 wuchsen auf den Arealen im Norden der Ostseeinsel Komplexe des Heeres und der Luftwaffe in den Himmel, für die insgesamt weit mehr als 300 Millionen Reichsmark investiert worden. Mit Kriegsbeginn intensivierten die Behörden alle Arbeiten und viele der Bauprojekte wurden zeitweise dem Generalbauinspekteur für die Reichshauptstadt, dem Architekten Albert Speer direkt unterstellt. Der Komplex wurde in einer Ausdehnung von Dutzenden Quadratkilometern planmäßig fertiggestellt. Im Jahre 1942/43 arbeiten dort schon 10. - 12.000 Wissenschaftler, Militärs und zivile Mitarbeiter. Hunderte Zwangsarbeiter schufteten für die Baufirmen oder in Versuchsbetrieben. Eine vergleichbare Zusammenballung wissenschaftlicher, industrieller und baulicher Kapazitäten außerhalb Nazideutschlands entstand erst mit deutlichem Zeitverzug bei der Konzipierung und Realisierung des Manhattan-Projektes für die Entwicklung der Atom-Bombe in den USA.

Auf zwei Momente der Rüstungsproduktion in Mecklenburg und Vorpommern soll noch hingewiesen werden, die zunächst wenig miteinander

zu tun haben scheinen. Es handelte sich um die Ausbildung neuer Arbeitskräfte und den später folgenden Einsatz von Zwangsarbeitern. Beide Erscheinungen gehören im Wehrkreis II eng zusammen.

Der Werksneubau der metallverarbeitenden Industrie und insbesondere der Luftfahrtindustrie sowie die Anlage der Einrichtungen der Montanindustrie erfolgten oftmals auf der „Grünen Wiese“. Ein gravierender Engpass trat für die Privatfirmen wie für die im Staatsbesitz befindlichen Betriebe auf. Es mangelte im Norden im hohen Maße an ausgebildetem Personal. Einen kleinen Teil der qualifizierten Arbeiter und Angestellten brachten die Stammfirmen aus anderen Reichsteilen mit. Ein Firmen- oder Arbeiterethos mit einer Tiefe über eine Generation oder noch weiter zurück, wie er beispielsweise bei der hochentwickelten Werftindustrie im Norddeutschen das Rückgrad der Arbeiterschaft bildete, fehlte oftmals in den neuen Gebieten.

Ein hochqualifizierter Arbeiterstamm musste somit erst herangebildet werden. Eine Möglichkeit war der Aufbau eigener, auf einem hohen Niveau angesiedelter Lehrausbildungseinrichtungen, ein anderer Weg die Bindung von gut ausgebildeten Facharbeitern, die an anderen Orten geworben worden waren, durch die großzügige Bereitstellung von Wohnraum. Beide Wege wurden beschritten.

Die Lehrlingsausbildung, die in allen diesen neuen Betrieben der Luftfahrt und der Montanindustrie in großer Breite einsetzte, war hervorragend und trug u.a. nach dem Krieg dazu bei, solide ausgebildete Facharbeiter für den sich neu etablierenden Schiffbau in dieser Region bereitzustellen.

Die Rüstung und der Aufbau neuer Waffengattungen im Dritten Reich brachten den Bewohnern zunächst Arbeit und in den neuen Wohnungen einen überdurchschnittlichen Lebensstandard, der im Vergleich mit den Bedingungen im Umfeld als spürbare Verbesserung empfunden wurde. Die neuen Produktionsstätten dehnten sich kräftig aus und zogen in merkwürdigen Größenordnungen zusätzliche Arbeitskräfte aus dem Umland in ihren Bann. Neben den ausgedehnten Wehrmachtsobjekten und Produktionsstätten wuchsen lichte Wohnkomplexe für die neuen Beschäftigten und die hierher kommandierten Betriebs- oder Wehrmachtsangehörigen einschließlich ihrer Familien. Diese Wohngebiete erfüllten dabei quasi nebenbei ihre Aufgaben im Sinne der apostrophierten „Schönheit der Arbeit“ im System der Sozialdemagogie der Nationalsozialisten.

Von diesen für langfristige Nutzung geplanten Wohnviertel deutlich abgesetzt wurden von staatlichen und privaten Trägern zusätzliche Unterkünfte errichtet, die als „Bereitschaftslager“ in den arbeitskräfteintensiven Aufbauzeiten deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, häufig dienstverpflichtete Mädchen, aufnahmen. Als Massenquartiere schossen die „Holz“ und „Stein“-Lager aus dem Boden, die aus schnell errichteten Holzbaracken oder spartanisch ausgestatteten Ziegelflachbauten bestanden. Sie bildeten später im Krieg die baulichen Kerne für die Unterbringung ausländischer Zwangsarbeiter. Zuweilen wurden sie auch zu KZ-Anlagen umfunktioni-
niert.

In einigen Orten, so in Malchow, war vorgesehen, dass zumindest ein Teil jener Gebäude nach der Nutzung für den Aufbau der Werke den natürlich sehr interessierten Gemeinden überlassen werden sollten. Die Planung war mittelfristig so angelegt, dass nach dem Auslaufen der Kriegsproduktion etwas ins Auge gefasst worden war, das heute unter dem Begriff „Konversion“ fallen würde. Bemerkenswerterweise erscheinen solche Vorstellungen auch seitens des Stabsamtes von Hermann Göring. Dies nicht in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Luftwaffe und somit als einem der größten Verbraucher der Munition, sondern in einer seiner vielen anderen Funktionen im Dritten Reich: in der des Reichsforstmeisters. Er verfügte, dass für solche Produktionsanlagen vorrangig minderwertiger Waldbestand als Standort in Frage käme, der nach dem „Endsieg“ wieder gründlich entmilitarisiert werden möge.

Ungeplant war dann allerdings die Konversion, wie sie von den Siegermächten nach 1945 verfügt worden ist. Die Arbeitslager und ein Teil der Wohngebäude überstanden - so in Malchow, Barth und Torgelow - den Abriss der weiten Produktionsanlagen gemäß des Potsdamer Abkommens und werden bis in die Gegenwart u.a. zu Wohnzwecken genutzt. Durch geschickte Politik der Kommunen und wohlmeinende Fürsprecher in den Landesbehörden gelang es in der unmittelbaren Nachkriegszeit, mit Genehmigung der sowjetischen Behörden einige infrastrukturelle Anlagen, wie Wasserwerke und Elektrostationen zu erhalten.

In der Phase der deutschen Anfangssiege im Zweiten Weltkrieg war die Auslastung der Rüstungsbetriebe trotz des Einschichtbetriebes auch bei der Einberufung eines Teiles der Arbeiter noch kein Problem. Mit dem Fortschreiten des Krieges verschlechterte sich die Arbeitskräftesituation. Immer mehr Facharbeiter, auch solche, die gerade erst in den neuen Betrieben ihre Ausbildung beendet hatten, wurden zum Militärdienst eingezogen und die Forderungen der Wehrmacht stiegen im Laufe der Zeit noch dramatisch an.

Die Nazis vertrauten so sehr ihrer militärischen und wirtschaftlichen Planung, dass sie den Widerstand der ausländischen Gegner gering schätzten. Als dann die Zeit der Blitzkriege endgültig vorbei war, gerieten Anspruch und Realität immer weiter auseinander. Der einschichtige Friedensbetrieb konnte nicht länger aufrecht erhalten werden. Der Krieg gegen die Sowjetunion brachte die noch sehr friedensgemäßen Planungen für die Rüstungsindustrie vollends durcheinander. So reichten bald weder die Arbeitskräfte noch die Rohstoffe. Es traten gerade in der Waffen- und Munitionsindustrie Lieferrückstände für wichtige Kriegsmaterialien auf. Der mecklenburgische Gauleiter Hildebrandt schaltete sich beispielsweise persönlich ein, und befahl, dass durch Überstunden noch im Jahr 1941 Rückstände in der Flugzeugproduktion bei Heinkel in Rostock und Bachmann in Ribnitz aufzuholen seien. Die Munitionswerke in Dömitz und Malchow erhielten die Aufforderung, zunächst für einen begrenzten Zeitraum zur 60-Stunden-Woche überzugehen.

Notmaßnahmen für die betroffenen Rüstungsbetriebe, wie etwa die Dauerbeurlaubung von dringend benötigten Facharbeitern seitens der Wehrmachtsteile oder im Jahr 1940 der Verzicht, Arbeiter einzuziehen, die vor 1909 geboren worden waren, brachten kaum Entlastung. In einigen Schlüsselbetrieben verfügten die Werksleitungen wiederum Verlängerungen der wöchentlichen Arbeitszeit auf generell 60 h ab 1942, in allen Betrieben dann ab Juli 1944 auf. In besonders wichtigen Komplexen - so in der Fertigung von Jagdflugzeugen - erhöhte sich die Arbeitszeit auf 72 h und mehr für männliche Arbeitskräfte. Verstärkt wurden deutsche Frauen und Mädchen für die Rüstungsproduktion dienstverpflichtet. Kriegsgefangene und ausländische Arbeiter wurden aus landwirtschaftlichen Betrieben in Rüstungsunternehmen umgesetzt. Zu jenen Fremdarbeitern, die bis 1941/42 noch in ihren Heimatländern mehr oder weniger freiwillig geworben worden sind, kamen bald solche hinzu, die durch gewaltsame Zuweisung nach Deutschland gepresst worden sind. Wenig später ersetzten Zwangsarbeiter massenhaft die deutschen Arbeiter in den Rüstungsbetrieben, ab 1943/44 kommandierten die NS-Behörden auch KZ-Häftlinge in die Betriebe.

Die deutsche Kriegsproduktion stieß an ihre klar erkennbaren Grenzen. Die großen Schwachstellen der Planung wurden sichtbar. Die im Wehrkreis II gerade errichteten Betriebe der Sprengstoffindustrie und die brandneue Flugzeug- und Zubehörindustrie hatten aber einen wesentlichen Vorteil im Vergleich zu älteren Anlagen in anderen Reichsteilen. Sie waren oftmals als Stätten der Serien- und Massenproduktion so ausgelegt, dass neben einem hochqualifizierten Stamm eine nahezu beliebige Zahl von kurzfristig angelernten Arbeitskräften die einfachen Produktionsgriffe übernehmen konnten. Die Stufen der innerbetrieblichen Arbeitsgliederung waren auf den Einsatz von vielen angelernten, unqualifizierten Arbeitskräften orientiert. Und dafür passten die verschiedenen Stufen der abhängigen Arbeit wie maßgeschneidert. Arbeitsorganisation und Zwangsarbeit korrespondierten mit deutscher Perfektion. Auch räumlich konnten die Werke sich zumeist frei erweitern, so dass also einer linearen Erhöhung des Produktionsausstoßes eher das Problem fehlender hochqualifizierter Aufsichtskräfte und nicht ausreichender Rohstoffe im Wege stand.

In Mecklenburg lag der Anteil von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern in Rüstungsindustrie und Landwirtschaft deutlich über dem Reichsdurchschnitt. Schätzungen für das Jahr 1943 gehen von einem Anteil von bis zu 50% aus. Die einsetzende Entwicklung in den Folgejahren vergrößerte diesen Part nur. Für den Wehrkreis II sind für den Mai 1943 in der Rüstungsindustrie 116.000 Arbeitskräfte erfasst, darunter 44.980 Ausländer. Zuvor waren im November/Dezember 1942 über 20.000 Arbeitskräfte von der Landwirtschaft in die Rüstungsbetriebe umgesetzt worden. Um Juni 1941 hatten noch 76,3% der Zwangsarbeiter entsprechend der Wirtschaftsstruktur des Landes in der Land- und Forstwirtschaft gearbeitet. Zu den Fremdarbeitern kamen ab 1944 noch über 25.000 Häftlinge aus Konzentrationslagern.

rationslagern, insbesondere aus dem Konzentrationslagern Ravensbrück und Sachsenhausen. Unter ihnen war ein hoher Anteil jüdischer Frauen und Männer.

In der perversen Logik des Totalen Krieges, wie er von Goebbels im Februar 1943 der Welt und dem eigenen Volk verordnet worden war, lag es, dass die deutsche Kriegsmaschine zunehmend durch den immer brutaler werdenden Einsatz von Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen in Industrie und Landwirtschaft bestimmt und aufrechterhalten wurde. Nicht die Wunder von Rüstungsplanern, sondern das Blut der zur Arbeit Gepressten hielt gerade in Mecklenburg-Vorpommern die Rüstungsmaschine am Laufen. Die Decke der eigenen Arbeitskräfte war zu kurz. Der umfassende Einsatz der ausländischen Arbeitskräfte und Zwangsarbeiter stützte, ja in der zweiten Kriegshälfte ermöglichte er geradezu erst die Fortführung der barbarischen nationalsozialistischen Kriegsführung.

Die Industrieansiedlungen in Mecklenburg-Vorpommern waren in ihrer Quantität naturgemäß nicht vergleichbar mit denen im Ruhrgebiet oder mit dem Berliner Ballungszentrum. Im Rüstungsgefüge des Dritten Reiches kam ihnen indes eine große Bedeutung zu. Insbesondere bei der Wiederaufrüstung und in der zweiten Kriegshälfte stellten die Fabriken einen deutlichen Aktivposten dar. In einigen Sektoren erlangten Werke der Montanchemie, der expandierenden Luft- und zart keimenden Raumfahrt eine technologische Kompetenz, die dem Standort in der mecklenburgischen und vorpommerschen Provinz überregionale Bedeutung zukommen ließ.

Der Kampf der Wehrmacht an allen Fronten machte andererseits erst die Erhaltung des mörderischen Arbeitssystem im Hinterland möglich. Viele Soldaten hielten bis zum Ende den Schild hoch. Soldaten aus Mecklenburg und Pommern waren an allen Fronten beteiligt. Als 1945 der Krieg in ihr Heimatland einbrach, waren die in Pommern und Mecklenburg aufgestellten Einheiten über alle Himmelsrichtungen verstreut. Die wenigsten Soldaten kämpften in den letzten Kriegstagen in ihrer eigentlichen Heimat.

Der Wehrkreis II erfasste mit den beiden Mecklenburg, der nördlichen Uckermark und ganz Pommern im Jahre 1939 fast 57.000 Quadratkilometer Fläche bei knapp 3.350.000 Einwohnern.¹

Zu Zeiten der Weimarer Republik war im Wehrkreis zunächst die 2. Infanterie-Division mit dem Stab in Stettin stationiert, die im Zuge der Heeresvermehrungen zwei Jahre nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten den Stamm für die umgegliederte neue 2. Infanterie-Division in Stettin, die 12. Infanterie-Division in Schwerin und die 32. Infanterie-Division in Köslin bildete.

Bis zum Kriegsende 1945 formten die Ersatzeinheiten im Wehrkreis mindestens 17 weitere Divisionen, die ins Feldheer an die Fronten oder als

1 Zum Vergleich: Das heutige Bundesland Mecklenburg-Vorpommern umfasst von diesem Territorium nur den Westteil bis zum Stettiner Vorfeld im Osten unter Einschluss der Inseln Rügen und des größten Teils von Usedom. Das Land hat eine Fläche von 23.173 Quadratkilometern und in 6 /2004 noch rund 1.726.000 Einwohner)

Ausbildungsdivisionen dem Ersatzheer zugeführt worden sind. Sie waren an allen Fronten des 2. Weltkrieges eingesetzt.

Die Kampfstärken der Divisionen waren je nach dem Zeitpunkt der Aufstellung im Kriegsverlauf unterschiedlich. Im Schnitt zählten zu einer kriegsgemäß gegliederten und aufgefüllten Division 15-17.500 Soldaten. Die 258. Infanterie-Division, 1939 in Stettin aufgestellt, hatte z.B. eine Kriegsstärke von 491 Offizieren, 99 Beamten, 2.165 Unteroffizieren und 12.264 Mannschaften - in summa 15.364 Mann. Geht man davon aus, dass auch noch Einheiten und Verbände der Luftwaffe, der Kriegsmarine und später auch der Waffen-SS gebildet worden sind, so darf man annehmen, dass mehr als 450.000 Männer aus Mecklenburg und Pommern freiwillig oder unfreiwillig Kriegsdienst geleistet haben. Vergleiche mit anderen Gebieten legen nahe, dass davon mindestens 1/3 in den 6 Kriegsjahren gefallen oder verwundet worden sind.

Zur Zeit der Aufstellungen der drei genannten Infanterie-Divisionen entstand in Stettin ab 1935 als Führungsrahmen für diese Großverbände das II. Armeekorps. Das Korps erhielt mit Kriegsbeginn 1939 spezielle Aufgaben, die sich aus seiner Lage im Vorfeld der deutsch-polnischen Grenze und dem deutschen Angriff ergaben. Die Divisionen wurden der 4. Armee unterstellt und fielen in die westpreußischen Gebiete ein.

Nach dem Frankreichfeldzug, der das Korps durch die Ardennen und entlang der Somme und Loire führte, wurde das II. Armeekorps an der Kanalküste der 6. Armee des Generalfeldmarschalls Reichenau unterstellt. Das Korps entging zunächst dem späteren Schicksal dieser Armee in Stalingrad, wurde es doch den Sturmtruppen zugeteilt, die im Bestande der 18. Armee auf Leningrad marschieren sollten. Der Angriff auf diese Metropole war bekanntermaßen vergeblich. Aus Ostpreußen heraus führte im Unternehmen „Barbarossa“ der Weg bis zum nordrussischen Ilmensee und auf die Waldaihöhen. Große Verluste hatten die Verbände in den Kesselschlachten um Demjansk im Jahre 1942. Starke Ausfälle trafen insbesondere die Schweriner 12. Division unter ihrem damaligen Kommandeur Generalleutnant Walter v. Seydlitz-Kurzbach. Die Reste des II. Armeekorps gingen dann 1945 in Kurland in sowjetische Gefangenschaft.

Von den insgesamt 20 mecklenburgisch/pommerschen Divisionen befanden sich 1945 nur Teile der 281. Division und einige kleinere Garnisons- oder Ausbildungseinheiten auf dem Territorium ihres alten Wehrkreises. Diese Division kämpfte zunächst um Stettin und in den letzten Apriltagen in der Gegend von Neubrandenburg, bevor die letzten Überlebenden versuchten, die Elbe und damit die Kriegsgefangenschaft bei den Westalliierten zu erreichen.

Ebenso wie der Aufbau des Heeres nach 1933 in Mecklenburg und Vorpommern schnell voranging, wurden intensive Arbeiten für den Aufbau der neuen Luftwaffe aufgenommen. Analog zur Entwicklung der Rüstungsindustrie kamen dem Land seine Weite und Abgeschiedenheit zugute. Es entstanden hier die Kerne und ersten Verbände der gefürchteten Kampf-

flieger, Aufklärer und Sturzkampfflieger des Dritten Reiches. Ab Mitte der 30er Jahre formierten sich in Schwerin und Barth erste Sturzkampf („Stuka“-)Einheiten. Bomber (Kampfflieger)-Staffeln übten in Greifswald und Tutow ihre todbringenden Einsätze und Aufklärer sammelten sich in Prenzlau. Abteilungen der Luftabwehr („Flak-Artillerie“) übten in Wustrow, Altwarp und Zingst, ihre Garnisonen lagen in Tutow, Barth, Wustrow, Greifswald und Stralsund. Soldaten der fliegenden Verbände wie auch solche der Flak-Einheiten erwarben Erfahrungen im Rahmen der Legion Condor, mit der das nationalsozialistische Deutschland die antikommunistischen Truppen des putschenden Generals Franco im spanischen Bürgerkrieg gegen die legal gewählte linke Volksfrontregierung 1936-1939 unterstützte.

Die Kriegsmarine baute in nahezu allen Häfen der mecklenburgischen und pommerschen Küste kleinere Hafenkommandos auf. Größere Basen entstanden nur bei Stralsund und in Swinemünde. Ein großer Hafenkomplex der Kriegsmarine auf Rügen wurde in die Planungsphase überführt, aber nicht realisiert. Seefliegerverbände, die die Schiffe der Kriegsmarine unterstützen sollten, bezogen ihre Seefliegerhorste in Parow, Warnemünde, Swinemünde und auf dem Bug auf Rügen.

Der Wehrkreis II bildete eine strategische Ausgangsstellung für den Krieg gegen den Osten und dabei insbesondere gegen Polen. Er umfasste die Nord-West-Flanke Polens und gab das ideale Aufmarschfeld für die nach dem Ersten Weltkrieg auf Revanche drängenden deutschen Militaristen ab. Von Hinterpommern aus konnte Danzig und der sogenannte Polnische Korridor schnell erreicht und die Landverbindung nach Ostpreußen relativ problemlos hergestellt werden. Dafür entstanden an der deutsch-polnischen Grenze gedeckte Aufmarschräume, zu denen der große, modern ausgebaute Truppenübungsplatz Groß-Born zählte.

Doch Mecklenburg und Pommern waren nicht nur Konzentrierungsräume der Heeres- und Luftwaffenverbände für die Feldzüge der Nazis. In den Jahren 1937 und 1938 veranstaltete die politische und militärische Führung des Reichs mehrere Manöver, die sowohl militärische als auch außenpolitische Ziele verfolgten. Zwei Truppenmanöver im Wehrkreis II waren es, die im unmittelbaren Vorfeld des Zweiten Weltkrieges einer zunehmend verunsicherten Welt neue militärische Herausforderungen präsentierten. Ihre Übungsaufgaben, der Ablauf und die beteiligten Truppenkörper sind heute nahezu vergessen, die außenpolitischen Folgen dieser Kriegsspiele gehören indes direkt zu den Eskalationsstufen deutscher Verblendung, die zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führten.

Die umfangreichste Übung der neuen Wehrmacht fand im September 1937 statt und ging unter der Bezeichnung „Mecklenburgmanöver“ in die Vorkriegsgeschichte ein. Die Bewegungen erfassten das gesamte heutige Bundesland Mecklenburg-Vorpommern einschließlich der vorpommerschen Küste und der Ueckermünder Heide sowie die Prignitz, das Ruppiner Land und die Uckermark. Die Einwohner des Testgebietes „erfreuten“ sich damals des Manövers quer durch ihre Dörfer und über ihre zuwei-

len noch nicht abgeernteten Äcker hinweg über in einem Zeitraum von knapp zwei Wochen für Operationen in Angriff und Verteidigung.

Den Manöverbeobachtern entgingen sicher nicht die umfangreichen Einsätze großer Panzerverbände. Sicher konstatierten sie die Geländeabschnitte, an denen die operativen Stöße geprobt worden sind: häufig waren es ebene oder sanft gewellte Landschaften, etwa zwischen den Seen bei Waren, Malchin und Teterow, aus denen sich die Panzerkolonnen in Richtung Friedländer Große Wiese entfalteten. Die Truppen übten zunächst die Abwehr und dann den Angriff schneller Verbände in diesem wasserreichen Gelände, genau wie es später im Krieg im Nordeuropäischen Tiefland und daran anschließend in weiten Teilen Westeuropas bis an den Kanal nach Westen und bis vor Leningrad im Osten erfolgen sollte. Deutlich zeigte die Wehrmachtsführung, wofür sie sich rüstete. Der italienische Manövergast Mussolini und die militärischen Beobachter aus Ost und West verstanden die Botschaft.

Der zweite Manöverkomplex fand 1938 im kleinen vorpommerschen Barth nahe Stralsund statt. Barth entwickelte sich in wenigen Jahren zu einem wichtigen Ausbildungszentrum der Wehrmacht. Lehrinheiten der Luftwaffe probten den Angriffskrieg. Der Schwerpunkt lag bei taktischen Einsatzverfahren zur Infanterie- und Panzerunterstützung. Hier wurde am Schlüssel zum Sieg der Wehrmacht gefeilt. Der staunenden Welt führte man mehrfach jene Effektivität und Kampfkraft in Barth und über dem benachbarten Schießplatz Zingst vor. In europäischen Militärkreisen war die „Taktische Erprobungsstelle Barth“ mit ihrer Luftwaffen-Lehr-Division ein Markenzeichen vermeintlicher deutscher Überlegenheit.

Am 13. Juni 1938 besuchte Adolf Hitler mit den Spitzen der Luftwaffe, des Heeres und der Kriegsmarine die Lehrverbände in Barth. Auf dem Leitturm des Fliegerhorstes stehend, verfolgte er die Vorführungen. In Barth wurde die Verteidigung eines Flugplatzes bei einem Angriff feindlicher Bomber demonstriert, später zeigten die Verbände auf dem Luftwaffen-Übungsgelände Zingst, wie sie ihre verheerenden Angriffe auf einen Gegner zu führen gedachten. Die Spanien-Erfahrungen wurden direkt ausgewertet und angewandt.

Die Führung des Dritten Reiches war höchst zufrieden. Da die politischen Spannungen in Europa im Sommer 1938 dramatisch zunahmen, setzte Hitler die exzellenten Vorführungen der Luftwaffe für die psychologische Einflussnahme auf ausländische Militärs ein.

Hermann Göring, der Oberkommandierende der Luftwaffe, geleitete siegesbewusst am 16.08.1938 den französischen General Joseph Vuillemin, den Chef der französischen Luftstreitkräfte, in die Taktische Erprobungsstelle. Das militärische Programm war ähnlich jenem einige Wochen zuvor. Der französische Kommandeur erlebte zum ersten Mal hautnah die Angriffe der Lehrverbände Görings. Zutiefst beeindruckt flog er in seine Heimat zurück. Vuillemin fasste das Urteil für seine Regierung so ab: die französische Luftwaffe würde sich gegen die deutschen Verbände nicht

länger als eine Woche behaupten können. Das sorgfältig vorbereitete Programm in Barth hatte somit die erwünschte Wirkung.

Nur wenige Wochen später unterschrieben am 29. September 1938 Frankreich, Italien, Großbritannien und Deutschland das Münchner Diktat. Frankreich glaubte sich der Wehrmacht unterlegen und dachte, den Weg zum Weltenbrand durch den Verrat an der Tschechoslowakei zu versperren. In Wahrheit wurde das Tor aber sperrangelweit aufgerissen.

Die „kleinen“ Barther Luftwaffen-Manöver von 1938 und die „großen“ Mecklenburger Wehrmachtsmanöver 1937 setzten sich in besonderer Weise in den Folgejahren im scharfen Schuss fort. Ab 1939 wendeten mit deutscher Gründlichkeit vorbereitete Soldaten und Einheiten das in den Kriegsspielen Erprobte in den Feldzügen nach Ost und West an. Der Schwerpunkt lag zunächst in den erlernten Manöverbildern zum Angriff mit neuen Waffen und neuen Angriffsverfahren. Dafür wurde der sehr einprägsame Begriff der „Blitzkriege“ erfunden.

Mecklenburgische und pommersche Soldaten gehörten zu den ersten, die in fremde Länder einbrachen.

Als der Krieg 1945 zurückkehrte, wäre es angebracht gewesen, in Mecklenburg wieder jene alten Manöverbilder zum Thema „Verteidigung“ zu präsentieren. Doch die überwiegende Mehrzahl jener Soldaten und Einheiten, die vor dem Krieg dies vor geladenen Gästen zelebriert hatten, lebten nicht mehr. Bemerkenswert ist allerdings, dass die Operationen der Roten Armee 1945 zur Einnahme eben jenes Gebietes, dass in die Manöver 1937 einbezogen war, exakt die gleiche Anzahl von Tagen dauerte, wie sie für die Wehrmachtsübungen real zur Verfügung gestanden hatte.

Das große Sterben kehrte nicht nur mit den sich langsam steigernden westalliierten Luftangriffen auf die Hafenstädte und Binnenorte zurück. Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge kamen schon seit den ersten Kriegsjahren an der mangelhaften Ernährung zu Tode oder erlagen den Schikanen des Aufsichtspersonals in den Betrieben und Lagerkomplexen. Später strömten als Vorboten neuen Leiden Flüchtlinge aus den östlichen Reichsteilen über das Land. Einheiten der Roten Armee erreichten die hinterpommerschen Grenzen des Wehrkreises II im Januar 1945. Anfang Februar standen sowjetische Sturmbataillone an der Oder. Die Operationen der 2. Belorussischen Front unter dem Marschall der Sowjetunion K.K. Rokossowski zur Zerschlagung deutscher Verbände in den Gebieten zwischen Danzig und Stettin zogen sich bis April 1945 hin.

Am 16. April begann die Rote Armee ihre große Offensive an Oder und Neiße. Sie erhielt die Bezeichnung Berliner Operation. Für den frontalen Sturm auf die Reichshauptstadt Berlin vorgesehen war die 1. Belorussische Front unter dem Kommando des Marschalls der Sowjetunion G. K. Shukow. Sie sollte aus dem Oderbruch über die Seelower Höhen hinweg Berlin nehmen. Die 1. Ukrainische Front unter dem Marschall der Sowjetunion I. St. Konew trat unterstützend südlich von ihr zum Angriff an. Die 2. Belorussische Front musste die Ostseeflanke der Berliner Operation

sichern und mit schnellen Verbänden möglichst zügig die Elbe erreichen. Dort rechnete man mit von Westen heranrückenden amerikanischen und britischen Verbänden und wollte mit ihnen zusammen die noch verbliebenen deutschen Truppen zerschlagen bzw. zur Kapitulation bringen.

Die 2. Belorussische Front begann ihre Offensive vier Tage nach den beiden auf Berlin zielenden Fronten. Am 20.4. ging sie südlich vom sich heftig verteidigenden Stettin über die Untere Oder. „Der Direktive des Hauptquartiers entsprechend planten wir den Hauptstoß an dem 45 Kilometer breiten Abschnitt Stettin-Schwedt mit den Kräften des linken Flügels der Front: der 65., der 70. und der 49. Armee, mit drei Panzerkorps, einem mechanisierten und einem Kavalleriekorps. Nach dem Durchbruch der gegnerischen Verteidigung am Westufer der Westoder hatten wir den Angriff in allgemeine Richtung Neustrelitz zu entwickeln und am 12. bis 15. Operationstag die Linie Neuenkirchen-Demmin-Malchin-Waren-Wittenberge (Elbe) zu erreichen. Die Trennungslinie zur 1. Belorussischen Front verlief über Arnswalde-Schwedt-Angermünde-Gransee-Wittenberge.“²

Die sich an der Randow verteidigende 3. Panzerarmee der Heeresgruppe Weichsel versuchte den sowjetischen Stoß noch einmal aufzuhalten. Doch am 25.4. waren ihre nicht fertig ausgebauten Stellungen auf 20 km Breite durchbrochen. Vor den sowjetischen Armeen breiteten sich die mecklenburgischen und vorpommerschen Ebenen aus, in denen die geschwächten deutschen Truppen keine dauerhaften starken Stellungen mehr beziehen konnten. Bald hasteten sie ähnlich wie die Flüchtlingskolonnen nach Westen zur Elbe, um sich in Sicherheit zu bringen.

Am Angriff der Roten Armee im Rahmen der 2. Belorussischen Front beteiligten sich fünf Armeen und eine Luftarmee. Alle diese großen Verbände hatte intensive Kriegserfahrung und fochten schon in entscheidenden Schlachten vor Moskau, Leningrad und Stalingrad. Ihre Vormarschrichtungen waren auf die Mecklenburgische Bucht und in Richtung Elbe gerichtet.

So zielte

die 19. Armee	entlang der pommerschen Küste über Swinemünde in Richtung Greifswald,
die 2. Stoßarmee	über Anklam in Richtung Stralsund,
die 65. Armee	über Neubrandenburg und Rostock auf die Ostseeküste,
die 70. Armee	in Richtung Waren, Krakow, Wismar und
die 49. Armee	durch die Mecklenburgische Seenkette direkt zur Elbe.

2 Konstantin Konstantinowitsch Rokossowski, Soldatenpflicht.
Erinnerungen eines Frontoberbefehlshabers, Berlin 1971, S.426.

Der Vormarsch der Roten Armee verlief zumeist zügig. Von Westen stießen ihnen amerikanische und englische Truppen entgegen. Vier Orte sollten für das Ende des Krieges im Norden stehen:

Am 2. Mai 1945 um 11.30 Uhr ging für die Einwohner Wismars der Krieg zu Ende. Englisch-kanadische Truppen rückten in die Stadt ein, über der weiße Fahnen wehten. Östlich von Wismar entstand ein Schlagbaum als Abgrenzung zur aufrückenden Roten Armee.

In Grabow, am Bahnübergang Prislicher Straße, trafen sich, von Ludwigslust kommend, am 3. Mai 1945 Soldaten der 9. US-Armee mit Schützen der 2. Belorussischen Front, die von Marnitz anrückten.

Das Stammwerk des Heinkelwerks in Rostock-Marienehe besetzten sowjetische Truppen am Nachmittag des 1. Mai 1945.

Das Fischereischutzschiff "Wiking" und ein Schlepper verließen Sassnitz auf Rügen als letzte deutsche Schiffe am 5. Mai 1945 gegen 7.00 Uhr. Es gelang ihnen, nach Kopenhagen zu entkommen.

Wenig später trafen sich am 7. Mai in Wismar der englische Feldmarschall Montgomery, Oberkommandierender der britischen Heeresgruppe und der Marschall Rokossowski. Montgomery landete dazu mit seinem Stabsflugzeug auf dem Dornier-Werksflugplatz. Wenige Tage später lud Rokossowski zu einem Gegenbesuch ein. Als Ehrenwache für Montgomery marschierten Kubankosaken der 3. Gardekavalleriekorps in ihrer eindrucksvollen, bunten Kosakenuniform auf. Zum Abschluss der gemeinsamen Siegesfeier trat das Frontensemble auf und begeisterte die Waffenbrüder.

Der Krieg in Mecklenburg und in Vorpommern war zu Ende. Die sowjetischen, britischen und amerikanischen Truppen hatten das Gebiet lückenlos besetzt. Nach alliierten Abkommen zogen sich zuerst die US-Amerikaner, dann am 1. Juli die Briten aus den Gebieten östlich der Elbe bzw. östlich der alten mecklenburgischen Westgrenze zurück. Das neu geschaffene Land Mecklenburg umfasste dann den gesamten nördlichen Teil der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, der späteren DDR.

Stalin dankte seinem Marschall für die rasche Zerschlagung der deutschen Verbände und den schnellen Vorstoß zur Elbe mit einer der höchsten Ehren, die er zu vergeben hatte. Rokossowski erhielt den Auftrag, die Siegesparade der Roten Armee auf dem Roten Platz anzuführen.

Die Rüstungsfabriken im Land wurden demontiert, die meisten Anlagen geschliffen. Tausende Zwangsarbeiter zogen noch wochenlang durch die Städte und Gemeinden, bis es Ihnen gelang, in ihre Heimatländer zurückzukehren.

Ausgewählte Literaturhinweise zur Luft- und Raketenrüstung

- Heinrich Baetcke, Heinrich Roß, Aus der Geschichte der Erprobungsstelle Rechlin der deutschen Luftwaffe und des Nebenlagers des KZ-Ravensbrück in Retzow-Rechlin. Waren-Röbel 1999
- Heinrich Beauvais, Karl Kössler, Max Mayer, Christoph Regel, Flugprobestellen bis 1945, Bonn 1998
- Volker Bode, Gerhard Kaiser, Raketenspuren. Peenemünde 1936-1994, Berlin 1995
- Lutz Budraß, Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918-1945 (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 50), Düsseldorf 1998
Bund der Antifaschisten e.V. Waren, Röbel, Die Mecklenburgische Metallwarenfabrik mbH. - Ein Standort der Aufrüstung im Dritten Reich. Waren 1993
- Bodo Dirschauer, Lübecker Luftfahrtgeschichte.
Der Flugzeugbau in Lübeck und Wismar von 1934 - 1945. Lübeck 1997
- Johannes Erichsen, Bernhard M. Hoppe (Hrsg.), Peenemünde, Mythos und Geschichte der Rakete, Berlin 2004
- Martin Guntau und Michael Meyer (Hrsg.), Maschinen, Schiffe und Raketen. Technikentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 1995
- Wolf Karge (Hrg.), Zur Geschichte der Rüstungsindustrie in Mecklenburg und Vorpommern 1900 - 1989, Schwerin 2000
- Wolf Karge, N-S Rüstungsproduktion in Mecklenburg-Vorpommern, in: Ein Land und seine Erinnerungszeichen. Beiträge zur Gedenkstättenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern. hrsg. v. Politische Memoriale e.V., Schwerin 1999
- Wolf Karge und Kathrin Möller, Zwischen Rüben und Raketen. Technikgeschichte aus Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1999
- Volker Koos, Ernst Heinkel Flugzeugwerke 1933-1945, Königswinter 2003
- Dieter Krüger, 1945 - Die „Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg GmbH“, in: Neubrandenburger Mosaik, Heft 21, Heimatgeschichtliches Jahrbuch des Regionalmuseums Neubrandenburg, Neubrandenburg 199/, S. 105 - 111

- Michael J. Neufeld, Die Rakete und das Reich, Berlin 1997
- Jürgen Michels, Jochen Werner (Hrsg.), Luftfahrt Ost 1945-1990. Bonn 1994
- Katrin Möller, Von Fokker bis Heinkel - Die mecklenburgische Flugzeugindustrie von ihren Anfängen bis 1945, in: Ein Jahrtausend Mecklenburg und Vorpommern. hrsg. v. Wolf Karge, Peter-Joachim Rakow und Ralf Wendt, Rostock 1995
- Kathrin Möller, Beiträge zur Geschichte der Industrialisierung in Mecklenburg und Vorpommern, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern, Band 10, 2000
- Florian Ostrop, Zwangsarbeit für die Norddeutschen Dornier-Werke Wismar, in: Förderkreis Luft- und Raumfahrt e.V. (Hrsg.), Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit in der Rostocker Industrie in der Zeit des Nationalsozialismus. Konferenz am 30. November 2002 an der Universität Rostock, Historisches Institut, Rostock 2003, S. 45-48;
- Heinrich Roß, Das Barackenlager zu Retzow. Ein Außenlager des Frauen-KZ Ravensbrück. Retzow, o.J.
- Peter Schubert, Geschichte der Luft- und Raumfahrt in Mecklenburg und Vorpommern, Rostock 1999
- Friedrich Stamp, Zwangsarbeit in der Metallindustrie 1939-1945. Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern, Berlin 2001

Zu Sprengstoff- und Munitionswerken

- Das Munitions- und Sprengstoffwerk in Malchow (Meckl.) 1938-1945. Heft 2 zur Geschichte der Stadt Malchow (Meckl.) hrsg. von der Stadt Malchow, Malchow 1995
- Dietmar Materna, Tarnname See. Ein Bericht über zwei ehemalige Werke der Pulver- und Sprengstoffherzeugung im Kreis Ueckermünde, Milow 2000

Zur militärischen Entwicklung

- Hans-Joachim Deppe, Der Müritzkreis 1945, Eine Chronik der Geschehnisse. In: Unsere Heimat 1999, Heft 3, Neustrelitz
- Edelgard und Klaus Feiler, Die verbotene Halbinsel Wustrow. Flakschule, Militärbasis, Spionagevorposten, Berlin 2004
- Dieter Krüger, 1945 - Das Kriegsende in Neubrandenburg und im Kreis Mecklenburg-Strelitz, in: Neubrandenburger Mosaik, Heft 18, Heimatgeschichtliches Jahrbuch des Regionalmuseums Neubrandenburg, Neubrandenburg 1994, S. 129 - 184
- Helmut Lindenblatt, Pommern 1945, Würzburg 2004
- Christian Madaus, Aufstieg und Untergang des Nationalsozialismus in Mecklenburg von 1924 bis 1945, Schwerin 2003
- Hans-Dietrich Nicolaisen, Der Einsatz der Luftwaffe und Marinehelfer im 2. Weltkrieg, Büsum 1981
- Konstantin Konstantinowitsch Rokossowski, Soldatenpflicht. Erinnerungen eines Frontoberbefehlshabers, Berlin 1971
- Marten Schmidt, Rügens geheime Landzunge. Die Verschlusssache Bug, Berlin 2000
- Rainer Szczesiak, Die Entwicklung Neubrandenburgs von 1918 bis 1945 - Aufstieg und Niedergang einer mecklenburgischen Stadt, in: Vom Anfang und Ende Mecklenburg-Strelitzer Geschichte. Internationale wissenschaftliche Konferenz 300 Jahre Mecklenburg-Strelitz, 6./7. April 2001, hrsg. v. Horst Wernicke, Neustrelitz 2003, S. 317 - 340,
- Georg Tessin, Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939-1945, Osnabrück 1996

3. EINSATZ & LEBENSBEDINGUNGEN VON AUSLÄNDISCHEN ZWANGSARBEITERN WÄHREND DES ZWEITEN WELTKRIEGES IN MECKLENBURG-VORPOMMERN (FLORIAN OSTROP)

In Deutschland leisteten während des Zweiten Weltkrieges über zehn Millionen Menschen aus weiten Teilen Europas Zwangsarbeit. Davon waren etwa 4,6 Millionen Kriegsgefangene. Weitere 1,7 Millionen waren KZ-Häftlinge oder „Arbeitsjuden“. Der Rest waren Männer, Frauen und Kinder, die aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten als Zivilisten nach Deutschland gebracht worden waren, oft unter Anwendung brutaler Gewalt.³

Viele landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe in Mecklenburg und Pommern zählten zu den Nutznießern von Zwangsarbeit. Am Stichtag 30. September 1944 zählten die sechs mecklenburgischen Arbeitsämter (Rostock, Schwerin, Güstrow, Neubrandenburg, Wismar und Waren) über 123.000 ausländische Arbeitskräfte. Im Arbeitsamtbezirk Pommern waren am gleichen Tag über 225.000 Ausländer registriert, davon bei den Arbeitsämtern Greifswald, Stargard, Stettin und Stralsund insgesamt 182.825 Männer, Frauen und Kinder.⁴

Nur wenige der Registrierten hatten sich bereits vor Kriegsbeginn in Mecklenburg oder Pommern befunden. Einige waren noch während des Krieges freiwillig nach Deutschland gekommen. Das galt beispielsweise für mehrere Hundert Bauarbeiter aus Dänemark, für italienische Zivilisten in den Rüstungsbetrieben (bis 1943) oder für Kroaten, Ungarn und Slowaken, die sich als landwirtschaftliche Saisonarbeiter verdingten. Dagegen waren schätzungsweise 80 bis 90 Prozent der bei den Arbeitsämtern registrierten Ausländer Zwangsarbeiter. Das bedeutet, sie waren gegen ihren Willen nach Deutschland gekommen oder wurden hier gegen ihren Willen festgehalten.

Im Unterschied zur Zwangsarbeit von Zivilisten widersprach Zwangsarbeit von Kriegsgefangenen nicht grundsätzlich dem Völkerrecht. In der Praxis verstieß der nationalsozialistische Staat jedoch gegen völkerrechtliche Bestimmungen, beispielsweise dadurch, dass man Kriegsgefangene in der Rüstungsproduktion einsetzte. Kriegsgefangene kamen zunächst in erster Linie aus den größten Nachbarstaaten des Deutschen Reiches im Osten und Westen, also ab September 1939 aus Polen, ab Frühjahr 1940 in großer Zahl aus Frankreich. Infolge des deutschen Überfalls auf Jugosla-

3 Zur zahlenmäßigen Dimension der in Deutschland geleisteten Zwangsarbeit: Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz*, Stuttgart 2001, S. 222f.

4 Zahlen nach: ders., *NS-Zwangsarbeit im Deutschen Reich. Eine Statistik vom 30. September 1944 nach Arbeitsamtbezirken*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 4/2001, S. 665-684.

wien im April 1941 folgten in geringerem Umfang serbische Kriegsgefangene. Im Herbst 1941 wurden die ersten sowjetischen Kriegsgefangenen nach Mecklenburg und Pommern gebracht. Sowjetischen Kriegsgefangenen versagte die Wehrmacht jeglichen Schutz internationalen Rechts, was für sie entsetzliche Folgen hatte. Als letzte große Gruppe von Zwangsarbeitern unter der Kontrolle der Wehrmacht kamen nach der Kapitulation der italienischen Regierung ab Herbst 1943 sogenannte italienische „Militärinternierte“ in den Ostseeraum. Auch sie entzog die Wehrmacht dem Schutz des Völkerrechts. Ermordet oder auf andere Weise getötet wurden bis auf wenige Ausnahmen jüdische Kriegsgefangene aus Polen und der Sowjetunion. Jüdische Kriegsgefangene aus Frankreich wurden dagegen zur Zwangsarbeit eingesetzt. Für das Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommern ist dies für einen Forstbetrieb in Glambeck nachweisbar.⁵

Gefangene Offiziere wurden in Offizierslagern (Oflags) interniert. Offiziere durften nur mit ihrer Zustimmung zur Arbeit herangezogen werden. Diese Zustimmung wurde nicht selten unter Drohungen erreicht. Die erste Station der Kriegsgefangenen bzw. „Militärinternierten“ ohne Offiziersrang waren die so genannten Stammlager (Stalags). In diesen Lagern ließ die Wehrmacht ihre Gefangenen registrieren und ärztlich untersuchen. Der Aufenthalt von arbeitsfähigen Gefangenen in einem Stalag dauerte meist nur wenige Tage. In Zusammenarbeit mit dem zuständigen Landesarbeitsamt ließ sie die Verwaltung eines Stalag in größeren und kleineren Arbeitskommandos auf verschiedene Einsatzorte verteilen. Betriebe und Institutionen, die Kriegsgefangene einsetzen wollten, meldeten ihren Bedarf über das Arbeitsamt an und schlossen mit dem Stalag einen direkten Vertrag über die Überlassung der Gefangenen. Um Gefangene zugewiesen zu bekommen, war der Nachweis notwendig, dass Unterkunft und Verpflegung gesichert waren. Die Prüfung der Kriegsgefangenenlager von Betrieben unterlag einem lokal zuständigen Aufsichtsoffizier der Wehrmacht.

Am Tag des Kriegsbeginns, dem 1. September 1939, stellte die Wehrmacht für den Bereich Mecklenburg das nach dem Wehrkreis II bezeichnete Stalag II A auf. Das Lager befand sich in Neubrandenburg und wurde bis Februar 1945 von bis zu 45.000 Kriegsgefangenen und „Militärinternierten“ aus Polen, Frankreich, der Sowjetunion, Italien, Belgien, den Niederlanden, Großbritannien, Jugoslawien, Griechenland, der Tschechoslowakei und den USA durchlaufen. Am 1. Februar 1942 befanden sich 24.473 der 28.758 Gefangenen des Stalag II A im „Arbeitseinsatz“.

5 Mecklenburgisches Landeshauptarchiv (im Folgenden: MLHA), 5.12-4/2, 174, Bl. 13.

Das bedeutete, dass sie an Einsatzorten in ganz Mecklenburg Zwangsarbeit leisteten.⁶ Außer in Neubrandenburg entstanden im Wehrkreis II, der Mecklenburg, Pommern und Teile Brandenburgs umfasste, Stammlager unter anderem in Greifswald und Schwerin. In Greifswald (Stalag II C) waren in erster Linie französische, belgische und sowjetische Kriegsgefangene interniert. Hinzu kamen serbische Kriegsgefangene. Anders als in Neubrandenburg gab es dort unter den Gefangenen fast keine Polen. Am 1. Februar 1942 befanden sich insgesamt 28.647 der 29.997 Gefangenen aus Greifswald im „Arbeitseinsatz“. Zu den Gefangenen des Stalag II E in Schwerin zählten in erster Linie französische Kriegsgefangene. Darüber hinaus befanden sich im Lager größere Gruppen von sowjetischen und polnischen Kriegsgefangenen. Über dieses Stalag waren am 1. Februar 1942 insgesamt 13.403 von 13.600 Gefangenen an ihre Einsatzorte verteilt. In der kleinen Boddenstadt Barth existierte ab Juli 1940 ein Speziallager für gefangene Flugzeugmannschaften, das Stalag Luft I. Zum 1. Februar 1942 hatte dieses Kriegsgefangenenlager eine Stärke von 737 britischen, 14 französischen, einem belgischen und einem Gefangenen ungeklärter Herkunft, von denen allerdings lediglich 91 im „Arbeitseinsatz“ waren. Bis unmittelbar vor Kriegsende wuchs die Belegung dieses Kriegsgefangenenlagers, das ab Oktober 1943 als Offizierslager galt, auf etwa 10.000 Mann.⁷

Ähnlich wie die Kriegsgefangenen kam auch ein großer Teil der zivilen Zwangsarbeiter zunächst in zentrale Lager und wurde von dort aus weiter verteilt. Ein wesentlicher Grund dafür war, dass die deutsche Arbeitsverwaltung aus Angst vor Seuchen niemanden aus Osteuropa ohne Desinfektionsverfahren nach Deutschland kommen lassen wollte. Als zentrales Durchgangslager für zivile Zwangsarbeiter diente zunächst das Landesfürsorgehaus in Güstrow. In der Einrichtung, die dem mecklenburgischen Innenministerium unterstand, ließ man allein im Mai 1942 etwa 5.000 „Entlausungen“ (Desinfektionen) von Ausländern durchführen.⁸ In dieser Zeit bauten die Landesarbeitsämter bereits zusätzlich eigene Durchgangslager für zivile Zwangsarbeiter auf. Insgesamt entstanden in Deutschland, Österreich und dem als „Sudetenland“ annektierten Teil der Tschechoslowakei 22 Durchgangslager. Eines dieser Lager errichtete das Landesarbeitsamt Pommern am Schlachthof in Stettin. Baubeginn für ein zentrales Durch-

6 Zur Zahl der Gefangenen am 1. Februar 1942 in Neubrandenburg und in den im Folgenden genannten Stalags: Bundesarchiv (im Folgenden: BArch.), Außenstelle Ludwigsburg, 302 AR-Z 46/65, Dokumenten-Mappe Stalag II E. Zur Gesamtzahl der Gefangenen im Stalag II A: G. Mattiello/W. Vogt, Deutsche Kriegsgefangenen- und Internierungseinrichtungen 1939-1945. Handbuch und Katalog. Lagergeschichte und Lagerzensurstempel, Bd. 1, Stammlager (Stalag), Koblenz 1986, S. 10.

7 Helga Radau, „Death-Shore“ und sein todsicherer Fluchtplan aus dem Kriegsgefangenenlager Stalag Luft I Barth, in: Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zwischen Warnow und Barthe (Schriften der Geschichtswerkstatt Toitenwinkel 5), Rostock 1998, S. 44-49, hier S. 44.

8 MLHA, 5.12-3/1, 16437, Bl. 190.

gangslager für Mecklenburg in Parchim-Bramfeld war am 16. März 1942. Am 10. Juli 1942 ging dieses Lager in Betrieb. Wie aus Bauplänen hervorgeht, war das Lager in erster Linie für männliche Zwangsarbeiter vorgesehen und für über 1.300 Insassen konzipiert.⁹ Als Wohnraum war in diesem Barackenlager für 32 Personen jeweils eine Fläche von knapp 54 Quadratmetern vorgesehen. Tatsächlich stand den Insassen nicht einmal dieser geringe Raum zur Verfügung. Im August 1943 galt das Durchgangslager Parchim-Bramfeld als weit überbelegt.¹⁰ Die Überbelegung dieses Durchgangslagers blieb ein permanentes Problem, das Infektionen und Todesfälle unter den dort internierten Zwangsarbeitern begünstigte.

Der Betrieb der von den Arbeitsämtern errichteten Durchgangslager für zivile Zwangsarbeiter unterlag der regionalen Gauverwaltung der Deutschen Arbeitsfront (DAF), einer Gliederung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Im Durchgangslager sollten Zwangsarbeiter registriert, ärztlich behandelt bzw. desinfiziert, nach Berufen sortiert und schließlich an die Bezirksarbeitsämter verteilt werden. Die Registrierung ausländischer Zivilisten im Durchgangslager bildete den Grundstein einer umfassenden Kontrolle von Ausländern während ihres Aufenthaltes in Deutschland. Der Aufenthalt im Durchgangslager dauerte meist nur wenige Tage. Aus Sicht der ankommenden Ausländer stellte sich das Durchgangslager als Sklavenmarkt dar, auf dem sie ohne oder allenfalls mit sehr geringem Mitspracherecht an Betriebe oder staatliche Institutionen verteilt wurden. Die nach Stettin und Parchim gebrachten Zwangsarbeiter wussten bei ihrer Ankunft in der Regel nicht, ob sie das Arbeitsamt in die Stadt oder aufs Land, in die Industrie, einen Gewerbebetrieb, in den Handel, in einen Privathaushalt, in die Landwirtschaft, zur Reichsbahn, in einen Forst oder an einen anderen Einsatzort vermitteln würde. Das Durchgangslager war vielfach nicht nur die erste, sondern auch die letzte Station eines Zwangsarbeiters in Deutschland. Zwangsarbeiter, die als nicht mehr arbeitsfähig galten, kamen zurück in das Durchgangslager und wurden von dort aus abgeschoben.

Der Pole Henryk Skrzypinski, der in den westlichen Teil Pommerns gebracht wurde, berichtete später: „Mitte April 1940 wurde ich mit Hunderten polnischen Schülern aus dem Bett gejagt bei einer Razzia, registriert und dem Arbeitsamt übergeben. Dieses Amt ist nicht mit dem heutigen zu vergleichen, damals war es ein Organ der Verfolgung und Unterdrückung im besetzten Polen. Ich wurde zunächst einem Neubauern aus Hohenbarnekow zugewiesen. Zum ersten Mal auf dem Lande, kannte ich weder die Bezeichnungen der Werkzeuge, Pflanzen, Anlagen noch die Lebensweise auf dem Bauernhof. Da ich aber gut deutsch sprach, hegte man den Verdacht, ich stelle mich nur dumm an. Ich wurde mit ‚du Kamel‘ oder ‚Affe‘ angebrüllt, verprügelt und bedroht mit Übergabe an die Gestapo als Sa-

9 Stadtarchiv Parchim, 1659^a, unfol.

10 MLHA, 5.12-3/27, 362, unfol.

boteur. Ich bekam wenig zu essen. Mein Schlafplatz war direkt auf dem Boden. Arbeitszeit von 5 bis 22 Uhr – ausmisten, Pferde putzen, Feldarbeit. An das Arbeitsamt wurde ich als untauglich abgeliefert. Am selben Tag nahm mich der verwundete Bauer Franz H. in Kenz an. Die Einstellung der Einheimischen war so, wie es die NSDAP und HJ verlangten: ‚Deutscher sei stolz und lasse dich nicht mit den Untermenschen ein!‘ Die Zahl der Zwangsarbeiter in Kenz schätze ich auf elf bis 13. Bei aller Gemeinheit des damaligen Systems zählte die großbäuerliche Würde, die Kenzer kirchliche Tradition und mit der Zeit und mit den Niederlagen Deutschlands auch die Überzeugung, dass die Polen, wenn sie auch ‚Untermenschen‘ sind, doch benötigte Arbeitskräfte darstellen.“¹¹

Die Polin Jadwiga Mitaszewska, die aus einem Dorf in der Nähe von Lublin nach Mecklenburg kam, beschrieb ihre Verschleppung folgendermaßen: „Am 6. August 1943 begann die Besatzungsmacht mit der Aussiedlung aller Dorfbewohner. Jeder Landwirt wurde gezwungen, Haus und Hof sowie die Felder zu verbrennen. Mit einer Eskorte wurden wir abtransportiert nach Stolpe. Hier wurden wir auf Viehwaggons geladen. Drei Wochen lang wurden wir durch das Dritte Reich gefahren. Am Anfang brachte man uns an die deutsch-französische Grenze nach Pirmasens. Hier wählte man die Kräftigen und Gesunden aus, Männer wie Frauen. Uns, d. h. Familien, Frauen und Kinder, transportierte man nach Parchim. Hier teilte man uns ein in verschiedene ‚Kreisgruppen‘. Meine und viele andere Familien brachte man nach Wismar.“¹² Von Wismar wurde sie am 23. August 1943 in das nahegelegene Dreveskirchen gebracht. Dort leistete die damals 15-Jährige auf einem Gut Zwangsarbeit in der Landwirtschaft.

Landwirtschaftliche Betriebe zählten während des Krieges zu den wichtigsten Einsatzorten von Zwangsarbeitern. In den ersten Kriegsmonaten waren Zwangsarbeiter sogar fast ausschließlich in der Landwirtschaft eingesetzt, da auf dem Land besonders viele Arbeitskräfte fehlten. In Mecklenburg und Westpommern war der Arbeitskräftemangel noch stärker als in anderen Regionen des Deutschen Reiches, weil hier mehrere Städte in den 1930er Jahren in die deutsche Aufrüstung und Kriegsvorbereitung eingebunden worden waren. Angesichts großer Arbeitslosenzahlen zum Zeitpunkt der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten hatten sich verschiedene Bürgermeister erfolgreich um die Ansiedlung von militärischen Objekten und Rüstungsunternehmen bemüht. In Rostock, Peenemünde, Wismar, Neubrandenburg, Ribnitz, Barth, Anklam, Boizenburg, Neustadt-Glewe, Rerik, Torgelow, Loitz, Waren und einigen anderen Orten waren militärische Einrichtungen und Rüstungsbetriebe entstanden bzw. stark

11 Dieser Bericht ist zitiert in der Wanderausstellung „Zwangsarbeit im Ostseeraum 1939-1945. Eine Wanderausstellung von Schülern für Schüler“, die 2002 als Gemeinschaftsprojekt der Geschichtswerkstatt Rostock e. V. und der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet und seitdem kontinuierlich erweitert wurde.

12 Brief von Jadwiga Mitaszewska an den Autor, 14. Mai 2002.

ausgebaut worden. Diese banden in einer insgesamt dünn besiedelten Region die meisten deutschen Arbeitskräfte an sich. Ab 1939 erfolgten darüber hinaus umfangreiche Einberufungen zur Wehrmacht, sodass in der Landwirtschaft bei Kriegsbeginn für saisonal bedingte Arbeitsspitzen – konkret für die Ernte 1939 – kaum noch Reserven an deutschen Arbeitskräften vorhanden waren. Das führte dazu, dass hier bereits im September 1939 polnische Kriegsgefangene als Erntehelfer eingesetzt wurden und damit Zwangsarbeit auf dem Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommern Monate früher begann als in anderen Regionen.

Während des Krieges stieg der Arbeitskräftebedarf der Rüstungsindustrie noch weiter an. Das verstärkte den Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft und in anderen Wirtschaftsbereichen. Innerhalb der Rüstungsindustrie hatte die Flugzeugproduktion eine besondere Bedeutung. Für diese Produktion hatten in Mecklenburg bereits in den Monaten vor Kriegsbeginn über 30 Prozent aller Industriebeschäftigten gearbeitet. Während des Krieges gelang es den Geschäftsführungen der Flugzeugfabriken bis in das Jahr 1941, ihre Beschäftigtenzahlen zu steigern, indem sie deutsche Männer und anderweitig berufstätige Frauen zum Dienst verpflichten ließen. Betriebe anderer Wirtschaftsbereiche, die solche Dienstverpflichtete abzugeben hatten, wurden stillgelegt oder erhielten auf Antrag durch das lokale Arbeitsamt Kriegsgefangene oder ausländische Zivilisten als Ersatzkräfte zugewiesen. Vor diesem Hintergrund vollzog sich Zwangsarbeit zunächst nicht in der Rüstungsindustrie, sondern in anderen Wirtschaftsbereichen.

Im gewerblichen Bereich zählten Zuckerfabriken zu den ersten Einsatzorten von Zwangsarbeitern. Die Zuckerfabrik Bock & Co. in Wismar setzte bereits in der Kampagne 1939/1940¹³ ein Arbeitskommando polnischer Kriegsgefangener ein. Der Einsatz in der Zuckerindustrie lag besonders nahe, da dieser Industriezweig sehr eng mit der Landwirtschaft verbunden war und zudem direkt im Anschluss an die Ernte seinen höchsten Arbeitskräftebedarf hatte. Für die dort eingesetzten polnischen Kriegsgefangenen bedeutete das eine anhaltende physische und psychische Belastung. Sie hatten zunächst als Soldaten gekämpft, waren dann unter großem Leistungsdruck in der Ernte eingesetzt gewesen und mussten unmittelbar darauf wiederum bei eiliger und harter Arbeit in der Zuckerverarbeitung helfen, die in Tag- und Nachtschichten vor sich ging.

Ab Frühjahr 1940 verbreitete sich der Einsatz von Zwangsarbeitern auf andere nicht unmittelbar rüstungsorientierte Gewerbebereiche. Polnische Zivilisten, ab Juni 1940 auch französische Kriegsgefangene, wurden unter anderem von Bau- und Handwerksbetrieben, Ziegeleien, der Lebensmittelindustrie und dem Getreidegroßhandel eingesetzt. Stadtverwaltungen und Landratsämter spielten neben den Kreishandwerkerschaften eine wichtige Rolle für die Verbreitung von Zwangsarbeitern an verschiedene Einsatzorte. Einerseits beschäftigten sie selbst in größerem Umfang Kriegsgefan-

13 Als Kampagne bezeichnet man die industrielle Verarbeitung von Zuckerrüben.

gene und ausländische Zivilisten, andererseits vermieteten sie Unterkünfte für Zwangsarbeiter und gaben Zwangsarbeiter an andere Betriebe ab, wenn sie diese nicht selbst benötigten. Darüber hinaus wurden städtische Einrichtungen für die Organisation des Zwangsarbeitereinsatzes genutzt. So diente etwa das städtische Krankenhaus in Stralsund zur „Entlassung“ von Kriegsgefangenen.¹⁴ Für Ausländerlager, die auf private Initiative entstanden, stellten verschiedene Kommunalverwaltungen Grundstücke zur Verfügung. Die Organisation der Aufräumarbeiten nach Bombenangriffen, bei denen zahlreiche Zwangsarbeiter zum Einsatz kamen, unterlag ebenfalls den Stadtverwaltungen.

Die Rüstungsindustrie in Mecklenburg und Westpommern griff ab Ende 1940 zunächst noch vereinzelt, ab Anfang 1941 in verstärktem Maß auf Zwangsarbeiter zurück. Zuvor hatten nur wenige ausländische Zivilisten als Freiwillige in diesem Wirtschaftsbereich gearbeitet. Ein Grund dafür, dass die Rüstungsindustrie in der ersten Kriegszeit ausschließlich auf deutsche bzw. „volksdeutsche“ Arbeitskräfte setzte, lag darin, dass man dort Sabotage fürchtete. Das Oberkommando der Wehrmacht misstraute in dieser Hinsicht sogar Zivilisten aus dem bis 1943 mit Deutschland verbündeten Italien. Erst nach einiger Zeit lockerte die Wehrmacht nach und nach die Bedingungen für den Einsatz von Ausländern in der Rüstungsindustrie. Ab Herbst 1940 steigerten daraufhin Rüstungsbetriebe in Mecklenburg und Pommern ihre Beschäftigtenzahl zunehmend auch durch Kriegsgefangene und ausländische Zivilisten. Bei den Arado-Flugzeugwerken in Anklam arbeiteten beispielsweise zum 31. Dezember 1942 neben 933 deutschen Arbeitern 390 Ausländer.¹⁵ Der größte Luftrüstungsbetrieb in Mecklenburg und Pommern, die Ernst Heinkel Flugzeugwerke in Rostock, beschäftigte im März 1943 etwa 6.700 ausländische Zivilisten und darüber hinaus mehr als 1.600 Kriegsgefangene.¹⁶ Bei den Norddeutschen Dornier-Werken in Wismar, die Sturzkampf- und Horizontalbomber und ab Herbst 1943 Jagdflugzeuge produzierten, waren in der ersten Jahreshälfte 1944 durchschnittlich über 31 Prozent der Belegschaft Kriegsgefangene und ausländische Zivilisten.¹⁷ Darüber hinaus folgten die Dornier-Werke an ihrem Standort in Neustadt-Glewe mit dem Einsatz von KZ-Häftlingen ab September 1944 dem Beispiel der Ernst Heinkel Flugzeugwerke in Barth, die seit 1943 solche Häftlinge für die Produktion ausbeuteten. Auch die Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg, die Heeresversuchsanstalt Peenemünde und die Elbwerft Boizenburg griffen auf KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter zurück.

14 Friedrich Stamp, *Zwangsarbeit in der Metallindustrie 1939-1945*.

Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern, Berlin 2001, S. 55.

15 BArch. Berlin-Lichterfelde, R 8135/7086, Bl. 2.

16 Stamp, *Zwangsarbeit in der Metallindustrie*, a. a. O., S. 15f.

17 BArch. Berlin-Lichterfelde, R 8135/816, Bl. 382.

Die Art, in der ein Zwangsarbeiter in Mecklenburg und Pommern zu behandeln war, hing davon ab, welcher „Rasse“ und welchem „Volkstum“ ihn die deutschen Behörden und Parteistellen zurechneten. Juden wurden als KZ-Häftlinge oder als Angehörige einer „Mischehe“ mit einem „arischen“ Partner auch außerhalb der KZ zur Arbeit gezwungen. Jüdinnen, die aus dem KZ Auschwitz evakuiert worden waren, wurden im Herbst 1944 in die erwähnten KZ-Außenlager in Neustadt-Glewe und Boizenburg verlegt. Weitere Konzentrationsaußenlager für den Arbeitseinsatz von Häftlingen entstanden in Barth, Karlshagen, Malchow, Neubrandenburg und in Schwarzenpfost in der Nähe von Rostock.¹⁸ An Einsatzorten in der Nähe dieser Lager wurden jüdische und nicht jüdische KZ-Insassen zur Arbeit gezwungen. Teilweise suchten leitende Angestellte der profitierenden Firmen die für die Zwangsarbeit vorgesehenen KZ-Häftlinge persönlich aus. Die Arbeitszeit betrug in der Regel zwölf Stunden, die in Tag- und Nachtschichten abzuleisten waren. Im KZ Barth, wohin die Rostocker Heinkel Flugzeugwerke einen Großteil ihrer Produktion ausgelagert hatten, war die tägliche Arbeitszeit nach späteren Aussagen von Häftlingen noch länger. In den Lagern verhinderten die ungenügende Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, die permanente Unruhe, Krankheiten, die alltäglichen Misshandlungen durch die SS-Wachmannschaften und die nicht endende Angst um das Überleben, dass sich Zwangsarbeiter nach ihrem Arbeitstag regenerieren konnten. Viele Häftlinge überlebten die Zeit im Konzentrationslager nicht oder starben in den letzten Kriegswochen und –tagen bei den Evakuierungen der Lager auf den so genannten Todesmärschen. Nach den Berichten von Augenzeugen erschossen SS-Leute bei der Evakuierung der KZ-Außenlager Barth und Schwarzenpfost Ende April 1945 Häftlinge, die während des Marsches zurückfielen. Die Zahl der Opfer des Todesmarsches aus Neubrandenburg wird auf etwa 700 geschätzt.¹⁹

Unter den nicht jüdischen Zwangsarbeitern, die außerhalb der Konzentrationslager eingesetzt waren, wurden Polen und Sowjetbürger besonders stark diskriminiert. Für polnische Zivilisten erließen Heinrich Himmler und Hermann Göring am 8. März 1940 ein Bündel von Verordnungen, die so genannten „Polenerlasse“. Die Intention dieser Erlasse war, durch starke

18 Überblick zu den meisten KZ-Außenlagern auf dem Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommern: Angelika Meyer u. a., Die Außenlager des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück – eine Bestandsaufnahme, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland 8 (2004), S. 60-83 und: Bernhard Strebel, Das KZ Ravensbrück. Geschichte eines Lagerkomplexes, Paderborn 2003. An Publikationen zu einzelnen Außenlagern sind hervorzuheben: Helga Radau, Nichts ist vergessen und niemand. Aus der Geschichte des KZ Barth, Kückenshagen 1995 und: Karl-Heinz Schütt, Ein vergessenes Lager? Über das Außenlager Neustadt-Glewe des Frauen-KZ Ravensbrück, 4 Bde., Schkeuditz 1997-2002.

19 Ausführlicher zu den Todesmärschen und zur Befreiung von KZ-Häftlingen: Stamp, Zwangsarbeit in der Metallindustrie, a. a. O., S. 112-122.

Diskriminierung der polnischen Zwangsarbeiter in Deutschland ihre angebliche rassische Minderwertigkeit als „Slawen“ im Alltag sichtbar zu machen. Die „Polenerlasse“ verboten Polen unter anderem den Besuch der Ostseestrände, „um die Belästigung deutscher Volksgenossen zu unterbinden“.²⁰ Der Aufenthalt in Gaststätten war – außer in einigen ausschließlich für Polen zugelassenen Lokalen – ebenfalls verboten. Das Gleiche galt für die Teilnahme an deutschen Veranstaltungen kulturellen, religiösen und geselligen Charakters. Für sexuelle Beziehungen mit Deutschen wurden polnische Männer hingerichtet, was unter anderem aus der Region Pommern belegt ist.²¹ Polinnen mussten für sexuelle Kontakte zu Deutschen eine Internierung in einem Konzentrationslager fürchten. Grundsätzlich sollten Polen in geschlossenen und bewachten Lagern untergebracht werden. In den Nachtstunden hatten Polen keinen Ausgang, außer wenn sie in Nachtschichten arbeiten mussten. Die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln oder Fahrrädern war Polen ohne eine polizeiliche Erlaubnis verboten. Eine besonders augenfällige Diskriminierung war ein Aufnäher mit dem Buchstaben „P“, der sichtbar an der Kleidung getragen werden musste. Im Falle von „Widersetzlichkeit“ oder „Arbeitsunlust“ drohte eine Inhaftnahme durch die Gestapo und die Einweisung in ein „Arbeitserziehungslager“ oder in ein KZ. Gerichte waren bei der Strafverfolgung von Polen weitgehend ausgeschaltet. Die „Arbeitserziehungslager“, in die neben Zwangsarbeitern auch Deutsche und Ausländer eingewiesen wurden, die freiwillig nach Deutschland gekommen waren, befanden sich für die Gebiete Mecklenburg und Pommern in Stettin-Pötenitz und in Kiel.²² Die Haftbedingungen in diesen der Gestapo unterstehenden Lagern unterschieden sich von denen in den Konzentrationslagern nur dadurch, dass in den „Arbeitserziehungslagern“ die reguläre Haftdauer auf 56 Tage beschränkt war. Neben den genannten Lagern dienten in Mecklenburg auch die Landesstrafanstalten Dreierbergen-Bützow, das Landesfürsorgehaus in Güstrow und das Landesarbeitshaus in Strelitz als Haftorte für Zwangsarbeiter, denen „Arbeitsverweigerung“ vorgeworfen wurde.

20 Verordnungsbuch des Kreises Wismar, 1. Juli 1944.

21 MLHA, 5.12-6/9, 2746 P, unfol.

22 Zum „Arbeitserziehungslager“ Stettin liegen bislang nur wenige Informationen in einer kurzen Broschüre vor: Jolanta Adamska, Arbeitserziehungslager – Vernichtungslager für polnische Zwangsarbeiter. Vortrag vor der Hauptkommission zur Untersuchung der Naziverbrechen in Polen. Internationale wissenschaftliche Kommission zum Thema: Naziverbrechen gegen die Menschlichkeit in Polen und Europa 1939-1945, Warschau 14.-17.4.1983. Weitere Informationen enthält die Akte: BArch., Außenstelle Ludwigsburg, 117 AR 1448/69, die vom Autor ausgewertet wurde. Zum „Arbeitserziehungslager“ Kiel: Detlef Korte, „Erziehung“ ins Massengrab. Die Geschichte des „Arbeitserziehungslagers Nordmark“ (= Veröffentlichung des Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein 10), Kiel 1991.

Noch schärfer als für die polnischen Zivilisten waren die Vorschriften für „Ostarbeiter“. Als „Ostarbeiter“ galten die meisten zivilen Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion, die sich in Deutschland befanden. Erneut war es Göring, der die Richtlinien für die Behandlung von „Ostarbeitern“ maßgeblich beeinflusste. Göring sah unter anderem die „Schaffung eigener Kost (Katzen, Pferde usw.)“ vor. Das Reichssicherheitshauptamt erhielt von ihm den Auftrag, ein Verordnungswerk für den Umgang mit „Ostarbeitern“ auszuarbeiten. In den daraufhin entstehenden „Ostarbeitererlassen“, die am 20. Februar 1942 veröffentlicht wurden, kam ein Kompromiss verschiedener Reichs- und Parteistellen zum Ausdruck. Dieser Kompromiss hatte für die „Ostarbeiter“ entsetzliche Folgen; denn er lautete, auf eine einfache Formel gebracht: Wenn sich die Beschäftigung sowjetischer Zivilisten aus kriegswirtschaftlicher Notwendigkeit nicht verhindern lässt, dann müssen die „Russen“ in Deutschland zumindest so schlecht wie möglich behandelt werden. Neben rassistischen Vorbehalten spielte dabei auch die Furcht eine Rolle, dass die sowjetischen Zivilisten bislang unter „bolschewistischer Herrschaft“ gelebt hatten und deutsche Arbeiter kommunistisch beeinflussen könnten. Deshalb sollten sie in geschlossenen Lagern untergebracht werden, die zusätzlich mit Stacheldraht zu sichern waren. Schon im Sommer 1942 war es unter denjenigen, die „Ostarbeiter“ zur Zwangsarbeit einsetzten, kein Geheimnis, dass die für sie zur Verfügung stehenden Ernährungssätze nicht ausreichten, um sie bei Kräften zu halten. Dies gab die DAF bei einer Tagung von Firmenvertretern in Rostock unumwunden zu.²³ „Ostarbeiter“ erhielten im Vergleich zu Deutschen und anderen Zwangsarbeitergruppen deutlich geringere und qualitativ schlechtere Verpflegung. Zeitweise zählte dazu ein „Russenbrot“, das neben Roggenschrot unter anderem Zuckerrübenschnitzel enthielt. Erst nach der Niederlage von Stalingrad Ende Januar/Anfang Februar 1943 wurden auf Reichsebene mehrfach Erleichterungen der Lebensbedingungen von „Ostarbeitern“ beschlossen, die allerdings an den Einsatz- und Unterbringungsarten vielfach nicht umgesetzt wurden.

Im Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommern ist die Anwesenheit von „Ostarbeitern“ ab Februar 1942 nachweisbar. Zu dieser Zeit erhielten die Rostocker Ernst Heinkel Flugzeugwerke 360 Facharbeiter aus der ukrainischen Großstadt Charkow. Wenige Wochen später wurden die ersten „Ostarbeiter“ an landwirtschaftliche Betriebe vermittelt. Die staatlich verordnete Anfeindung führte an vielen Orten dazu, dass „Ostarbeiter“ kärglich ernährt wurden und bei kleinsten Vergehen Prügel erhielten. Auf der anderen Seite gab es Betriebe, in denen „Ostarbeiter“ und Polen besser behandelt wurden, als dies vorgeschrieben war. Ein einheitliches Urteil ist deshalb nicht zu fällen. Der mecklenburgische Gauleiter Friedrich Hildebrandt resümierte nach über einem Jahr „Ostarbeitereinsatz“ über das Verhalten der deutschen Bevölkerung: „(D)er Eine meint, es müsste sich

23 MLHA, 9.2-17, 7752, unfol.

alles verbrüdern mit diesen Ausländern, der Andere meint, man müsste sie mit Prügel kurz halten. Dabei sind die Vorstellungen über die Art der Behandlung so verschieden. Man redet sich ein, der Russe lebe nur von Peitsche und Zuckerbrot, infolgedessen müsste man den Ostarbeiter möglichst oft prügeln und ihm wenig zu essen geben. (...) Es ist unwürdig, daß wir einzelne Güter haben, wo der Inspektor seine Tagesaufgabe darin sieht, lediglich auf den Ausländern herumzuprügeln. Es ist klar, daß sie aufsässig werden.“²⁴

Die brutale Unterdrückung von „Ostarbeitern“ setzte schon vor ihrer Ankunft in Deutschland ein. Anfang Dezember 1941 notierte sich ein Vertreter des Reichsarbeitsamtes auf einer Sitzung des „Ausländer-Arbeitskreises beim RSHA“: „Die russischen Arbeiter werden im Reich als Zivilgefangene unter Bewachung im Lager gehalten, sie werden auch nicht in Russland angeworben, sondern zwangsmäßig ins Reich überführt.“²⁵ Ab 19. Dezember 1941 galt in den besetzten „Ostgebieten“ eine allgemeine Arbeitspflicht für über 15-Jährige. Parallel zu den Deportationen, die aus der UdSSR erfolgten, gab es zunächst auch noch freiwillige Meldungen zur Arbeit in Deutschland. Ab Anfang 1942 verschärften die deutschen Behörden ihr Vorgehen. Einer der damals nach Mecklenburg verschleppten Ukrainer berichtete später: „Überall hingen Bekanntmachungen: Wenn einer zu Hause ist, muss er zum Arbeitsamt gehen. Wenn einer zu Hause bleibt und nicht zum Arbeitsamt gehen will, würde er erschossen. Ich musste zur Arbeit gehen. Ich arbeitete damals im Jahre 1942 im Werk „International“ in der Stadt Saporoshje.“²⁶

Zur Befriedigung des von deutschen Firmen angemeldeten Bedarfs an Arbeitskräften setzte die deutsche Besatzungsmacht in der Sowjetunion wie zuvor bereits in Polen zunehmend auf offene Gewalt. Das bedeutete, dass man willkürlich Menschen auf der Straße festnahm oder den zum Dienst Verpflichteten drohte, das Vieh zu beschlagnahmen oder den Hof anzuzünden, wenn sie sich nicht stellten. Eine Ukrainerin, die in Sternberg Zwangsarbeit leistete, berichtete später: „Im Dezember 1942 wurde uns gesagt, wir Jugendliche müssen nach Deutschland fahren. Wir wohnten damals im Dorf Nowaja Michilowka. Dann kamen der Dorfschulze mit zwei Polizisten zu meiner Mutter, sie wurde gewarnt, wenn ich nicht nach Deutschland fahren würde, dann würden sie die ganze Familie erschießen.“²⁷ Eingefangene Menschen hatten, bevor sie zur Deportation in geschlossene Güterwaggons stiegen, nicht selten lange Fußmärsche zurückgelegt. Körperliche Schwäche war dabei lebensgefährlich. Im Transport

24 MLHA, 10.9-H/8, 17, Bl. 117.

25 Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1999, S. 179.

26 Protokoll eines Gesprächs von Viktor Pedak mit Grigorij Koljadka, Dezember 2003 (im Besitz des Autors).

27 Protokoll von Valentina Onasenko über ein Gespräch mit ihrer Mutter Ljubow Onasenko, ohne Datum (im Besitz des Autors).

Zurückfallende wurden zuweilen ermordet. Doch auch wer den Weg in einen der überfüllten Waggons bewältigt hatte, war weiter in Lebensgefahr. Die Waggons waren stark überfüllt, es gab keine Toiletten und die Verpflegung reichte nicht aus. Todesfälle von Mitreisenden beim Transport nach Deutschland blieben in Erinnerungen ehemaliger „Ostarbeiter“ fest verhaftet.

Ein besonders trauriges Kapitel in der Geschichte der Zwangsarbeit stellt der Umgang mit den Kindern von Polen und „Ostarbeitern“ dar. In der ersten Kriegszeit wurden schwangere Polinnen und „Ostarbeiterinnen“ noch aus Deutschland abgeschoben. Aufgrund des anhaltenden Arbeitskräftemangels rückte man von dieser Praxis auf Anweisung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Ende 1942 ab. Wie in anderen Teilen des Deutschen Reiches entstand auch in Mecklenburg während des Jahres 1943 eine zentrale Entbindungsstation für osteuropäische Zwangsarbeiterinnen in einer Baracke des Landesfürsorgehauses Güstrow. Auch in Malchin und Malchow entstanden eigene Entbindungsstationen, in Rostock und Wismar waren sie geplant.²⁸ Verbunden mit der Entscheidung, schwangere Zwangsarbeiterinnen nicht länger abzuschieben, diskutierte die regionale Führung der NSDAP über „Ausländerkinder-Pflegestätten“ für die Kinder von Zwangsarbeiterinnen. Solche „Pflegestätten“ wurden unter anderem im Kreis Ludwigslust und in Stralsund für erforderlich gehalten. Aus anderen Regionen des Deutschen Reiches ist nachgewiesen, dass solche „Pflegestätten“ regelrechte Tötungsstätten waren, in denen Kleinkinder gezielt unterernährt wurden.²⁹ Für Mecklenburg Vorpommern gibt es bislang keine gesicherten Erkenntnisse. Im pommerschen Barth sollen Zwangsarbeiterinnen der Pommerschen Industrie-Werke ihre im Lager geborenen Kinder kurz nach der Geburt eigenhändig begraben haben. Als Särge dienten dabei Persil und Margarinekartons. Nach Kriegsende fand man vor den Toren Barths einen Friedhof mit 98 Gräbern, in denen neugeborene und ältere Kinder bestattet worden waren.³⁰ Im mecklenburgischen Maurinmühle soll eine „Ausländerkinder-Pflegestätte“ existiert haben, in der regelmäßig Kinder von Zwangsarbeiterinnen starben.³¹

Die Lebenssituation vieler westeuropäischer Zwangsarbeiter war im Vergleich zu der von Polen und „Ostarbeitern“ deutlich besser. Obwohl grundsätzlich alle Ausländer diskriminiert wurden, waren die Lebensbedingungen von Westeuropäern insgesamt denen von deutschen Arbeitskräften noch vergleichbar. Die deutsche Arbeitsverwaltung hatte in Belgien,

28 MLHA, 5.12-3/27, 539, unfol.

29 Raimond Reiter, Tötungsstätten für ausländische Kinder im Zweiten Weltkrieg. Zum Spannungsverhältnis von kriegswirtschaftlichem Arbeitseinsatz und nationalsozialistischer Rassenpolitik in Niedersachsen, Hannover 1993.

30 Stamp, Zwangsarbeit in der Metallindustrie, a. a. O., S. 61.

31 Die entsprechende Artikelserie von Petra Haase in den Lübecker Nachrichten vom 17.-21. Juni 2001 stützte sich auf Erinnerungen von Einheimischen und die im Amt Rehna liegenden Sterbebücher von Carlow.

Frankreich und den Niederlanden im Herbst 1940 begonnen, Zivilisten für den „Arbeitseinsatz“ in Deutschland zu werben, was allerdings weitgehend ohne Erfolg geblieben war. Ein grundsätzlicher Wandel in der Praxis der Arbeitskräfteerkrutierung vollzog sich deshalb im Frühjahr 1942, nachdem der thüringische Gauleiter Fritz Sauckel den neugeschaffenen Posten eines unmittelbar Hitler unterstellten „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ übernommen hatte. Ab 1942 mussten auch Westeuropäer zwangsweise eine Arbeit in Deutschland aufnehmen. Zwangsarbeiter aus Westeuropa wurden in Personenwaggonen nach Deutschland gebracht. Sie erhielten höhere Löhne als Osteuropäer und hatten mehr Bewegungsfreiheit. Die Lebensbedingungen hingen allerdings auch vom Einsatzort ab. Belgische und französische Zwangsarbeiter, die zeitweise in Wismar und zeitweise in Stuttgart-Sindelfingen eingesetzt waren und hier wie dort als Arbeitskräfte der Rüstungsindustrie in einem Massenlager leben mussten, berichteten später, dass ihre Bewegungsfreiheit in Wismar größer war.³² Allerdings war auch unter Westeuropäern bekannt, dass sie in „Arbeitserziehungslager“ gebracht werden konnten, wenn ihnen Fehlverhalten vorgeworfen wurde. Zudem wurden die ihnen anfänglich noch zugestandenen Reisemöglichkeiten ab 1943 zunehmend eingeschränkt.

Auch bei den Kriegsgefangenen unterschied sich die Behandlung im Wesentlichen aufgrund ihrer Herkunft bzw. ihrer „Rasse“. Unter den zur Zwangsarbeit eingesetzten Kriegsgefangenen wurden lediglich im Umgang mit französischen Kriegsgefangenen, völkerrechtliche Vereinbarungen weitgehend beachtet. Dagegen wurden unter den Nichtjuden sowjetische Kriegsgefangene und italienische „Militärinternierte“ besonders schlecht behandelt. Die Mehrzahl der über drei Millionen sowjetischen Gefangenen die nach dem Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941 in deutsche Gefangenschaft geraten waren, starb bereits in den Wehrmachtslagern der deutschen Ostfront an Hunger, Kälte oder Erschöpfung, bevor Adolf Hitler im Oktober 1941 entschied, die Überlebenden zur Zwangsarbeit nach Deutschland bringen zu lassen. In Deutschland setzte sich das massenhafte Sterben dieser Gefangenen fort. Im Winter 1941/42 starben in den Lagern der Wehrmacht in Mecklenburg und Pommern mehr als 30.000 sowjetische Staatsbürger.³³ Der überwiegende Teil von ihnen verhungerte, erfror oder erlag Krankheiten. Darüber hinaus fanden gezielte Ermordungen von Kriegsgefangenen statt, die man für „politische Kommissare“ hielt.

Das erste Eintreffen von sowjetischen Kriegsgefangenen im Herbst 1941 löste in der einheimischen Bevölkerung noch Entsetzen aus. Beunruhigt stellte die mecklenburgische Gauleitung fest, dass das sichtbare Sterben der sowjetischen Gefangenen bei der Bevölkerung auf Unverständnis stieß.³⁴

32 Barbara Hopmann u. a., *Zwangsarbeit bei Daimler-Benz*, Stuttgart 1994, S. 479.

33 Bernd Kasten, „Auf der Flucht erschossen“. Die Ermordung abgesprungener amerikanischer Flieger in Mecklenburg 1944, in: *Zeitgeschichte regional* 1/2004, S. 18-21, hier S. 18.

34 MLHA, 10.9-H/8, 14, Bl. 172.

Zu Protesten gegen die Behandlung der sowjetischen Gefangenen kam es allerdings nur vereinzelt. Als zwei Jahre später im Herbst 1943 die ersten italienischen „Militärinternierten“ in Mecklenburg und Pommern eintrafen, hatte sich die deutsche Bevölkerung offenbar längst an den Anblick von zerlumpten und unterernährten Kriegsgefangenen gewöhnt. Die Ankunft der italienischen „Militärinternierten“, von denen das Rüstungskommando Schwerin im Frühjahr 1944 festhielt, dass sie zum Teil „halbverhungert“ waren,³⁵ führte jedenfalls nicht mehr zu irritierten Reaktionen. Die italienischen Soldaten – insgesamt wurden nach der Kapitulation Italiens etwa 600.000 nach Deutschland gebracht – entzog die Wehrmacht dadurch dem Schutz des Völkerrechts, dass sie diese ab Ende 1943 nicht mehr als Kriegsgefangene, sondern als „Militärinternierte“ bezeichnete. Wie in anderen Regionen bildeten die „Militärinternierten“ auch in Mecklenburg und Pommern neben den KZ-Häftlingen die letzte große Gruppe, die zur Zwangsarbeit eingesetzt wurde. Im Stammlager Neubrandenburg waren 2.829 „Militärinternierte“ zum Stichtag 1. Juli 1944 registriert, im Stalag Schwerin 1.455 und im Stalag Greifswald 5.294 „Militärinternierte“.³⁶

Neben den staatlichen und militärischen Vorgaben waren die Lebensbedingungen von Zwangsarbeitern wesentlich durch das Verhalten der einheimischen Bevölkerung bestimmt. Arbeitgeber hatten teilweise erheblichen Spielraum in der Behandlung ihrer Zwangsarbeiter. Nicht wenige wichen von Vorschriften ab, wenn diese ihren eigenen ökonomischen Interessen nicht nutzten oder ihnen sogar entgegenstanden. Landwirte und Betreiber von kleineren Gewerben stellten beispielsweise Zwangsarbeitern eigenmächtig Urlaubsscheine aus, mit denen diese in das nächste Dorf oder die nächste Stadt laufen konnten. Verschiedene Arbeitgeber verzichteten auch darauf, die bei ihnen eingesetzten Polen und „Ostarbeiter“ anzuzeigen, wenn diese sich weigerten, das ihnen an der Kleidung vorgeschriebene Kennzeichen zu tragen.³⁷ Von der Pflicht, Polen in geschlossenen Lagern unterzubringen, wichen besonders viele Arbeitgeber ab. Das betraf sowohl den ländlichen Bereich als auch die Situation in den Städten kleinerer und mittlerer Größe. In Mecklenburg war im Mai 1941 die Großstadt Rostock der einzige Ort, an dem bereits sämtliche in gewerblichen Betrieben eingesetzten Polen in geschlossenen Barackenlagern untergebracht waren.³⁸ In den kleineren Städten lebten polnische Zivilisten nach wie vor in Wohngebieten, nicht selten Tür an Tür mit deutschen Nachbarn. Aber auch der Oberbürgermeister der mecklenburgische Gauhauptstadt Schwerin bestellte erst im Juni 1942 bei der Sternberger Firma Otto Schmidt zwei Baracken,

35 Stamp, *Zwangsarbeit in der Metallindustrie*, a. a. O., S. 49.

36 Gabriele Hammermann, *Zwangsarbeit für den „Verbündeten“*. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der italienischen Militärinternierten in Deutschland 1943-1945 (= Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom 99), Tübingen 2002, S. 596.

37 Hierzu exemplarisch: MLHA, 5.12-9/7, La 45, *passim*.

38 MLHA, 10.9-H/8, 14, Bl. 118.

um etwa 250 in der Stadt untergebrachte Polen aus der Stadt entfernen zu können.³⁹

Untersuchungen über die Stadt Wismar während des Zweiten Weltkrieges deuten darauf hin, dass die vorherrschende Haltung der einheimischen Bevölkerung gegenüber den Zwangsarbeitern desinteressiert bis ablehnend war.⁴⁰ Hierfür war neben einer grundsätzlich festzustellenden Reserviertheit gegenüber Fremden die Angst, mit Vorschriften in Konflikt zu kommen, ausschlaggebend. Schließlich verlangten die „Polenerlasse“ ebenso wie die „Ostarbeitererlasse“, dass der Kontakt der deutschen Bevölkerung zu diesen Zwangsarbeitern auf ein für die Arbeit unbedingt notwendiges Maß beschränkt bleiben sollte. Ein ausdrücklicher Straftatbestand existierte für jeglichen nicht unbedingt erforderlichen Kontakt mit Kriegsgefangenen. Seit 1940 bis unmittelbar vor Kriegsende wurden deutsche Männer und Frauen wegen illegaler Kontakte zu Zwangsarbeitern, insbesondere zu französischen Kriegsgefangenen, verurteilt und in Haft genommen.⁴¹ Wie wenig sich jedoch der Großteil der einheimischen Bevölkerung für das Schicksal von Zwangsarbeitern interessierte, zeigt der allgemeine Umgang mit polnischen Zivilisten in den ersten Kriegsjahren. Man unterstellte den Polen, dass sie aufgrund schlechter Lebensverhältnisse freiwillig nach Deutschland gekommen wären und deshalb froh sein müssten, dass sie hier Arbeit hätten. Mit westeuropäischen Zwangsarbeitern, die ab 1942/43 aus Belgien, den Niederlanden und Frankreich nach Mecklenburg und Pommern kamen, entstanden zumindest oberflächliche Alltagskontakte häufiger als mit Osteuropäern. Das war dadurch begründet, dass Westeuropäer und auch Tschechen sich freier bewegen und unter anderem selbstständig einkaufen konnten.

Neben der allgemeinen Zurückhaltung gab es allerdings verschiedene Kontaktebenen, auf denen Einheimische das Verbot des Umgangs mit Kriegsgefangenen sowie polnischen und sowjetischen Zivilisten ignorierten. Die häufigste davon war Schwarzhandel. Schwarzhandel vollzog sich oft zu Ungunsten der ausländischen Zivilisten und Kriegsgefangenen, weil diese sich aufgrund ihrer stark eingeschränkten Bewegungsfreiheit in einer deutlich schlechteren Verhandlungsposition befanden als die deutsche Bevölkerung. Wenn ihnen beispielsweise gebrauchte Kleidung angeboten wurde, zögerten polnische oder sowjetische Landarbeiter nicht, diese auch zu stark überhöhten Preisen zu kaufen. Denn bei ihrer Deportation hatten sie oft nicht mehr mitnehmen können als die Kleider, die sie am Leib trugen, und im Unterschied zur deutschen Bevölkerung bekamen

39 Stadtarchiv Schwerin, UB 2414, unfol.

40 Vom Autor wurde im Januar 2005 eine Dissertation mit dem Titel „Einheimische und Fremde. Zwangsarbeit in der mecklenburgischen Seestadt Wismar 1939-1945“ an der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock eingereicht.

41 Entsprechende Haftakten aus den Landesstrafanstalten Dreierbergen-Bützow enthält der Bestand: MLHA, 5.12-6/9 P.

sie nicht regelmäßig Bekleidung zugeteilt. Allerdings waren es nicht ausschließlich Zwangsarbeiter, die an Waren interessiert waren. Mit zunehmender Kriegsdauer gewannen insbesondere die Pakete an Bedeutung, die französische Kriegsgefangene über das Rote Kreuz erhielten. Diese Pakete enthielten teilweise Produkte – beispielsweise Schokolade oder Kaffee – die in Deutschland kaum noch zu beschaffen waren. Der Sicherheitsdienst der SS in Schwerin beobachtete es deshalb mit großer Sorge, dass nicht nur Einzelne, sondern ein Großteil der einheimischen Bevölkerung versuchte, diese Waren bei französischen Gefangenen einzutauschen.⁴²

Auch jenseits von unmittelbarem ökonomischen Interesse entstand Kontakt zwischen Deutschen und ausländischen Zwangsarbeitern, der den Vorschriften zuwider lief. Durch deutsche und polnische Erinnerungen ist belegt, dass insbesondere im ländlichen Raum Polen und deutsche Familien am selben Tisch aßen, was verboten war. Mancher Deutsche, beispielsweise ein Lehrling, der in Wismar die Aufsicht über drei polnische Zivilisten führte, interessierte sich für die Herkunft und den familiären Hintergrund von Zwangsarbeitern. Der sichtbar schlechte Zustand sowjetischer, polnischer und italienischer Zwangsarbeiter führte immer wieder dazu, dass einzelne Deutsche ihnen ein Stück Brot oder andere Lebensmittel zusteckten. Einen besonderen Anknüpfungspunkt zu einer Minderheit in der Bevölkerung Mecklenburgs und Westpommerns hatten viele der hierher gebrachten Zwangsarbeiter dadurch, dass sie katholisch waren. Katholische Geistliche aus Demmin, Barth, Swinemünde und Wismar wurden wegen nicht genehmigter Seelsorge oder Hilfe für polnische Zwangsarbeiter verhaftet.⁴³

Hinsichtlich eines Aufstandes von Zwangsarbeitern herrschte bei den regional Verantwortlichen große Nervosität. Im Januar 1942 verkündete der Höhere SS- und Polizeiführer im Wehrkreis II in einem Rundschreiben, dass „Maßnahmen zur Bekämpfung der Unsicherheit auf dem Lande“ getroffen worden seien. In Mecklenburg und Pommern habe die Beschäftigung zahlreicher ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener in Industrie und Landwirtschaft eine steigende Unsicherheit mit sich gebracht. Diese würde sich infolge des bevorstehenden Einsatzes zahlreicher sowjetischer Kriegsgefangener in den Arbeitsprozess noch erhöhen. Um die Kontrolle über die eingesetzten Zwangsarbeiter aufrecht zu erhalten, hatte man mehrere bewaffnete „Überlandkommandos“ eingerichtet.⁴⁴ In einer erstmals 1970 veröffentlichten Publikation über den „antifaschistischen Wi-

42 BArch. Berlin-Lichterfelde, NS 6/407, *passim*.

43 Reimund Schnabel, *Die Frommen in der Hölle. Geistliche in Dachau*, Berlin 1966, S. 302; Karl Heinz Jahnke, *Widerstand und Opposition gegen das NS-Regime aus den Kirchen in Mecklenburg 1933-1945*, Rostock 1994, S. 21; Martin Holz, *Geistliche Heimat in der Fremde. Katholische Kirche, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter*, in: Rügen. Impressionen, Informationen, Visitenkarten. 12. Folge (2002), S. 28-39, hier S. 28.

44 MLHA, 5.12-4/2.179, Bl. 86ff.

derstandskampf“ in Mecklenburg wurde die Rolle der Zwangsarbeiter im Widerstand und die Solidarität von Deutschen mit Zwangsarbeitern allerdings überschätzt.⁴⁵ Die mecklenburgische Gauleitung stellte keinen organisierten Widerstand fest, obwohl sie sich dahingehend durchgängig besonders aufmerksam zeigte.⁴⁶ Das bedeutet allerdings nicht, dass sich alle Zwangsarbeiter widerstandslos in ihr Schicksal fügten. Insbesondere polnische Zivilisten wehrten sich gegen das ihnen vorgeschriebene Tragen des Kennzeichens „P“.

Nach Kriegsende mussten aus Mecklenburg und Westpommern nach einer nicht abgesicherten Schätzung zwischen 200.000 und 300.000 befreite Zwangsarbeiter repatriiert, d. h. in ihre Heimatländer zurückgebracht werden. Kriegsgefangene aus Westeuropa wurden durch die Militärverwaltungen der Alliierten mit Lastwagen in die britische Besatzungszone gebracht. Italienische „Militärinternierte“, die von den westlichen Alliierten als frühere Verbündete des Deutschen Reiches angesehen wurden, warteten in der britischen Zone teilweise monatelang, bei schlechter Versorgung und unter unzureichenden hygienischen Bedingungen, auf ihre Heimkehr. In den Repatriierungslagern der sowjetischen Besatzungsmacht mussten sowjetische Kriegsgefangene und Zivilisten peinliche und entwürdigende Verhöre durch sowjetische Geheimdienstbeamte ertragen, da man sie der Kollaboration mit den Deutschen verdächtigte. Solche Repatriierungslager entstanden unter anderem in Rostock, Bützow und Schönberg.⁴⁷ Ein Großteil der sowjetischen Repatrianten wurde erstmals bzw. erneut in die Rote Armee eingezogen. Wer bei den Verhören in den Filtrierungslagern als schwerer belastet eingestuft worden war, kam in sogenannte Arbeitsbataillone oder wurde in entlegene Gebiete der Sowjetunion verbannt. Ehemalige Zwangsarbeiter, die der Geheimdienst als besonders belastet ansah, wurden erschossen.

Nicht wenige der ausländischen Zivilisten versuchten, ohne fremde Hilfe den Weg nach Hause zu bewältigen. Für viele war es dabei selbstverständlich, sich einen Pferdewagen und sonstige Gegenstände anzueignen, die sie für die Heimkehr als notwendig erachteten. Polnische Rückkehrer berichten, dass ihnen diese auf ihrem Weg nach Hause teilweise durch Soldaten der Roten Armee weggenommen wurden. Wer sich nach Hause durchgeschlagen hatte, fand dort nicht selten verbrannte Erde und verfallene Ruinen vor. Ein Teil der Polen, die in einem in Lübeck eingerichteten großen Repatriierungslager auf ihre Ausreise aus Deutschland warteten,

45 Bendig u. a., *Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933 bis 1945*, Berlin (Ost) 1985, (Erstausgabe Rostock 1970).

46 *Protokolle von Kreisleiterbesprechungen und Sitzungen des Reichsverteidigungsrates* in Schwerin enthält der Bestand: MLHA, 10.9-H/8.

47 *Karte aus dem Staatsarchiv der Russischen Föderation: GARF, f. 7317, op. 20, d.3*, veröffentlicht in der Ausstellung: „Dokumentation zum politischen Mißbrauch des Strafvollzuges in Bützow“, Gedenkstätte Krummes Haus Bützow, Tafel 18.
Ich danke Herrn Dr. Andreas Wagner für diesen Hinweis.

kehrte nicht nach Polen zurück, sondern versuchte, auszuwandern, meist in die Vereinigten Staaten oder nach Australien.

Doch nicht alle früheren Zwangsarbeiter wollten Deutschland schnell verlassen. Berichte von Bürgermeistern aus den Kreisen Wismar und Güstrow aus den Wochen und Monaten nach Kriegsende beklagten wiederholt die Anwesenheit von Ausländern, die plünderten und sich gewaltbereit zeigten. Nach Einschätzung der unter Aufsicht der sowjetischen Besatzungsmacht entstehenden deutschen Verwaltung befanden sich unter den als besonders gefährlich angesehenen früheren Zwangsarbeitern diejenigen, die in den Jahren zuvor besonders stark unterdrückt worden waren: Aus den Konzentrationslagern befreite Häftlinge, sowjetische Kriegsgefangene, Polen und frühere „Militärinternierte“. Die lokalen deutschen Verantwortungsträger arbeiteten schon bald darauf hin, die früheren Zwangsarbeiter so schnell wie möglich abzuschieben. Auf einer Konferenz in Güstrow verabredeten verschiedene Bürgermeister am 14. Juni 1945, dass sie sich jeweils an ihre örtliche sowjetische Kommandantur wenden sollten. Das erklärte Ziel war: „Alle Ausländer müssen sofort ausreisen.“⁴⁸ Zum 1. August 1945 ordnete die Landesverwaltung an, dass sämtliche Polen, die sich noch im Kreis oder in der Stadt Wismar aufhielten, in einem geschlossenen Transport nach Schwerin abgeschoben werden sollten. Polen, die sich nicht freiwillig meldeten, sollten von Gendarmerie- und Polizeibeamten zwangsweise vorgeführt werden.⁴⁹

Nach Kriegsende spielten die früheren Zwangsarbeiter in der regionalen Erinnerung an die Zeit des „Dritten Reiches“ eine untergeordnete Rolle. Die wenigen Denkmale, die an sie erinnerten, entstanden meist auf Friedhöfen. Das Gedenken an die Zeit des Nationalsozialismus konzentrierte sich in den drei Nordbezirken der DDR weitgehend auf den „antifaschistischen Widerstandskampf“. Zwar bildete Zwangsarbeit in der DDR-Geschichtswissenschaft wesentlich früher als in der Bundesrepublik ein bedeutendes Thema. Doch dieses Thema wurde fast ausschließlich unter ökonomischen Gesichtspunkten erörtert, wobei die Verantwortung für die oft menschenverachtende Ausbeutung von Zwangsarbeitern vor allem bei Industriellen und Gutsbesitzern gesehen wurde. Diese hatten Mecklenburg und Pommern gegen Kriegsende verlassen. Außer Acht blieb jedoch, wie stark auch kleinere Betriebe und damit die vor Ort gebliebenen Einwohner Mecklenburgs und Pommerns von der Zwangsarbeit profitiert hatten oder an ihrem Arbeitsplatz in die Organisation der Zwangsarbeit eingebunden gewesen waren. Eine stärkere Auseinandersetzung mit der lokalen Geschichte von Zwangsarbeit, die über die Frage nach dem „antifaschistischen Widerstandskampf“ hinausging, begann in den drei Bezirken Schwerin, Rostock und Neubrandenburg erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre und wird seit dem Ende der DDR im

48 MLHA, 6.11-11, 2078, unfol.

49 Kreisarchiv Nordwestmecklenburg, II.1460, unfol.

Bundesland Mecklenburg-Vorpommern durch heimatkundliche Schriften, wissenschaftliche Publikationen und Schülerprojekte fortgesetzt.⁵⁰

50 Der veränderte Umgang mit der Lokalgeschichte gegen Ende der DDR zeigte sich in: Inge Wendt, Zur Entwicklung der Stadt Rostock im zweiten Weltkrieg 1939 bis 1945, Diss. Rostock 1989 und: Walter Haak, Neubukow. Zur Geschichte einer kleinen mecklenburgischen Stadt. III. Teil. Von 1918 bis 1945, Neubukow 1989. Zu den Publikationen der jüngeren Zeit gehören neben den bis hierhin zitierten u. a.: Peer Wittig, Das Aradowerk in Anklam, in: Zeitgeschichte regional 1/1999, S. 46-48; Bernd Kasten, Die Beschäftigung von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in Schwerin während des Zweiten Weltkrieges, in: Zeitgeschichte regional 1/2000, S. 22-23.; Florian Ostrop, Zwangsarbeit für die Norddeutschen Dornier-Werke Wismar, in: Förderkreis Luft- und Raumfahrt e.V. (Hg.), Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit in der Rostocker Industrie in der Zeit des Nationalsozialismus. Konferenz am 30. November 2002 an der Universität Rostock, Historisches Institut, Rostock 2003, S. 45-48; Arnaud Lizka / Reno Stutz (Hrsg.), B. 304. Französische Geistliche in einem Rostocker Kriegsgefangenenlager – Eine Chronik 1941-1945 (= Kleine Schriftenreihe des Archivs der Hansestadt Rostock 13), Rostock 2003; Mario Niemann, Polnische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in der mecklenburgischen Landwirtschaft im zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1/2004, S. 38-59.

4. Zwangsarbeit im Ostseeraum zwischen 1939 und 1945 - eine Wanderausstellung im Rahmen des Bundesprogramms CIVITAS (Reno Stutz)

Seit Jahren kam und kommt es in Mecklenburg-Vorpommern immer wieder zu Übergriffen auf ausländische Bürger. Gewalttätige Auseinandersetzungen mit einem eindeutig ausländerfeindlichen Hintergrund, man denke nur an Rostock-Lichtenhagen, Lübeck/Grevesmühlen oder Eggesin, brachten unser Bundesland immer wieder in die Schlagzeilen der nationalen und internationalen Medien. Diese bedrückenden Ereignisse sind leider nur die „Spitze eines Eisberges“. Eine jüngst in der „Schweriner Volkszeitung“ veröffentlichte Studie spricht von etwa 40% aller Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern, die rechtsradikalem Gedankengut zumindest aufgeschlossen gegenüberstehen. Auch wenn die absolute Zahl rechtsradikaler Gewalttaten zurückgegangen ist, wird der Alltag vieler Regionen nach wie vor von Pöbeleien, verbalen Bedrohungen und Gewalttätigkeiten gegenüber ausländischen Mitbürgern überschattet. Dem Geist des Nationalsozialismus anhängend, verweigern sich viele Jugendliche einer vorurteilsfreien und differenzierten Betrachtung der NS-Vergangenheit. Infolgedessen werden die Verbrechen des Hitlerregimes verdrängt, verharmlost oder gar glorifiziert. Der Einsatz von Millionen und Abermillionen Zwangsarbeitern gehört zweifellos zu diesen Feldern. Obwohl die nationalsozialistische Ideologie den Ausländerhass systematisch schürte und ihre Phrasen von Autarkie und Herrenmenschentum verbreitete, konnte die deutsche Industrie und Landwirtschaft zu keinem Zeitpunkt auf den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte verzichten.

Um diesem entgegenzuwirken, wurde 2002 von der Rostocker Geschichtswerkstatt unter Leitung des Wismarer Historikers Florian Ostrop das Projekt „Zwangsarbeit im Ostseeraum 1939 bis 1945“ entwickelt. Ziel war es, eine Wanderausstellung von Schülern für Schüler aufzubauen, die, nach dem Baukastenprinzip aufgebaut, in der Folgezeit durch eine zunehmende Anzahl an lokalen Fenstern erweitert werden sollte. Dabei bot der regionalgeschichtliche Ansatz die Chance, Jugendliche über die Beschäftigung mit dem Thema Zwangsarbeit in einem lokal begrenzten Raum zu zeigen, dass das Phänomen Zwangsarbeit nicht weit entfernt, sondern vor der eigenen Haustür geschah.⁵¹ Die Ausbeutung von Polen, Russen, Franzosen usw. war Alltagserfahrung ihrer Urgroßeltern und somit keine Erscheinung, die irgendwo in deutschen Großstädten oder

51 Dazu siehe thematisch den Artikel in diesem Heft: Florian Ostrop, Zum Einsatz und zu den Lebensbedingungen von ausländischen Zwangsarbeitern während des Zweiten Weltkrieges in Mecklenburg-Vorpommern.

industriellen Ballungsgebieten stattfand. Zwangsarbeit fand überall, auch in der eigenen Heimatstadt und im eigenen Heimatdorf statt.

Diesem Gedanken folgend wurde seit 2002 in verschiedenen Orten Städten und Dörfern Mecklenburgs und Vorpommerns das Phänomen Zwangsarbeit aus regionalhistorischer Perspektive von Jugendlichen untersucht. Das nach wie vor von vielen Menschen verdrängte Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte konnte bisher in Wismar, Schwerin, Rostock-Warne-münde, Gelbensande,⁵² Ribnitz-Damgarten, Barth,⁵³ Franzburg/Niepars und Neubrandenburg exemplarisch aufgearbeitet werden. Alle Teilprojekte beinhalten die Erfassung, Dokumentation, Bearbeitung und Darstellung wichtiger schriftlicher, mündlicher und, so vorhanden, baulicher Quellen. Je nach den vor Ort herrschenden Möglichkeiten, wird verständlicherweise die eine oder andere Form der Projektarbeit bevorzugt.

Die 2002 durch Florian Ostrop in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern konzipierte Wanderausstellung „Von Schülern für Schüler“ konnte im Jahr 2004 durch die drei regionalen Bausteine Neubrandenburg, Franzburg/Nierpars und Ribnitz-Damgarten erweitert werden, die nunmehr exemplarisch an dieser Stelle etwas näher vorgestellt werden sollen.

Das in Mecklenburg-Strelitz gelegene Neubrandenburg verfügte über verschiedene große metallverarbeitende Betriebe, in denen 1943 neben ca. 6.500 deutschen Beschäftigten etwa 2.500 ausländische Arbeiter schufteten. Später kamen mehrere tausend weibliche Häftlinge aus dem KZ Ravensbrück hinzu. Produziert wurden u.a. Granaten, Zünder und Panzerfäuste. Seit Jahren bemühen sich die Neubrandenburger intensiv um die Aufarbeitung der Zwangsarbeiterproblematik. Neben engen Kontakten zur Gedenkstätte Ravensbrück wurden bereits mehrere Zeitzeugentreffen durchgeführt. Bei allen Aktivitäten waren Schüler/-innen, vor allem des Lessing-Gymnasiums unter der Leitung der Lehrerin Frau Marion Zöllner-Haack, beteiligt. Trotz der vielfältigen Aktivitäten konnten die dabei gesammelten Materialien zunächst nicht einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, ein beklagenswerter Umstand, dem im August 2004 abgeholfen wurde. Im Rahmen des CIVITAS-Projektes entstanden mit Hilfe der Archivarin Frau Eleonore Wolf⁵⁴ drei Ausstellungstafeln zum Thema Zwangsarbeit in Neubrandenburg auf Grundlage des Schülermaterials. Diese wurden vom 16. August bis zum 24. September 2004 als Bestandteil der Wanderausstellung „Zwangsarbeit im Ostseeraum 1939-45“ im Neubrandenburger Stadtarchiv gezeigt und ergänzen seither die Exposition.

52 Siehe Artikel in diesem Heft: Petra Klawitter, Projektgruppe „Kriegsgräber“ der Regionalen Schule Gelbensande seit 1999 aktiv.

53 Siehe Artikel in diesem Heft: Martin Albrecht, Aktive Geschichtsarbeit im Müritzkreis - Der Förderverein Dokumentations- und Begegnungsstätte Barth e.V.

54 Siehe Artikel in diesem Heft: Eleonore Wolf, Das Kriegsende in Neubrandenburg

Die Boddenstadt Ribnitz-Damgarten wurde in den Jahren des Nationalsozialismus vor allem durch die Walter-Bachmann-Flugzeugwerke geprägt. Der Betrieb fertigte insbesondere Tragflächen, Steuerungen und Kanzeln für Jagdflugzeuge. Dabei kamen u.a. auch polnische und französische Arbeiter zum Einsatz. Neben der Stadtarchivarin konnte das Ehepaar Sternkiker als Projektpartner gewonnen werden. Der Journalist Dr. Edwin Sternkiker stellte sein seit Jahren gesammeltes Material über die Bachmann-Werke uneigennützig zur Verfügung. Die Lehrerin Frau Sigrid Sternkiker betreute sechs Jungen und Mädchen der Klasse 9 der Ribnitzer Regionalschule im Wahlkursfach „Zwangsarbeit in Ribnitz-Damgarten“. Während der drei Wochenstunden sichteten die Jugendlichen vorhandene Quellen, fotografierten und dokumentierten Stätten von Zwangsarbeit in ihrer Heimatstadt und gestalteten mit dem dabei gewonnenen Material zwei Ausstellungstafeln, die sie im März 2005 Foyer in ihrer Schule zeigten.

Während sich z.B. die Ribnitz-Damgartener Schüler in ihrem regionalgeschichtlichen Kurs vor allem mit den noch nachweisbaren Zeugnissen von Zwangsarbeit im heutigen Stadtbild befassten, beleuchtete der Projektort Niepars/Franzburg vor allem den Einsatz von Kindern innerhalb des nationalsozialistischen Zwangsarbeitersystems. Auf dieses nach wie vor weitgehend unbekannte Kapitel stießen die Schüler/-innen des Gymnasiums Franzburg und der Regionalschule Niepars unter Anleitung der Historikerin Dr. Petra Clemens, des Amtsjugendpflegers Benedikt J. Banzkiewicz und ihrer Lehrer/-innen Olaf Degwitz und Gerit Schwuchow während der Gespräche mit älteren Dorfbewohnern und bei Interviews mit polnischen Gästen, die 2003 und 2004 zu einem Besuch in der Region weilten. Als wichtige Quelle erwiesen sich die Gesuche ehemaliger Zwangsarbeiter/-innen um Nachweise für ihren Arbeitseinsatz, die das Amt Niepars seit 1999 erreichten. Fast jedes vierte Anschreiben enthielt Bescheide über Kinder unter 14 Jahren, die nach Deutschland mit verschleppt worden waren, die hier geboren wurden oder hier starben. Bisher konnten allein für die Region 28 verstorbene Kinder und Jugendliche nachgewiesen werden.

Die vor drei Jahren konzipierte Ausstellung wurde in den vergangenen drei Jahren Schritt für Schritt durch weitere Bausteine erweitert. Dank der über ganz Mecklenburg-Vorpommern verteilten Projektorte nahm der Stand der Vernetzung und damit der Bekanntheitsgrad der durch Schüler erarbeiteten Zwangsarbeiterexposition deutlich zu und soll 2005 durch Nachfolgeprojekte in Greifswald, Pasewalk und Demmin weiter verdichtet werden.

Die Ergebnisse aller Projektorte wurden und werden in die bereits bestehende Ausstellung integriert. Damit wird diese um weitere lokal-historische Fenster erweitert. Der Besucher erhält damit einen umfassenden Einblick in die vielschichtige Thematik „Zwangsarbeit im Ostseeraum 1939-1945“. Durch die Hinzufügung weiterer Orte wird der Beweis geführt, dass der Einsatz von ausländischen Arbeitskräften flächendeckend erfolgte und ihre Ausbeutung unabdingbarer Baustein nationalsozialistischer Weltero-

berungspläne war. Wichtiger Bestandteil der Projektarbeit war und ist die Ausstellungstätigkeit. So konnte die Exposition allein im Jahr 2004 in der Gedenkstätte KZ Ravensbrück, im Katharina-von-Hagenow-Gymnasium Barth, in der Gedenkstätte Prora, dem Stadtarchiv Neubrandenburg und der Stadtbibliothek Greifswald gezeigt werden. Derzeit (März 2005) ist sie in Pasewalk zu sehen und wird im Mai 2005 nach Demmin (Sparkasse) gehen.

Die im Projektunterricht erfolgte Erarbeitung und Präsentation der Ausstellungstafeln sowie dazu notwendige Recherchen regten die Schüler/-innen in ihren jeweiligen Heimatorten an, sich aktiv mit diesem Thema von NS-Geschichte auseinander zu setzen. Dabei gemachte Erfahrungen zeigen, dass es über die Beschäftigung mit regionaler NS-Geschichte und die damit einhergehende Erweiterung historischer Kenntnisse und Einsichten möglich ist, eine größere Vertrautheit mit dem scheinbar nicht betroffenen heimatlichen Umfeld zu schaffen. Die jeweiligen Lernorte boten somit die Möglichkeit, mittels der Projektarbeit soziale Bindungen unter den Schülern zu entwickeln sowie identitätsstiftend und bewußtseinsbildend zu wirken. Dank des im Projekt konsequent verfolgten lokalhistorischen Ansatzes begriffen Jugendliche den massenhaften Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter als etwas vor Ort und nicht in der Ferne Geschehenes.

Ob die dabei gesammelten Erkenntnisse und Einsichten die Jungen und Mädchen gegenüber rechtsradikalen Gedanken widerstandsfähiger machen, bleibt allerdings offen.

5. Projektgruppe „Kriegsgräber“ der Regionalen Schule Gelbensande – seit 1999 aktiv (Petra Klawitter)

Geplant war diese Form der Projektarbeit zunächst nicht. Beim Lesen einer Wochenendbeilage der Ostseezeitung fiel mir ein Artikel über die Jugendarbeit des Volksbundes in die Hände. Darin wurde berichtet, dass sich Jugendliche in den Sommerferien z. B. um Soldatengräber in Frankreich kümmerten, sie pflegten und dabei mehr über die Geschichte des Landes während des Zweiten Weltkrieges erfahren hatten.

Mit diesem Artikel in der Hand begann ich eine Geschichtsstunde in einer neunten Klasse. Wir behandelten die Folgen des Zweiten Weltkrieges und ich forderte meine Schüler heraus, indem ich ihnen aus dem Zeitungsartikel berichtete und sie fragte, ob wir nicht eigentlich die Zeit des Zweiten Weltkrieges vergessen könnten, der Krieg sei lange her und wir sind ja nicht Schuld an diesem Krieg. Jugendliche sollten doch in die Zukunft schauen und die Ferien sinnvoller verbringen!

Zunächst herrschte Stille in der Klasse, dann begann eine Diskussion, die ich mir gewünscht hatte. Die Jugendlichen stellten mehrheitlich fest, dass uns Kriege immer berühren müssen und dass das Wissen um die Ereignisse der beiden Weltkriege unser aller Handeln prägen muss. Die meisten Jungen und Mädchen spürten ihre Verantwortung für das Streben nach einer friedlichen Welt und erkannten, dass nur durch das geschichtliche Wissen diese Verantwortung auch bewusst wahrgenommen werden kann. Eigentlich hatte ich mein Ziel erreicht. Dann fragte plötzlich ein Schüler, ob wir nicht auch einen Soldatenfriedhof in Frankreich besuchen könnten und ich sagte ohne Bedenken zu.

Mit der damaligen Französischlehrerin besprachen wir unser Vorhaben, telefonierten mit dem Landesverband M-V des Volksbundes in Schwerin und fuhren im Frühjahr 2000 mit interessierten Jugendlichen unserer Schule und des Gymnasiums Rövershagen nach Niederbronn in Frankreich. Diese spezielle Zusammenarbeit bezüglich der jährlichen Projektfahrten in eine Jugendbegegnungsstätte des Volksbundes (Frankreich, Niederlande, Belgien und Italien) hat sich hervorragend bewährt. Beide Schulen wählen aus verschiedenen Klassenstufen interessierte Schüler aus, die dann alle Programmpunkte gemeinsam absolvieren. Außerdem kann der gemietete Bus optimal ausgelastet werden, das spart Kosten. Bisher waren wir sechs Mal gemeinsam unterwegs und wir bereiten bereits die nächste Fahrt vor.

Als wir 2000 von unserer ersten Projektfahrt zurückkehrten, luden wir die Sponsoren zu einer projektbegleitenden Ausstellung ein. Sie waren beeindruckt von dieser Form der Jugendarbeit. Frau Rüge-Fischer (Referentin für Schularbeit beim Volksbund, Landesverband M-V) brachte uns auf die Idee, uns um den Lazarettfriedhof am Schloss Gelbensande

zu kümmern. Etwa zehn meiner Schüler waren begeistert und ich konnte nicht ‚nein‘ sagen. Die Ausmaße der Projektarbeit, die nun begann, schätzte ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht ab.

Regelmäßig traf ich mich mit meinen Schülern außerhalb des Unterrichts, um die Geschichte des Lazaretts Gelbensande aus der Zeit Ende des Zweiten Weltkrieges zu erforschen. Wir besaßen eine Gräberliste, auf der die Heimatanschriften der hier bestatteten Menschen verzeichnet waren. Diese Angaben waren 2000 mindestens 55 Jahre alt! In mühseliger Kleinarbeit schrieben wir Briefe an Ordnungsämter, Botschaften, Privatadressen, Archive und Suchdienste. Wir befragten Zeitzeugen in den umliegenden Dörfern und baten in der regionalen Presse um Unterstützung.

Wir fanden heraus, dass ein Lazarettzug, aus Pommern kommend, in Gelbensande steckengeblieben war (die Rote Armee stand bereits in Ribnitz und Rostock) und die etwa 750 Verwundeten in Gelbensande, teilweise auch für etwa drei Wochen in Schwarzenpfost, ausgeladen worden waren. Im ganzen Dorf verteilt erhielten diese Menschen nun für mehrere Wochen medizinische Hilfe. Die Kranken und Verwundeten kamen aus Deutschland, Polen, Italien, Rumänien, Russland, Lettland, Litauen, der Ukraine und der Tschechoslowakei, es waren hauptsächlich Soldaten. Wir fanden auch heraus, dass im Lazarett später auch ehemalige KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter gepflegt wurden.

Es gelang uns, ehemalige Patienten, Angehörige von Patienten, Ärzte und Schwestern zu finden. Wir erneuerten den Lazarettfriedhof und gestalteten ihn um, übernahmen die Pflegepatenschaft, organisierten Ausstellungen und suchten Sponsoren, um eine Holzplastik („Die Trauernde“) fertigen zu lassen. Diese Figur steht seit 2002 neben dem Hochkreuz auf dem Lazarettfriedhof. In Zusammenarbeit mit dem Volksbund entstand eine Veröffentlichung über die Ergebnisse dieses Projektes.

Damit hätte die Arbeit nach gut zwei Jahren beendet sein können. Daran war aber nicht mehr zu denken, denn es hatte sich eine feste Schülergruppe gebildet, die gar nicht daran dachte, aufzuhören. Außerdem stießen wir bei der Beschäftigung mit den Ereignissen um das Lazarett auf das ehemalige KZ-Außenlager Schwarzenpfost.

In der Vergangenheit hatten sich immer wieder einzelne Personen mit den Geschehnissen des Lagers beschäftigt, das reichte aber bisher nicht aus, um ein möglichst umfassendes Bild über dieses Außenlager zu erhalten. Durch Herrn Steinmüller aus Gelbensande und Frau Radau aus Barth gelangten wir an Material, das eine wertvolle Grundlage für unsere weitere Arbeit darstellte. Während unserer Recherchen zum Lazarett Gelbensande erfuhren wir, dass ein jüdischer KZ-Häftling im August 1945 aus dem Lazarett Gelbensande zur weiteren Genesung entlassen worden war. Nun begannen wir, diesen Mann zu suchen, denn ein ehemaliger Wehrmachtssoldat hatte mehrere Wochen mit diesem jüdischen Häftling ein Zimmer geteilt und berichtete uns, dass dieser Häftling für die Heinkel Flugzeugproduktion gearbeitet haben soll.

Beide Männer hatten sich während ihres Lazarettaufenthaltes in Gelbensande angefreundet und so konnten wir Namen und weitere wichtige Daten in Erfahrung bringen. Von 2001 bis 2004 dauerte unsere Suche nach dem ehemaligen KZ-Häftling. Wir hatten wieder an Botschaften geschrieben, Kontakte nach Israel, Washington, Los Angeles und die Schweiz aufgenommen, jüdische Zeitungen um Hilfe gebeten. Plötzlich erhielten wir im Oktober 2004 eine e-Mail. Der Sohn des ehemaligen Häftlings las unsere Anzeige im Internet, die eine jüdische Zeitung veröffentlicht hatte. Sein Vater ist seit 20 Jahren tot, nun möchte der Sohn mit uns einen intensiven Kontakt pflegen. Möglicherweise gibt es weitere Erkenntnisse bezüglich der Zwangsarbeit bei den Heinkel Flugzeugwerken.

Die Suche nach ehemaligen Häftlingen und Zeitzeugen war nur ein Teil unserer Arbeit. Gleichzeitig recherchierten wir in Archiven, Suchdiensten, Museen im In- und Ausland und in der Literatur nach weiteren Spuren dieses Lagers. Außerdem verteilten wir Fragebögen an die älteren Bewohner der umliegenden Dörfer und interviewten einige Zeitzeugen nach Auswertung dieser Unterlagen. Spannend gestalteten sich immer wieder die Rundgänge auf dem ehemaligen Gelände des Verlagerungsbetriebes der Heinkel Flugzeugwerke. Da wir eine Karte besitzen, auf der das Gelände und einige Gebäude eingezeichnet sind, konnte unsere Spurensuche beginnen. So fanden wir Mauer- und Fundamentreste von Werkshallen, einen Brunnen, ein Tauchbecken und Reste eines Kellergeschosses. Überraschend waren die Funde von Flugzeugteilen der He 162, die hier während des Krieges von den Häftlingen für die Rüstungsproduktion gefertigt werden mussten.

Die einzelnen Funde, die in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Bodendenkmalpflege und dem Förderverein für Luft- und Raumfahrt Mecklenburg-Vorpommern e.V. ausgewertet und archiviert wurden, legen Zeugnis darüber ab, in welchem Zusammenhang technische Höchstleistungen und menschenverachtendes System standen, welchen Preis Menschen verschiedener Länder und Religionen dafür bezahlen mussten!

Immer wieder suchten wir nach Überlebenden des Außenlagers Schwarzenpfost und wandten uns an das Holocaust Memorial Museum in Washington, an das Steven Spielberg Archiv in Los Angeles und nahmen Kontakt zu einer Forschungsgruppe der Universität in Tel Aviv auf, die sich mit den Nebenlagern von Ravensbrück beschäftigte. Unsere unermüdliche Suche hatte mehrfachen Erfolg.

Bis heute bestehen teilweise persönliche Kontakte zu diesen ehemaligen Häftlingen oder deren Familien. Es ist uns sogar gelungen, zwischen zwei ehemaligen jüdischen Häftlingen, einer aus Polen, der andere aus Ungarn stammend, die sich vorher nicht kannten, die Befreiung am 1. Mai 1945 in Rostock erlebten und Ende der 40er Jahre unabhängig voneinander nach Toronto ausgewandert waren, ein Treffen zu organisieren. Dabei stellten sie fest, dass sie nur sechs Straßen voneinander entfernt wohnten. Seither gibt es zwischen den Familien herzliche und freundschaftliche Beziehungen.

Nachdem wir über zwei Jahre recherchiert hatten, kamen wir auf die Idee, auf dem ehemaligen Gelände des Verlagerungsbetriebes eine Erinnerungs- und Informationstafel aufzustellen, um der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, was sich hier vor 60 Jahren befand, unter welchen unmenschlichen Bedingungen die Häftlinge leben und arbeiten mussten.

Alle Arbeiten, von der Planung dieser Tafel, über den Entwurf und die Suche nach Sponsoren, wurden von der Projektgruppe übernommen. Die Tafel fertigte eine ortsansässige Firma.

Die Einweihungsfeier gestaltete die Projektgruppe. Während all dieser Aktivitäten erstellten wir ab Frühjahr 2003 gleichzeitig für die Wanderausstellung „Zwangsarbeit im Ostseeraum 1939-1945“ drei Tafeln zum KZ- Außenlager Schwarzenpfost.

Von Anfang an waren es die Schüler gewöhnt, ihre Arbeitsergebnisse in Ausstellungen zu präsentieren, sich der Presse zu stellen oder den Medien Rede und Antwort zu stehen. Außerdem lernten sie, dass sie Verantwortung für eine Gruppe tragen, dass ihr Beitrag das Ergebnis und auch das Ansehen des Projektes beeinflusst. Nach und nach entwickelten die Jungen und Mädchen immer mehr Selbstvertrauen, reiften in ihrer Persönlichkeit und die gesamte Gruppe ist nicht nur an der Schule anerkannt. Nur selten verlassen einzelne Schüler schon nach einem Jahr das Projekt, die meisten sind seit drei oder vier Jahren dabei und die Zahl der teilnehmenden und interessierten Jungen und Mädchen wächst stetig, trotz abnehmender Schülerzahlen an unserer Schule.

Bei all der zeitaufwendigen Arbeit benötigt man immer wieder Förderer und Unterstützer. Da sind Eltern, die Schulleitung, Lehrer, Behörden, Ämter, Firmen und Kommunalpolitiker gefragt. Auch die finanziellen Aufwendungen, die sich zwangsläufig aus so einem großen Projektrahmen ergeben (z. B. Fahrkosten, Porto, Fotoarbeiten, Anfertigung von Hinweisschildern, Erinnerungstafeln, Öffentlichkeitsarbeit usw.), müssen immer wieder neu geregelt werden. Nicht selten werden „Klinken geputzt“, um anstehende Vorhaben verwirklichen zu können. Selbst die von uns gewonnenen Preisgelder haben wir für die Durchführung neuer Projekte eingesetzt.

Im Herbst 2002 nahmen wir Kontakt zu einer polnischen Schülergruppe aus Goleniow auf. Hier hatte der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesverband Mecklenburg- Vorpommern, Vermittlungsarbeit geleistet und uns seither tatkräftig unterstützt. Die Aufarbeitung der deutsch-polnischen Geschichte auf beiden Seiten ist Hauptaugenmerk unserer Zusammenarbeit, um Wege der Versöhnung zu finden, Vorurteile abzubauen und auf diese Weise für Toleranz einzutreten. Das erfordert von allen Beteiligten hohes Engagement, denn nur durch kontinuierliche Jugendarbeit und Begegnung, durch gemeinsames Handeln und die Diskussion miteinander können die gesetzten Ziele erreicht werden. Nach den ersten Treffen der verantwortlichen Projektleiter der beiden Gruppen kam es am 12. März 2003 zur Begegnung der Jugendlichen aus Gelbensande und Goleniow auf dem Golm (Usedom). Hier erfuhren die Jugend-

lichen von Zeitzeugen, was sich in den letzten Kriegswochen des Jahres 1945 in der Region um Swinemünde ereignet hatte. Mit diesem Wissen und der Erkenntnis der gemeinsamen Verantwortung für den Frieden, für das Miteinander der Völker und das Erinnern an diesen Teil der Geschichte kamen sich die Schüler schnell näher. Kommuniziert wurde vielfältig: englische und deutsche Redewendungen paarten sich mit Zeichensprache von Händen und Füßen.

Am Ende dieser ersten Begegnung wurden Adressen ausgetauscht und versprochen, sich bald wieder zu treffen. So gab es bereits im August 2003 eine weitere Begegnung zum Jugendevent „Prora 03“. Hier verbrachten wir drei Tage, um erste Ergebnisse unserer gemeinsamen Projektarbeit auszutauschen und vor Ort zu präsentieren. Außerdem beschäftigten sich die polnischen Schüler mit der Übersetzung von Briefen ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter, die im KZ-Außenlager Schwarzenpfost arbeiten mussten. Einige Jugendliche aus Gelbensande erstellten fast vollständig mit Unterstützung eines Grafikers und des verantwortlichen Projektleiters der Wanderausstellung „Zwangsarbeit im Ostseeraum 1939-1945“ die drei Tafeln zum KZ- Außenlager Schwarzenpfost. Da wir uns für diese drei Tage außerhalb von Prora ein Quartier gesucht hatten, konnten wir auch unabhängig vom offiziellen Programm des Jugendevents mit unseren polnischen Freunden zusammen sein. Neben dem gemeinsamen Grillen waren vielfältige Sportaktivitäten bis weit über Mitternacht hinaus zu erleben. Diese persönlichen Begegnungen trugen erheblich dazu bei, Vorurteile abzubauen und viel voneinander zu lernen.

Im November 2003 weilten wir auf Einladung unserer polnischen Freunde zum Nationalfeiertag Polens in Goleniow. Hier erlebten wir herzliche Gastfreundschaft von offizieller Seite und in polnischen Familien. Auf der zentralen Gedenkveranstaltung in Goleniow ehrten wir gemeinsam das Andenken der Opfer von Krieg und Gewalt. Die Geste der Versöhnung, die von polnischen und deutschen Jugendlichen dargebracht wurde, hinterließ in der Bevölkerung nachhaltigen Eindruck.

Schon zu diesem Zeitpunkt beschäftigte sich unsere Projektgruppe mit einem weiteren Thema, das auch mit vorangegangenen Themen in Verbindung stand: Während des Zweiten Weltkrieges mussten Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge im Wald bei Gelbensande arbeiten. Dabei kamen einige von ihnen um, die genauen Umstände konnten bisher nicht geklärt werden.

In der Gemeinde Gelbensande existiert eine Gräberliste über fünf verstorbene polnische Zwangsarbeiter, die am Rande des kommunalen Friedhofes Gelbensande verscharrt worden sein sollen. Diese Stelle gehörte ursprünglich nicht zum Gelände des Friedhofes. Erst 1994 erfolgte die zusätzliche Umzäunung.

Einwohner erzählten uns, dass die verstorbenen Zwangsarbeiter während des Krieges nicht auf einem deutschen Friedhof begraben werden sollten, deshalb verscharrte man sie außerhalb der eigentlichen Friedhofsanlage.

Um mehr über diese Geschichte zu erfahren, suchten wir wieder in Archiven des Landkreises, der Hansestadt Rostock und in Ravensbrück nach entsprechenden Unterlagen. Dabei fanden wir widersprüchliche Angaben.

Neben den polnischen Zwangsarbeitern war auch von Offiziersfrauen aus dem Konzentrationslager Ravensbrück die Rede, die nach Schwarzenpfost überstellt worden waren. Einige Frauen, laut Archivmaterial, überlebten die schwere körperliche Arbeit nicht. Wie es zur Erstellung der Gräberliste der fünf polnischen Zwangsarbeiter kam, konnte von Seiten der Gemeinde Gelbensande nicht beantwortet werden. Auf dem kommunalen Friedhof in Gelbensande gab es keine Begräbnisstätte für die Opfer der Zwangsarbeit, die betreffende Stelle war verwildert und ungepflegt. Wir nahmen uns vor, diesen Zustand zu ändern.

Da es immer wieder Stimmen gab, die behaupteten, dass dort nie Menschen begraben worden seien, musste eine genehmigte Suchgrabung organisiert werden. Im März 2004 gelang dieses Vorhaben. Ein verantwortlicher „Suchgräber“ des Volksbundes und der zuständige Mitarbeiter der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Bad Doberan begleitete die Suche nach den verstorbenen Zwangsarbeitern und/oder Häftlingen. Nach etwa 90 Minuten entdeckte ein Schüler in 1,50 m Tiefe zunächst Stroh- dann Stoffreste, bevor langes Frauenhaar, Schädelknochen und weitere Knochenreste zum Vorschein kamen. Der anwesende Sachverständige bestätigte, dass es sich mit höchster Wahrscheinlichkeit um Überreste einer Frau aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges handelte. Die sterblichen Überreste wurden wieder an Ort und Stelle beigesetzt, auf weitere Grabungen verzichteten wir, denn es ging uns hauptsächlich darum zu beweisen, dass *hier* Menschen begraben worden waren.

Nun begann der zweite Teil dieses Projektes. Unsere Gruppe wollte die betreffende Stelle zu einer Gedenk- und Informationsstätte umgestalten. Es sollte an die Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge erinnert werden, die während des Zweiten Weltkrieges im Wald bei Gelbensande ums Leben kamen. Die Namen der Verstorbenen fanden wir bisher nicht. Gemeinsam mit unseren polnischen Freunden entstanden erste Entwürfe für die geplante Gedenkstätte, die sich in die natürlichen Gegebenheiten des Friedhofes einpassen sollte.

Am Ende entschieden wir uns für ein Holzkreuz mit deutscher und polnischer Inschrift, das aus einem Feldsteinhaufen herausragt. Eine Informationstafel gibt Auskunft über die Geschichte dieses Ortes.

Das Projekt wurde gefördert im „Jugendprogramm Zeiteinsparungen“ im Rahmen der Bundesinitiative „wir ... hier und jetzt“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Stiftung Demokratische Jugend. Außerdem erhielten wir von der Wirtschaftsvereinigung der Unternehmer des Ortes Gelbensande die finanziellen Mittel für das Holzkreuz.

Im April 2004 begannen die „Bauarbeiten“. Die Schüler räumten den Platz, der Gedenkstätte werden sollte, hoben dafür die Grundfläche

aus und fuhren Kies heran. Der Hausmeister unserer Schule und der Geschichtslehrer Herr Klawitter übernahmen die Maurer- und Steinsetzearbeiten, errichteten das Holzkreuz und die Informationstafel. So konnten Kosten gespart werden. Die Jugendlichen bepflanzten die Anlage mit Kieferen. Gleichzeitig gelang die Dokumentation des Projektes auf einer transportablen Anschauungstafel.

Anfang Juni 2004 übergaben wir die Gedenkstätte der Öffentlichkeit.

Schon drei Wochen später realisierten wir ein Projekt, welches bei unseren und den befreundeten polnischen Schülern nachhaltige Eindrücke hinterließ. Jeweils zehn Schüler aus Gelbensande und Goleniow und fünf Jugendliche aus dem südpolnischen Cieszkowice gestalteten ein zweiwöchiges Jugendsommerlager. Mit Unterstützung des Volksbundes übernahmen die Projektleiter aus Gelbensande, Herr und Frau Klawitter und Goleniow, Frau Maczko, die Organisation, Durchführung und Verantwortung dieser Jugendbegegnung.

Im Mittelpunkt stand die gemeinsame Arbeit und Freizeitgestaltung. So beschäftigten wir uns intensiv mit der Geschichte des Ersten und Zweiten Weltkrieges in dieser Region. Wir arbeiteten über 40 Stunden auf einem verwilderten Friedhof aus dem Ersten Weltkrieg (Tursko Nr.140), auf dem Menschen aus Polen, Österreich, Ungarn, Russland und Deutschland bestattet worden waren. Hilfe erhielten wir durch Bewohner der umliegenden Orte.

Durch diese Arbeit, Gespräche mit den Menschen des Landes, Exkursionen und Kulturabende lernten wir viel über das Leben und die Mentalität des polnischen Volkes. Jüdische Geschichte wurde uns in Tarnow und Krakau näher gebracht. Der Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz wird allen Teilnehmern dieser deutsch-polnischen Begegnung in ständiger Erinnerung bleiben. Die polnischen Jugendlichen konnten nicht verstehen, warum wir uns so intensiv mit der jüdischen Geschichte und der Geschichte des Zweiten Weltkrieges beider Länder beschäftigen. Diese Generation praktiziert „Versöhnung über den Gräbern“ und blickt nach vorn in ein geeintes Europa. Sie sehen die Vergangenheit als Teil ihrer und unserer Geschichte, aus der wir alle lernen sollen, mehr nicht. Im Sommer 2005 begeben wir uns wieder für zwei Wochen nach Cieszkowice, um das fortzusetzen, was so konstruktiv begann.

Während unseres Aufenthaltes in Polen begleitete uns ein polnisches Fernseherteam und produzierte einen 30-minütigen Beitrag, der Anfang September 2004 im polnischen Fernsehen zu sehen war. Hier wurde auch beeindruckend die Projektarbeit der Schüler aus Gelbensande in Wort und Bild vorgestellt. Die verantwortliche Produzentin hatte sich entsprechendes Material von uns zuschicken lassen und gekonnt in die Reportage eingefügt.

Wie geht es bei uns weiter?

Es gibt Pläne für einen beschilderten Rundweg auf dem ehemaligen Gelände des Verlagerungsbetriebes der Heinkel Flugzeugwerke in Schwarzenpfost. Weitere Veröffentlichungen, Zeitzeugengespräche und Ausstellungen sind in Vorbereitung. Die Jungen und Mädchen der Projektgruppe „Kriegsgräber“ der Regionalen Schule Gelbensande sind bereit, aktiv an der Erforschung der Geschichte mitzuwirken. Sie haben vielfältige Ideen und sind sehr kreativ. Das beweisen sie vor allem auch in ihren künstlerischen Arbeiten, die parallel zu unseren Projektthemen entstanden sind. Dieser Bereich wird auch weiterhin durch uns gefördert und ausgebaut. Zeichnungen, Gedichte und Geschichten sollen zu den einzelnen Schwerpunktthemen entstehen.

Ohne das Engagement jedes einzelnen, aber vor allem der Projektleiter und Förderer, wäre das Projekt undenkbar. Deshalb sind wir ständig auf der Suche nach *wirklichen Partnern*, um alle Vorhaben umsetzen zu können.

Das Projekt hat bereits ein Ausmaß erreicht, das weit über den eigentlichen Rahmen eines Lehrers mit einer Teilzeitbeschäftigung hinausgeht.

Hier sind die verantwortlichen Gesetzgeber im Bildungsministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern gefragt. Lehrer, die sich langfristig weit über das Maß ihrer eigentlichen Arbeit erfolgreich engagieren, sollten, so wie in Polen schon seit längerer Zeit praktiziert, auch die Möglichkeit erhalten, ihr Stundenkonto zu erhöhen und nicht in gezwungener Teilzeitarbeit verharren zu *müssen*. Lehrer eines solchen Projektes zu sein, bedeutet nicht nur Pädagoge und Erzieher, sondern auch Wissensvermittler, Sozialarbeiter, Psychologe, Seelsorger, Lernender und freundschaftlicher Partner zu sein. Nur wenn das von den zuständigen Stellen im Land erkannt wird, gibt es in Zukunft weitere derartige Projekte.

6. Erfahrungen bei der Projektarbeit am Herder-Gymnasium in Schwerin (Christine Kindt)

An vielen Schulen sind es immer wieder die gleichen wenigen Lehrer, die sich an Projektarbeit heranwagen. Anders als im sonst meist üblichen Unterricht sind neben der inhaltlichen Vorbereitung dann auch die Unwägbarkeiten der Gruppenarbeit, wie etwa ein gewisser Geräuschpegel, das Ausklinken einzelner Schüler, ein gewisser Zeitdruck, einzukalkulieren. Aber ist es nicht eine Entschädigung, wenn ein Schüler der 8. Klasse, am Ende des vergangenen Schuljahres sagt: „Für mich war das Projekt sehr interessant und informativ. Ich wusste weder, dass so ein Attentat geplant war, noch dass Drahtzieher bzw. Verwandte von ihnen in unserer unmittelbaren Umgebung gelebt haben.“

Was war dem vorausgegangen? Zu Beginn des Schuljahres 2003/2004 entschieden sich die Schüler der schon zitierten 8c unserer Schule, sich im Rahmen des Bundeswettbewerbs für politische Bildung dem Thema „Spuren des Nationalsozialismus im Heimatort“ zu widmen. Jede Stadt besitzt Spuren, die sofort genannt werden können, weil sie mit Straßennamen in Verbindung stehen. Der Nachteil dieser Spuren ist, dass der regionale Bezug selten vorhanden ist. Nun fand sich in der besagten 8c eine Schülerin, die sich zu erinnern glaubte, bei einer Radtour mit dem Opa im Ort Klein Trebbow einen Hinweis auf die Zeit der Naziherrschaft gelesen zu haben. Zu diesem Zeitpunkt ahnten weder die Schüler noch ich, dass uns dieses Thema das ganze Schuljahr nicht wieder loslassen sollte. Ziemlich schnell hatten die Schüler durch eigene Recherchen herausgefunden, dass zwischen 1939 und 1945 Tisa von der Schulenburg als Frau des dortigen Gutsbesitzers von Barner in Klein Trebbow wohnte und dass sie die Schwester des nach dem missglückten Attentat auf Hitler vom 20.7.1944 hingerichteten Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg war. In den folgenden Wochen trugen wir zahlreiches Material zu Tisa von der Schulenburg zusammen: Schüler lasen ihre Autobiographie: „Ich hab`s gewagt“, suchten Zeitungsartikel zu ihr, zu Ausstellungen über ihr bildhauerisches Schaffen und beschäftigten sich mit dem Leben ihres Bruders. Pünktlich zum Einsendeschluss Anfang Dezember 2003 war eine, den Vorgaben von 8 Seiten entsprechende Arbeit über diese interessante Frau fertig. Für die Schüler war der Wissenszuwachs enorm. Vom Geschichtsunterricht her hatten sie in Klasse 8 noch gar keine Kenntnisse über diesen historischen Zeitraum, aber aus dem Deutschunterricht kannten sie Bücher wie „Das Tagebuch der Anne Frank“ und „Als Hitler das rosa Kaninchen stahl“. Das Einordnen solcher Werke in die geschichtlichen Zusammenhänge erfolgte natürlich sehr unterschiedlich und die meisten Schüler wussten vor Beginn unserer Arbeit sehr wenig über den genannten Zeitraum. Nun machten sie auch noch die Erfahrung, dass mit der Geschichte des Nationalsozialismus nicht nur solche entfernten Orte wie Buchenwald, Dachau oder Auschwitz

in Zusammenhang standen, sondern dass in der eigenen Umgebung, also praktisch vor der eigenen Haustür, Geschichte genauso passiert war. Und da im Herbst 2003 in Schwerin zum Thema „Der 20. Juli 1944 und Mecklenburg“ der Stadtgeschichtswettbewerb eröffnet worden war, arbeiteten wir an dem begonnenen Thema weiter, vertieften vor allem auch unsere Kenntnisse über Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg. Außerdem erarbeiteten wir, und nach der Idee eines Schülers, verschiedene Vorschläge für eine Gedenktafel, die am Teehaus in Klein Trebbow an diese Zeit erinnern könnte. Schließlich hatte sich in diesem Teehaus Ostern 1944 Tisas Bruder Fritz-Dietlof mit dem Hauptakteur des später stattfindenden Attentates, Claus Graf Schenk von Stauffenberg, zu konspirativen Gesprächen getroffen. Die dann im März 2004 fertiggestellte Arbeit war gut strukturiert und orientierte sich immer am regionalen Aspekt. Dazu benötigten die Schüler aber dauernde Lenkung, da der Wunsch, sehr ausführlich auf die allgemeine Vorbereitung und Durchführung des Attentates einzugehen, recht ausgeprägt war. Die Klasse 8c erhielt für die eingereichte Dokumentation einen 1. Preis im Stadtgeschichtswettbewerb und gleich einen neuen Auftrag. In der Gemeinde Klein Trebbow sollte anlässlich des 60. Jahrestages des Attentates auf Hitler das Teehaus renoviert und eine Ausstellung zum Thema, insbesondere zu Fritz-Dietlof von der Schulenburg, eröffnet werden. Umliegende Schulen wurden um Mitarbeit gebeten, ein „hauptberuflicher“ Historiker mit der Erarbeitung der Ausstellung beauftragt. In welcher Form sollten nun Schüler einer 8. Klasse Ergebnisse präsentieren? Wir nahmen das Projekt „Video“ in Angriff. Nun widmeten wir uns ausschließlich dem Leben Fritz-Dietlofs von der Schulenburg. Dabei standen wir unter sehr großem zeitlichen Druck, denn das Schuljahr war noch knapp 8 Wochen lang und neben diesen Projekten hat ein Lehrer auch noch Abiturprüfungen abzunehmen und Zeugnisse zu schreiben. Für das Video konnten die wichtigsten vorbereitenden Arbeiten nicht mehr im Unterricht erfolgen. Kleingruppen von Schülern erarbeiteten zu Hause Texte zu den wichtigsten Lebensabschnitten Fritz-Dietlofs, andere suchten in Büchern und Zeitschriften nach Bildern zur Illustrierung der Texte, so dass kurz vor Schuljahresende die Texte aufgenommen werden konnten. Außerdem drehten wir in der besagten Klasse noch einen Film, in dem die Schüler ihre Meinung zur Projektarbeit im Allgemeinen und zu diesem im Besonderen darstellten. Dass unser Video dann am 18.7.2004 in Klein Trebbow gezeigt werden konnte, war dann nur der uneigennützigen Arbeit einiger Schüler zu verdanken, die in den Ferien zunächst Texte und Fotos zum Leben Fritz-Dietlofs von der Schulenburg zusammensetzten und den Film über die Klasse praktisch als zweiten Teil anhängten. Wir nannten unsere Arbeit „Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg-Schüler nähern sich dem Schicksal eines Widerstandskämpfers“. Unser Film ist technisch weit entfernt davon, perfekt zu sein, die Unzulänglichkeiten bereiteten besonders mir im Vorfeld der Präsentation Probleme. Nichtsdestotrotz erfuhren wir für diese Arbeit sehr viel Lob, sicher besonders der Tatsache geschuldet,

dass die Schüler persönlich zu Wort kamen. Stolz waren letztlich sowohl Schüler als auch Lehrerin.

Die Erfahrungen dieses Projektes waren: Über regionale Geschichte lassen sich Schüler stark motivieren, eigene Untersuchungen/Recherchen anzustellen, der Ehrgeiz von Schülern wird außerdem verstärkt, wenn ergebnisorientiert gearbeitet wird. Diese Erfahrungen nutze ich auch in diesem Schuljahr. Aufhänger ist zunächst wieder der Stadtgeschichtswettbewerb, der im Schuljahr 2004/2005 zum Thema „Das Jahr 1945 in Mecklenburg“ ausgeschrieben wurde. Die für mich günstigeren Rahmenbedingungen bestehen in der Tatsache, dass ich längere Projektarbeit nicht im laufenden Unterricht unterbringen muss, sondern mit den wahlweise obligatorischen Kursen Wahlpflicht Klasse 9 und Projektkurs Klasse 12 zwei Möglichkeiten habe, längerfristig Themen in anderen Formen als im üblichen Unterricht zu bearbeiten. Die Hinführung zum Thema habe ich entsprechend der Altersstufen unterschiedlich gestaltet. Den Schülern der 12. Klasse sollte eine Führung im Stadtarchiv Schwerin dazu dienen, nicht nur einen Einblick in die Archivarbeit zu bekommen, sondern auch zu sehen, welche Themen zum Jahr 1945 anhand von Quellen zu bearbeiten möglich sind. In den folgenden Wochen erfolgte dann in Kleinstgruppen die Sammlung des zu verarbeitenden Materials. Dabei nutzten die Schüler nicht nur das beliebte Internet, sondern neben Bibliotheken und Zeitzeugengesprächen auch das Stadtarchiv. Die Themen waren dabei von den Bombenangriffen auf Schwerin und Flucht und Vertreibung über Einzelschicksale, wie das von Marianne Grunthal, die wegen der geäußerten Erleichterung über das Ende des Krieges noch in den letzten Kriegsminuten auf dem Schweriner Bahnhofsvorplatz gehängt wurde, bis hin zu den Verhältnissen in Gemeinden des Umlandes sowie die erste Besatzungszeit sehr vielfältig. Problematisch schien mir zunächst die Suche nach einer Möglichkeit, diese verschiedenen Themen gemeinsam zu präsentieren. Die Idee der Schüler, dazu eine Website zu gestalten, war dann eine hervorragende Lösung, an deren Fertigstellung gerade gearbeitet wird. Diese moderne mediale Aufarbeitung ist dem langjährigen, vielseitigen Informatikunterricht an unserer Schule zu verdanken.

Die Schüler meines Wahlpflichtkurses der 9. Klassen sind, sowohl was die inhaltliche als auch die mediale Arbeit betrifft, natürlich auf einem anderen Ausgangsniveau. Dem Thema Kriegsende 1945 näherten wir uns zunächst über die Behandlung des Buches „Die Abenteuer des Werner Holt“, um über die Erlebnisse eines Heranwachsenden eine Beziehung zum Krieg herzustellen. Anschließend wurde dann mit Hilfe der Kataloge der Stadtbibliothek Schwerin und der Landesbibliothek Mecklenburg-Vorpommern, die beide online nutzbar sind, eine Bibliographie zum erwähnten Thema erarbeitet. Dann konnten auch die Ergebnisse einer längerfristigen Hausaufgabe dargestellt werden: Die Schüler hatten den Auftrag, Verwandte und/oder Bekannte zu Erlebnissen oder Erzählungen der letzten Monate des Zweiten Weltkrieges zu befragen. Dies war eine weitere Möglichkeit,

die Schüler für diesen Themenbereich zu interessieren, denn über die Familiengeschichte kann ein Gespräch zwischen den verschiedenen Generationen in Gang kommen. Dabei erfuhren etliche Schüler viel Neues, was sie bei Erteilung dieser Hausaufgabe nicht für möglich gehalten hätten. Dabei gab es in vielen Familien Erzählungen über Flucht und Vertreibung, über Lebensmittelknappheit und Erfahrungen mit Besatzungsmächten. Wir stellten also bei aller Unterschiedlichkeit der Familiengeschichten viele Gemeinsamkeiten fest. Aufgabe des Unterrichts war es dann natürlich auch, eine Einordnung der persönlichen Erlebnisse in die „große Geschichte“ vorzunehmen. Das bedeutete beim Thema Kriegsende 1945 immer, Ursache und Wirkung nie aus dem Auge zu verlieren. Es fällt den Schülern bis heute nicht leicht, das private Leid des einzelnen Verwandten und seiner Familie nicht als Leid an sich zu betrachten, sondern als Folge mindestens des 1. September 1939. Das fällt ihnen auch deshalb nicht leicht, weil in diesem Ursache-Wirkung-Prinzip natürlich die Anerkennung einer moralischen Schuld (nicht einer juristischen!) der damals lebenden Generation, also auch der eigenen Verwandten, steckt. Auch die Schüler der 9. Klassen entschieden sich dann für ein jeweils in Kleinstgruppen zu bearbeitendes Thema. Diese reichten in dieser Altersstufe dann vom Alltag der Bevölkerung allgemein und in Schwerin im Besonderen in diesen letzten Kriegsmonaten über die Außenlager von Neuengamme und Ravensbrück in Wöbbelin, Neustadt oder Malchow bis hin zu den Kriegshandlungen auf mecklenburgischem Gebiet. Für die nötige Materialsammlung nutzte jeder die Erzählungen der eigenen Familie bzw. die der Mitschüler, außerdem natürlich Literatur aus der vorher zusammengestellten Bibliographie. Zu jedem der benannten Themenbereiche wird eine mindestens vierseitige Zeitung entstehen, so dass die Schüler des Wahlpflichtkurses Klasse 9 mit einem Magazin aus Mecklenburg, eine Sammlung zum Themenbereich Mecklenburg 1945 herausgeben.

Anfang Mai 2005 jährt sich der Zeitraum, in dem vor 60 Jahren Deutschland vom Naziregime befreit wurde. Dies ist geeignet, um Schüler über die Verbindung mit regionaler Geschichte zum Nachdenken anzuregen. In Zusammenarbeit mit dem Goethe-Gymnasium Schwerin wird auch unsere Schule Erinnerungsarbeit leisten. An beiden Schulen finden Anfang Mai 2005 Zeitzeugengespräche statt. Dazu stehen uns ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Wöbbelin, das am 2. Mai 1945 von amerikanischen Truppen befreit wurde, und auch Teilnehmer des Todesmarsches, der vor den Toren Schwerins von der Roten Armee beendet wurde, zur Verfügung. Außerdem bereitet die Theatergruppe des Goethe-Gymnasiums eine künstlerische Umsetzung des Themas „Krieg, Leid, Befreiung“ vor. Um aber auch die Schüler, die sich an beiden Schulen am Stadtgeschichtswettbewerb beteiligt haben, zu Wort kommen zu lassen, werden wir Anfang Mai 2005 eine Schülerkonferenz durchführen. Hier sollen einmal die Schüler der verschiedenen Altersstufen ihre Arbeiten zu den oben teilweise schon genannten Themen anderen Schülern vorstellen und dann in eine von

ihnen selbst geleitete Diskussion einsteigen. Dabei soll es nach jetzigen Vorstellungen nicht in erster Linie um die dargestellten Ergebnisse gehen, sondern vielmehr darum, welche Bedeutung die Beschäftigung mit Themen wie Nationalsozialismus, Weltkrieg, Verbrechen gegen die Menschlichkeit u.a. für das eigene Denken, für das kritische Hinterfragen oder den Mut zur Zivilcourage hat. So sind die Schüler auch gezwungen, nicht nur für sich und für einen Wettbewerb an einem Thema zu arbeiten, sondern aktiv eine Veranstaltung zu gestalten.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Auch ohne Wahlpflicht- und Projektkurse lassen sich längerfristige Projekte organisieren. Wenn der Lehrer will, kann er so etwas in ganz verschiedenen Fächern verwirklichen. Nicht nur der Geschichtsunterricht ist geeignet, auch im Deutsch-, Sozialkunde-, AWT-, Kunst- oder Fremdsprachenunterricht ist Projektarbeit möglich. Wichtig ist, dass Schüler auf ein konkretes Ergebnis hinarbeiten, nicht nur, weil es dann abrechenbar ist, sondern auch, weil das Erlebnis, die eigene Arbeit öffentlich zu präsentieren, sei es in Form von Ausstellungen, Artikeln oder Vorträgen, zwar aufregend ist, vor allem aber auch persönlichkeitsstärkend wirkt. Außerdem wird die Motivation des Schülers verstärkt, wenn er das Gefühl hat, dass das, was er erarbeitet, ihn auch selbst betrifft, entweder, weil es um historische Spuren in der eigenen Stadt/Gemeinde geht, oder weil seine Familiengeschichte miteinbezogen ist. Der am Anfang zitierte Schüler bestätigte das. Eine seiner Mitschülerinnen schrieb nach Abschluss des Projektes zu der Familie von der Schulenburg: „Ich finde es gut, dass wir uns schon in der 8. Klasse mit dem Nationalsozialismus beschäftigt haben. Einerseits bekommt man mit, wie schrecklich es in jener Zeit war, andererseits, dass es auch in Deutschland und ganz in unserer Nähe Widerstand gegen Hitler gab. Und außerdem, seien wir mal ehrlich, sonst hätten sich nie so viele Schüler mit dem Thema beschäftigt! Es war zwar viel Arbeit, aber ich hoffe für mich, dass viel mehr junge Leute sich mit diesem Thema auseinandersetzen und verstehen, warum man rechte Meinungen überall, in jeder Form und jederzeit ablehnen sollte und auch nur kann, damit man so etwas wie damals nie vergisst und es nie wieder aufleben lässt.“

Solche Denkprozesse in Gang zu setzen, sollte immer auch Ziel der Projektarbeit sein, denn schon Friedrich Hebbel stellte fest: „Es ist jedenfalls besser, ein eckiges Etwas zu sein als ein rundes Nichts.“

7. Aktive Geschichtsarbeit

im Müritzkreis - Der Verein Land und Leute e.V. in Röbel

(Martin Albrecht)

Unser Verein widmet sich seit mehreren Jahren der Erinnerungs- und Bildungsarbeit im Müritzgebiet in Mecklenburg-Vorpommern. Beginnend im Jahr 2000 konnten wir in Röbel die letzte erhaltene Synagoge des Müritzgebietes restaurieren. Wir planen im Rahmen eines von uns konzipierten Jugendbildungs- und Begegnungszentrums insbesondere die Projekte in Bezug auf die Erforschung des Zeitabschnitts von 1933 bis 1945 zu intensivieren.

Seit Jahrhunderten lebten Juden in der Müritzregion. In den Städten Waren, Penzlin, Malchow und Röbel siedelten sie in kleinen Gemeinschaften, die ihren kulturellen Höhepunkt um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert fanden. Den Schlußpunkt der jüdischen Kultur bildeten dann die Gewalttaten der Nationalsozialisten und schließlich die Deportationen und Morde an der jüdischen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg.

Der kulturhistorische Wert der Synagoge in Röbel kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie verkörpert einen typischen Synagogenbau Mecklenburgs und ist die letzte noch erhaltene Synagoge des Müritzgebietes. 1994 wurde von der Stadt eine Notsicherung der Anlage in die Wege geleitet. Seit der Verein „Land und Leute e.V.“ die Verantwortung für die Synagoge übertragen bekam, wurden Sanierungskonzepte für die Instandsetzung erarbeitet und umgesetzt. Erhalten werden konnten der Sockel des Hauses, die Dachstuhlkonstruktion sowie einige Fachwerkbalken im neuen Eingangsbereich. Im Rahmen des Förderprogramms „Dach und Fach“ wurde mit Bundesmitteln und mit solchen des Landes Mecklenburg - Vorpommern die Rekonstruktion der Synagoge vorangetrieben. Unterstützung gewährte auch das „Xenos“-Programm. Die rekonstruierte Synagoge wird das Zentrum einer Jugendbildungs- und Begegnungsstätte bilden, das dann das rekonstruierte Synagogengebäude und Ausstellungs- und Veranstaltungsräume umfassen wird. Hinzu kommt noch eine Herberge mit einer Kapazität von ca. 40 Plätzen, in der beispielsweise eine Schulklasse mit begleitenden Erwachsenen Unterkunft findet.

Wenn der Komplex fertig gestellt sein wird, werden sich unsere Angebote für Bildung und Begegnung auf diese Infrastruktur stützen – auch als Ausgangspunkt von Exkursionen zu Denkmälern und anderen Bildungsstätten im Landkreis und darüber hinaus. Vorab bieten wir Unterstützung für den Unterricht der Schulen und anderer Bildungseinrichtungen vor Ort an, auch um dabei praktische Erfahrungen zu sammeln.

Ziele unserer Tätigkeit sind erlebbare Projektarbeiten in der historisch gewachsenen Region in Mecklenburg. Wichtig sind uns dabei Begeg-

nungen zwischen deutschen und internationalen Camp- und Workshopteilnehmern bei der gemeinsamen Geschichtsarbeit an historischen Orten.

Unsere Zielstellungen für die Persönlichkeitsentwicklung der Heranwachsenden sind:

- Die Schüler und Jugendliche sollen auf ihre eigene und die Geschichte anderer neugierig gemacht und dafür sensibilisiert werden.
- Herausbildung von Toleranz und Achtung im eigenen Freundes-, Familien- und Bekanntenkreis gegenüber Andersdenkenden und Fremden,
- Die Jugendlichen werden dazu angehalten, Geschichten nachzugehen und zu dokumentieren. Sie erhalten Anregungen und technische sowie inhaltliche Unterstützung.

Der Vermittlung von Geschichtskenntnissen dienen insbesondere internationaler Workcamps, die sich mit dem Zusammenstellen von Dokumentationen als Teil aktiver Geschichtsarbeit beschäftigen.

Die Mitarbeiter unseres Vereins und eine Reihe von ehrenamtlich tätigen Vereinsmitgliedern sind mit der Organisation und Durchführung von Ausstellungen, Bildungsangeboten und verschiedenen Medienarbeiten beschäftigt. Internationale Begegnungen sollen als Teil eines gastfreundlichen und toleranten Mecklenburg-Vorpommerns – sehenswert und besuchswürdig für Menschen aller Altersklassen – wirken.

Eine Vielzahl von regionalen und lokalen Bezüge sind die Grundlage für eine weitgefächerte Einbeziehung insbesondere jugendlicher Zielgruppen in die Erforschung des ganzen Ausmaßes der Ausnutzung fremder Arbeitskraft im Dritten Reich. Interessierte Schüler und Heranwachsende finden ebenso Möglichkeiten konkreter und sinnvoller Beschäftigung mit diesen Aspekten unmittelbarer und nachempfindbarer Geschichte. Ein wesentliches Mittel der gemeinsamen Erinnerungsarbeit ist die Begegnung mit ehemaligen Zwangsarbeitern, die aus eigenem Erleben Geschichte fassbar werden lassen.

In der Region um die Müritz bestanden zur Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft mehrere Zwangsarbeiterlager, deren Geschichte auch im Mittelpunkt weiterer Untersuchungen in den folgenden Jahren stehen soll.

Einige Ebenen und Möglichkeiten sollen am Beispiel des Sprengstoff- und Munitionswerkes Malchow aufgezeigt werden:

Die Kleinstadt Malchow liegt im westlichen Teil des Müritzgebietes. In den Jahren des Zweiten Weltkrieges wurde dieser Ortsname zunehmend zu einem Schreckenswort für Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen aus unterschiedlichen Ländern Europas. Ab 1943 kamen Sklavenarbeiter insbesondere aus dem KZ Ravensbrück hinzu.⁵⁵

Das Munitions- und Sprengstoffwerk Malchow wurde ab 1938 errichtet. Betreiber der sich rasch erweiternden Anlage war die von der „Dynamit-Nobel- Aktiengesellschaft vormals Alfred Nobel und Co.“ mit Sitz in Troisdorf beauftragte 100%ige Tochter „Gesellschaft zur Verwertung chemischer Erzeugnisse“. Als Eigentümer des Werks trat indes die „Montan Industriewerke GmbH“ auf, die die Anlage für das Oberkommando des Heeres errichtet hatte.

All diese Unternehmen planten und realisierten hier die Produktion von Munition im Auftrage der Deutsche Wehrmacht für den Griff nach der Welt-herrschaft. Seit 1942 nahmen sie dabei die Ausbeutung von Zwangsarbeitern billigend in Kauf und taten dann auch mit dem Beginn des koordinierten Einsatzes von Sklavenarbeitern aus dem KZ nichts gegen deren gezielte Vernichtung durch Arbeit. In einem weitläufigen Komplex im Waldgebiet konnte die Produktion nahezu störungsfrei bis zum Ende der III. Reiches fortgeführt werden. Alliierte Bombenangriffe fanden nicht statt.

Im Komplex mit der wehrmachtsinternen Kodebezeichnung „Albion“ wurden auf 360 ha Waldgebiet in mehreren Reaktor- und Abfüllstrecken bis zu 4.000 Zwangsarbeiter gleichzeitig ausgebeutet. Deren Unterbringung erfolgte in mehreren Lagerkomplexen in unmittelbarer Nachbarschaft des Produktionsgeländes.

Neben angeworbenen Arbeitern aus Frankreich, Belgien, Holland und Italien setzte man Zwangsarbeiter aus folgenden Ländern bzw. Lagern ein:

- Holländische Zwangsarbeiter
- Sowjetische Kriegsgefangene
- polnische und sowjetische Ostarbeiter
- Italienische Militärinternierte

55 Zu den Außenlagern des KZ-Ravensbrück siehe: Angelika Meyer, Erika Schwarz, Simone Steppan, Die Außenlager des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück - Eine Bestandsaufnahme, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 8, S.46 - 59, Bremen 2004.

Alexandra Klei; Gedenkstätten an Orten ehemaliger Außenlager des Konzentrationslagers Ravensbrück in Mecklenburg-Vorpommern. Kennzeichnung, Zustand und Wahrnehmung, in: Zeitgeschichte regional, 8. Jahrgang, 1/2004, S. 91 - 98.

Bernhard Strebelt, Das KZ Ravensbrück. Geschichte eines Lagerkomplexes, Paderborn 2003.

Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Die Außenlager der Konzentrationslager Sachsenhausen und Ravensbrück. Vorträge und Manuskripte des Workshops vom 17. Bis 18. Oktober 2003 in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Ravensbrück. Oranienburg 2004.

sowie ab Herbst 1944 KZ - Häftlinge aus Ravensbrück in einem besonderen Außenlager in der Nähe des Lagers „Bengasi“.

Unser Partner bei der Ermittlung und Betreuung ehemaliger Zwangsarbeiter aus diesem Betrieb ist die „Norddeutschen Jugend im internationalen Gemeinschaftsdienst e.V.“, die durch ihre langjährige Tätigkeit im Malchower Gebiet inhaltliche und personelle Kompetenz in das Projekt einzubringen vermag und über reichhaltige Erfahrungen beim Empfang und bei der Entsendung ausländischer und deutscher Delegationen zu historischen und memorialen Plätzen verfügt.

Aus diesen Beweggründen traten wir an die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ Berlin heran, und baten um eine Unterstützung unseres Projektvorhabens „Zwangsarbeit im Müritzgebiet, Erinnerung an historische Orte“ im Rahmen ihres Programms „Geschichte und Menschenrechte“. Dankenswerterweise konnte uns eine Förderung gewährt werden.

Durch Unterstützung der Stiftung konnten wir im Sommer 2004 eine Erweiterung unseres Bildungsangebots durch zwei Jugendcamps realisieren, die sowohl dem weiteren inhaltlichen und technischen Ausbau unserer Bildungsstätte in Röbel als auch der aktiven Gedenkstättenarbeit im Müritzgebiet dienen werden.

Die beiden Jugendcamps widmeten sich in ihrer jeweils dreiwöchigen Arbeitsphase in enger Zusammenarbeit mit dem Luftfahrttechnischen Museum Rechlin e.V. :

- der Erweiterung der denkmalpflegerischen und dokumentarischen Basis der Luftfahrttechnischen Sammlung Rechlin (10 km östlich von Röbel) ⁵⁶ sowie
- der Dokumentation des ehemaligen Sprengstoff- und Munitionswerkes bei Malchow (etwa 30 km von Röbel).
- der Säuberung der Gedenkstätte am Ort des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers Retzow (15 km östlich von Röbel).

Begleitend zu diesen Geländearbeiten und in Fortführung von Schülerprojektarbeiten in der Jugendbegegnungsstätte Alte Synagoge Röbel konnten Materialien zur Erforschung und Dokumentation weiterer NS-Lager in der Region und zum Umgang mit ihren Resten in der Nachkriegszeit zusammengestellt und in mehrere Sprachen übersetzt werden. Für alle einheimischen und ausländischen Teilnehmer wurde erlebbare Geschichtsarbeit in enger Verbindung von regionaler Geschichte und allgemeinem Geschichtsablauf vermittelt. In internationaler Gemeinschaftsarbeit konnten auf Basis verschiedener Vorarbeiten jugendgerechte Informationsmaterialien verfasst werden, die jetzt für weiterführende Arbeiten mit Multi-

56 Siehe in diesem Heft den Artikel von Norbert Biege:
Geschichte und Technik in und um Rechlin.

plikatoren einsetzbar sind. Teile der Dokumentationen wurden durch die Camp Teilnehmer sogleich in ihre Muttersprachen übersetzt. So erhöht sich die Breitenwirkung der geplanten Expositionen.

In beiden Workcamps ergänzte eine Reihe von Freizeitaktivitäten die inhaltlichen Schwerpunktarbeiten. Camp Teilnehmer besuchten an arbeitsfreien Tagen am Wochenende die Hansestadt Rostock und machten sich dort mit weiteren Denkmälern deutscher Geschichte vertraut. Da die meisten Teilnehmer im Anschluss an ihre gemeinsame Zeit in Röbel Deutschland über Berlin verließen, ergaben sich noch ein bis zwei Abschlusstage in der Hauptstadt zur Abrundung des gemeinsamen Sommers.

Begleitend zur Vorbereitung der Workcamps ergab sich durch Unterstützung des Jugendprogramms „Zeitensprünge“ im Rahmen der Bundesinitiative „wir ... hier und jetzt“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Stiftung Demokratische Jugend die Möglichkeit, Zeitzeugen aus der Stadt Malchow zu ihren Erinnerungen aus der Zeit des Nationalsozialismus zu interviewen. Gemeinsam mit Schülern der damaligen Fritz-Reuter-Schule konnten Aussagen von damals im Werk arbeitenden Frauen gesichert werden. Höhepunkt der Projektarbeit war sicher die Gesprächsrunde mit dem ehemaligen holländischen Zwangsarbeiter Herman Kugel, der den Schülern aus seinem Leben in Malchower Werk während der Nazizeit hautnah berichten konnte.⁵⁷ Herr Kugel vollendete bei seinem Besuch in der Stadt seinen 80. Geburtstag. Seit Jahren beschäftigten sich Schüler unter Leitung ihrer engagierten Lehrerinnen Frau Jäger und Frau Matheis mit dieser Seite der Geschichte ihrer Heimatstadt. In enger Zusammenarbeit zwischen unserem Verein und dem Schülerprojekt wurde zunächst eine Präsentation erstellt, die im Schweriner Schloss im Herbst 2004 im Rahmen einer Landespräsentation der „Zeitenspringer“ Projekte im Beisein des Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Herrn Harald Ringstorff, einem interessierten Publikum gezeigt werden konnte.

Ebenso wie das Schulprojekt in den nächsten Jahren fortgeführt werden wird, wird auch die inhaltliche Arbeit unseres Vereins weitergehen, um die Erforschung der Geschichte der Müritzregion fortzuführen.

57 Siehe Zeitzeugenbericht im Anhang:
Post aus Utrecht - Herman Kugel, ein holländischer Zwangsarbeiter in Malchow.

8. Geschichte und Technik in und um Rechlin (Norbert Biege)

Der Ort Rechlin, gelegen am Südende bzw. –zipfel der Müritz, hat eine sehr interessante und wechselhafte Geschichte mit seiner Umgebung erfahren, besonders im Laufe der letzten 100 Jahre. Darüber wollen wir in diesem Beitrag berichten.

Die Gemeinde Rechlin besteht gegenwärtig aus den Ortsteilen: Vietzen, erstmals urkundlich erwähnt 1298. Boek besteht seit 1273, Rechlin selbst seit dem 24.8.1374, Retzow seit 1392 und Ellerholz mit 5 Bauernhöfen seit dem Jahre 1922.

Das Dorf Rechlin bestand 1842 aus einem Hof mit Pfarrkirche und neun Häusern mit 174 Einwohnern. Hervorzuheben ist das Gutshaus in Boek, in dem die Schriftstellerin Gertrud von Le Fort (1876-1961) einen Großteil ihrer Kindheit verbrachte, und das Schloss in Retzow, das ab 1810 nach Plänen eines unbekannten Meisters für einen Freiherrn von Hammerstein erbaut wurde. Im gesamten Gebiet um Rechlin wurde vorwiegend Landwirtschaft betrieben, in dünn besiedelter und vollkommen abgelegener Landschaft. Das gab den Ausschlag dafür, dass sich das Preußische Kriegsministerium bereits ab 1916 geeignetes Gelände suchte, um neue Flugzeugmuster umfassend erproben zu können, und das nicht zu weit von Berlin entfernt liegen durfte. So wurde bereits im November 1916 mitgeteilt, dass die „Errichtung umfangreicher flugtechnischer Anlagen an dem Südufer des Müritzsees“ geplant sei. Laut Enteignungsgesetz vom 29.3.1845 hatte das Königlich Preußische Kriegsministerium bereits 1917 aus den Feldmarken des Dorfes Lärz, von Retzow mit Nebengut Rechlin, von Klopzow mit Nebengut Bolter Mühle, von Leppin mit Nebengut Roggentin und von dem Rittergut Ludorf Gelände in einer Größe von ca. 1377 ha für militärische Zwecke beansprucht. Aber erst im August 1918 wurde durch Großherzog Friedrich-Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin die „Flieger – Versuchs- und Lehranstalt am Müritzsee“ offiziell ihrer Bestimmung übergeben. Bereits zu dieser Zeit gehörten die Flugplätze bei Mirow, Lärz und direkt an der Müritz dazu.

Das Ende des I. Weltkrieges verbunden mit dem Versailler Vertrag brachte vorerst alle Aktivitäten zum Erliegen, die Anlagen wurden gänzlich demonitiert. Laut Versailler Vertrag war die militärische und zivile Motorfliegerei sowie die Entwicklung und der Bau von Motorflugzeugen in Deutschland verboten. Daher wurde seit Mitte der 20er Jahre die Möglichkeit geschaffen, die Erprobung von Flugzeugen und deren militärischer Ausrüstung im russischen Lipezk durchzuführen. Die Reichswehrführung bemühte sich aber weiterhin darum, wieder eine zentrale Erprobungsstelle für Landflugzeuge in Deutschland zu schaffen. Ein etwa 1925 eigens zu diesem Zweck gegründeter „Luftfahrtverein Waren e.V.“ hat dazu an der Müritz Gelän-

de erworben, dessen Eigentümer die Albatros-Flugzeugwerke geworden sind. Systematische Erprobungen waren daher erst ab etwa 1928 und nur im Sommer möglich. Die ersten Wohn- und Arbeitsgebäude wie „Cafe Achteck“ und „Schweizerhaus“ sind in dieser Zeit errichtet worden. Über „das Rechlin der Anfangsjahre“ wird im Rechliner Brief Nr. 24 wie folgt berichtet: „Als wir im Jahr 1926 unsere Arbeit in Rechlin begannen, waren wir zunächst nur ein sehr kleiner Haufen. Ich kann mich entsinnen, dass unser damaliger Leiter dem einzelnen Mitarbeiter sein spezifisches Arbeitsgebiet zugewiesen hätte. Es ergab sich eigentlich ganz von selbst, dass ein jeder von uns Ingenieuren sich dort betätigte, wo er besonders benötigt wurde.“ So wurden in der Zeit von 1926-1933 z.B. als Einzelmuster der Fa. Albatros die Erkundungsflugzeuge L65b und ihre Weiterentwicklungen, die L76/77 und L78 erprobt. Dazu kamen das Erkundungsflugzeug He 41 der Fa. Heinkel und ihre Nachfolger, He 45 und He 46 und von der Fa. Arado der Jagdeinsitzer Ar SD1 und die Weiterentwicklungen Ar 64 und Ar 65. Die Dornier Do 11 kam als Kampfflugzeug dazu. Im Vordergrund stand in dieser Zeit, die ohne taktisch-technische Forderungen von den Herstellern entwickelten Flugzeug- und Motorenmuster beschleunigt zu erproben, um Kenntnisse vom technischen Stand der Luftfahrtindustrie zu bekommen. Bis 1935 nannte sich Rechlin zur Tarnung „Erprobungsstelle des Reichsverbandes der deutschen Luftfahrtindustrie“. Ab 1934 erfolgte der zügige Ausbau der Anlagen, Kern der E-Stelle war ein annähernd runder Grasplatz, um den sich die Gebäudegruppen mit den entsprechenden Funktionen anordneten. Auf dem heutigen Museumsstandort befanden sich die Hauptwache der Gruppe Nord, ein Zwischenlager für Flugzeug- und Motorenersatzteile und die Garagen für die Feuerwehr, es waren 40 Feuerwehrrfahrzeuge stationiert und in Fahrbereitschaft.

Ausgedehnte Flächen im Bereich der Ortschaften Klopzow, Leppin, Schillersdorf, Qualzow und Roggentin wurden vom Reich aufgekauft und ca. 1.300 Bewohner 1934/35 umgesiedelt. Der ersten Ausbauphase der E-Stelle 1932/33 musste auch das Dorf Rechlin, außer der Kirche weichen. Ab 1934 wurde die Siedlung Vietzen (heute Rechlin) in 4 Etappen vom Süden her beginnend zwischen dem Dorf Vietzen und der Gruppe West der E-Stelle errichtet. Mit einem Areal von 150 qm war die E-Stelle Rechlin die größte der insgesamt 10 deutschen Erprobungsstellen. Ab 1935 wurde Rechlin endgültig zur „Erprobungsstelle der Deutschen Luftwaffe“. Sie diente der Mustererprobung aller Landflugzeuge, ihrer Triebwerke, Ausrüstungsgegenstände und Bodengeräte, die zur Verwendung in der Luftwaffe vorgesehen waren. Bei Flugzeugen bedeutete dies z.B. das Erreichen der geforderten Geschwindigkeiten, der Steigleistung, Reichweite, Gipfelhöhe, Festigkeit, Stabilität und Steuerbarkeit. Untersucht wurden weiter die Wartbarkeit, Führerraumgestaltung, Reparaturfreundlichkeit und weitere Aspekte, die Auswirkungen auf den späteren Einsatz bei der Truppen hatten. Man muss sich dabei vor Augen halten, dass in Deutschland von 1930-1945 mehr als 120.000 Flugzeuge gebaut wurden. Es sollte aber auch

nicht vergessen werden, dass im Rahmen dieser Erprobungen in der Zeit von 1927-1945 mehr als 300 Angehörige der E-Stelle tödlich verunglückt sind. Zu den bekanntesten Größen auf der E-Stelle Rechlin gehörten unter anderen: Hanna Reitsch, Melitta von Stauffenberg und Heinz Rühmann.

Auch andere wichtige Bauvorhaben wurden durchgeführt, so unter anderem 1936 der Bau der Stichbahn von Ellerholz nach Rechlin (Nord) und der Verbindungskanal Mirow-Lärz-Kleine Müritz, der in einer Rekordzeit von nur 10 Monaten gebaut wurde als neuer Verbindungsweg zur Havel-Wasserstrasse. Was bisher wenig bekannt war: Rechlin wurde mehrere Jahre regelmäßig mittels einer Ju 52/3m von der Deutschen Lufthansa angefliegen. Diese hatte Anfang 1937 auf Veranlassung des Reichsluftfahrtministeriums (RLM) eine Sonderstrecke Berlin- Rechlin- Travemünde und zurück eingerichtet, in die 1939 auch Tarnowitz einbezogen wurde. Mit einer speziell ausgerüsteten Ju 52 mit zusätzlichen Sauerstoffgeräten und Kälteisolierung im Rumpf versorgte eine Rechliner Besatzung die Bergsteiger einer Nanga Parbat-Expedition während ihres Aufstiegs. Der Flugplatz Lärz wurde ab 1939 mit befestigten Start- und Landebahnen für die Erprobung immer schwererer und schnellerer Flugzeugmuster ausgebaut. Die ersten propellerlosen Versuchsmuster sind ab 1942 auf dem Flugplatz Lärz erprobt worden. Ab Herbst 1944 begann die Erprobung des bemannten Fluges einer Flugbombe Fi 103 (bekannt unter V1). Diese fliegende Bombe sollte praktisch als Selbstopfer-Einsatz zielsicherer eingesetzt werden können. Das Personal der E-Stelle entwickelte sich von 1931 mit weniger als 100 Mitarbeitern über 1938 mit insgesamt 3.313 Personen bis Ende 1943 mit insgesamt 4.078 Personen, davon weit über 50% Zivilangestellte und auch über 100 Lehrlinge. Außerdem wurden Angehörige des männlichen und weiblichen Reichsarbeitsdienstes in Rechlin eingesetzt für die unterschiedlichsten Arbeiten. Infolge der verschärften Arbeitskräftesituation sind ab 1941 zunehmend Kriegsgefangene, Fremd- bzw. Zwangsarbeiter⁵⁸ und schließlich KZ-Häftlinge in Rechlin eingesetzt worden. Die Unterbringung erfolgte in einem 1939 in Retzow errichteten Barackenlager, das nur 200 m vom Nordeingang des Flugplatzes Lärz entfernt lag. Während in der ersten Zeit Einheiten des Reichsarbeitsdienstes (RAD) untergebracht waren und danach überwiegend italienische Arbeitskräfte in den 12 Baracken dieses Lagers mit Wirtschaftsbaracke und Küche, waren es ab Frühjahr 1943 zwischen 1.200-2.000 männliche Häftlinge, die täglich 10-12 Stunden für den ständigen Ausbau der Start- und Landebahnen eingesetzt und durch SS-Mannschaften bewacht wurden.

Anfang Juli 1944 wurden die Männer gegen Frauen aus dem KZ-Ravensbrück ausgetauscht, unter ihnen auch zahlreiche Kinder. Retzow wurde eines der 60 Außenlager des Frauen-KZ Ravensbrück. Die Belegungsstärke

58 Siehe Zeitzeugenbericht im Anhang: Rechlin war meine Bestimmung - Benedykt Bolinski, ein polnischer Zwangsarbeiter in Rechlin.

schwankte zwischen 1.300 und 3.000 meist russischen und französischen Frauen. Diese mussten ebenfalls schwere Erdarbeiten und Ausbesserungsarbeiten nach Bombenangriffen durchführen und auch Schützengräben ausheben bei einer Verpflegung von 1 Schnitte Brot pro Tag und unregelmäßiger Wassersuppe und unmöglichen sanitären Verhältnissen. Originalberichte überlebender Häftlinge im Rahmen von Prozessen gegen leitende SS-Angehörige des Außenlagers Retzow bestätigen diese Fakten. Im Herbst 1944 brach im Lager Typhus aus und es begann ein Massensterben. Regelmäßig wurden Transporte so genannter „lebensunfähiger“ Frauen zusammengestellt, die nach Ravensbrück zurückgebracht und dort getötet wurden. Bei Fliegerangriffen kamen mindestens 35 Frauen ums Leben.

Die Masse der Häftlinge wurde am 30. April bzw. 1. Mai 1945 in Richtung Westen getrieben. Die Rote Armee fand beim Einmarsch am 2. Mai 1945 56 Tote und 71 Überlebende vor, die dann von den Retzower Einwohnern versorgt wurden. 1950 sind 221 Leichen aus Einzel- und Massengräbern in Retzow exhumiert und eingäschert worden. Ein Gedenkstein am Kietz in Waren erinnert heute an sie. Obwohl die Alliierten das Geschehen in Rechlin ständig verfolgt haben, was aus Luftbildaufnahmen ab 1942 ersichtlich ist, stand aber die Bombardierung deutscher Großstädte im Vordergrund. Der erste Angriff auf den Flugplatz Lärz ist am 24. Mai 1944 erfolgt, allerdings war Lärz an diesem Tag nur Ausweichziel. Am 25.8.1944 erfolgte ein gezielter Angriff auf die E-Stelle, während 22 Minuten wurden ca. 400t Bomben abgeworfen. Am 10. April 1945 erfolgte der zweite schwere Luftangriff auf Rechlin und Lärz, eine Gegenwehr erfolgte nicht mehr, das Ende der E-Stelle war gekommen. Bis zum 30. April 1945 hatten die meisten Familien der E-Stelle Angehörigen Rechlin verlassen. Beim Einmarsch der Roten Armee am 2. Mai 1945 stießen die Vorausabteilungen auf keinen Widerstand, die Anlage wurde durch den Betriebsleiter übergeben. Der Ort Rechlin wird zum militärischen „Städtchen“ erklärt und in einen deutschen und sowjetischen Teil getrennt. Nach einer Volkszählung am 29.10.1946 hatte die Groß-Gemeinde Rechlin mit Flüchtlingen 1.800 Einwohner. Neben Rechlin, Vietzen und Ellerholz gehörten auch Retzow, Kotzow, Boek, Amalienhof und Zartwitz dazu.

Quellennachweis:

Luftfahrttechnischen Museums Rechlin e.V (Hsg.).

Vom Propeller übers Strahlflugzeug zum Rettungsboot.

Geschichte und Technik in und um Rechlin, Rechlin 2002

9. Das Kriegsende in Neubrandenburg

(Eleonore Wolf)

Neubrandenburg galt bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 mit ca. 15.000 Einwohnern als beschauliche Kleinstadt, die vorwiegend geprägt war durch ländliches Kleinbürgertum und Verwaltungsgeschehen. Fehlende Industrie- und Handwerksbetriebe mit geringer Beschäftigtenzahl waren neben den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre Hauptursache für die hohe Verschuldung der Stadt, die bis dahin 5 Mio. Reichsmark betrug.

Dies änderte sich mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, Neubrandenburg geriet in den Blickwinkel der Militär- und Rüstungsindustrie. Schon 1934 begannen die Planungen für den Fliegerhorst Trolenhagen nördlich der Stadt. Im gleichen Jahr siedelte sich der Berliner Unternehmer und Erfinder Curt Heber an und ließ auf dem Gelände der ehemaligen Kartoffelflockenfabrik unterhalb der Bahnlinie nach Friedland zwischen der Demminer und der Wolgaster Straße seine Produktionsstätten errichten. Hier wurden später u.a. Steuer- und Regeleinrichtungen für Bombenabwurfgeräte in Flugzeugen produziert. Arbeitskräfte aus ganz Deutschland zogen in die Stadt, denn Neubrandenburg konnte den Bedarf an Spezialisten nicht decken.

Es entstanden neue Wohngebiete und von dem Zuzug so vieler Menschen profitierten besonders die Handwerksbetriebe und der Handel in Stadt und Region. Im Süden Neubrandenburgs wurden ab 1938 Panzerkasernen gebaut, die jedoch bis zum Kriegbeginn nicht mehr wie vorgesehen genutzt wurden. Die wirtschaftliche Situation in Stadt und Region verbesserte sich stark. Arbeitskräfte wurden knapp. Man spricht in diesem Zusammenhang auch häufig von einer so genannten „Scheinblüte“ der Stadt.

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wird Neubrandenburg Lagerstandort. Ab 12. September 1939 entsteht auf dem ehemaligen Gut Fünfeichen, das die Wehrmacht 1938 für militärische Zwecke erwarb, das Kriegsgefangenenlager Stalag II A (Stamm Lager). Die ersten polnischen Gefangenen erreichen an diesem Tag den Ort, an dem sie nach und nach aus einer Zelt- eine Barackenstadt errichten müssen. Für Offiziere wird parallel ein Oflag (Offiziers Lager) 67 eingerichtet. Bis zum Kriegsende werden ca. 26.000 Häftlinge aus zehn europäischen Staaten und ihren Kolonien sowie den USA hier interniert. Vermutlich 1.500 Armeeeingehörige versterben in Fünfeichen, ca. 500 davon sind Militärs der Roten Armee. Die Gebeine der westlichen Alliierten werden nach Kriegsende größtenteils exhumiert und in die Herkunftsländer verbracht. Die sterblichen Überreste der Militäranghörigen der Roten Armee liegen bis heute ungekennzeichnet in der Fünfeichener Erde.

Am 28. April 1945 erreichen sowjetische Panzer aus südlicher Richtung kommend das Lager und befreien die Häftlinge. Ihre Landsleute werden,

soweit sie gesundheitlich dazu in der Lage sind, sofort an der Front eingesetzt. Die anderen verbleiben unter der späteren Leitung des NKWD im Lager und werden bald als Vaterlandsverräter in weitere Lager in die Sowjetunion deportiert, einem ungewissen Schicksal entgegen. Zwischen Mai und September 1945 wurde das so genannte Fünfeichener Nordlager als Repatriierungslager für ausländische Zivilisten (DPs – displaced persons; ehemalige KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter, auch Kriegsgefangene) genutzt. Sie wurden hier registriert und in Sammeltransporten in ihre Heimatländer zurückgebracht.

Danach wurde das gesamte Lagergelände vom NKWD zur Unterbringung internierter, vorwiegend deutscher Männer, Frauen und Jugendlicher verwendet. Bis Herbst 1948 wurden hier Personen festgehalten, die u.a. im Dienste des NS-Staates standen, aber auch solche, die durch falsche Aussagen denunziert und bei der Besatzungsmacht in Ungnade gefallen waren. Internierte, denen Straftaten nachgewiesen werden konnten, wurden in so genannte „operative Sektoren“ gebracht und dort verurteilt. Insgesamt waren über 15.000 Menschen inhaftiert, von denen durch unzureichende Ernährung und Krankheiten 4.800 ihr Leben verloren und in Massengräbern verscharrt wurden.

Bis 1990 wurde über diese Lager in der SBZ/DDR geschwiegen. Nach der politischen Wende erhoben Überlebende ihre Stimme und machten auf diese Nachkriegslager aufmerksam. Inzwischen konnten auch durch Unterstützung des Russischen Staatsarchivs Moskau zahlreiche Schicksale aufgeklärt werden und die Angehörigen Gewissheit über den Verbleib ihrer Familienmitglieder erhalten. Aber das Lager am Standort Fünfeichen war nur eines der Gefangenenlager, die es in und um Neubrandenburg herum während der NS-Zeit gegeben hat.

Die oben genannten Curt-Heber-Werke wurden 1937 verstaatlicht und unter dem neuen Namen „Mechanische Werkstätten Neubrandenburg GmbH“ (MWN) dem Reichsluftfahrtministerium unterstellt. Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges entstand im weiteren Verlauf wiederum ein erhöhter Arbeitskräftebedarf. Vor 1933 war der Einsatz von zivilen Fremdarbeitern aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland so gut wie kein Thema. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges arbeiteten in Mecklenburg ca. 23.000 Ausländer. Dies änderte sich allmählich, als die einberufenen männlichen Arbeitskräfte ersetzt werden mussten.

Ab Mai 1940 wurde für alle polnischen Personen der Geburtsjahrgänge 1915–1924 die allgemeine Dienstpflicht für Deutschland eingeführt. Aus dem „Westfeldzug“ kamen in den Monaten Mai/Juni 1940 über 1 Million französischer Kriegsgefangener nach Deutschland und wurde auf Arbeitskommandos verteilt. Durch den Beginn des Krieges mit der Sowjetunion 1941 erwartete die bis dahin verschonten männlichen deutschen Arbeitskräfte aus der Rüstungsindustrie der Fronteinsatz. 1941 wurden aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion, besonders der Ukraine anfangs noch freiwillige Arbeitskräfte angeworben. Bis Mitte 1944 kam es zu Zwangs-

deportationen von 2,8 Millionen Menschen, die in Deutschland arbeiten mussten. Auch in allen anderen besetzten Gebieten ging die deutsche Besatzungsmacht mehr und mehr dazu über, Arbeitskräfte zur Zwangsarbeit in Deutschland heranzuziehen, zu Kriegsbeginn kamen anfangs noch Freiwillige besonders aus Frankreich und den Niederlanden.

In Neubrandenburg beschäftigte die Rüstungsfirma „Mechanische Werkstätten Neubrandenburg GmbH“ ebenfalls ausländische Fremdarbeiter. 1943 waren von 6.470 Beschäftigten 2.642 ausländische Zivilisten. Während anfangs auch hier auf freiwillige ausländische zivile Arbeitskräfte zurückgegriffen werden konnte, mussten in späteren Jahren Kriegsgefangene aus dem Stalag II A in der Rüstungsproduktion arbeiten. Das stand dem völkerrechtlichen Abkommen in der Genfer Konvention entgegen, das den Einsatz von Kriegsgefangenen in der Rüstungsindustrie des Gegners untersagt.

Ab 1943 holte der Firmenchef Adolf Bernhard Rintelen weibliche Arbeitskräfte aus dem Konzentrationslager Ravensbrück in die MWN. Zwischen 5.500 und 6.000 Frauen wurden hier in zwei Schichten zwölf Stunden täglich u.a. in der Feinmechanik eingesetzt. Es war das größte Außenlager des KZ Ravensbrück. Untergebracht waren die Frauen anfangs auf dem Firmengelände, in den Gebäuden der alten Kartoffelflockenfabrik, später in einem Barackenlager an der Ihlenfelder Straße, das vorher für die Unterbringung ziviler Arbeitskräfte genutzt wurde. Nach der Errichtung eines weiteren Lagers westlich der R 96 für die zivilen Arbeiter und nach der Einzäunung des Standortes mit Stacheldraht, durch den elektrischer Strom floss, wurden immer mehr Frauen aus Ravensbrück zur Arbeit angefordert. „Vernichtung durch Arbeit“ hieß das Prinzip. Junge Frauen und Mädchen aus sechs Nationen kamen hier zum Einsatz.

Im Frühjahr 1944 beginnen im Nemerower Holz Ausschachtungsarbeiten für eine Zweigstelle der MWN, das sogenannte Lager „Waldbau“. Die Frauen müssen bewacht von SS-Aufseherinnen mit Hunden unter Verwendung einfachsten Geräts immense Erdbewegungen vornehmen, um in metertiefen Erdgruben Produktionshallen und Häftlingsunterkünfte zu errichten. An dieser geheimen Produktionsstelle werden kleinste Bauteile für die V1 hergestellt. Zur vollen Produktionsreife kam es auf dem Gelände nicht mehr.

Es wurde an anderer Stelle schon auf die zivilen Fremdarbeiter hingewiesen. Neben der „Mechanische Werkstätten GmbH“ beschäftigte die Holzverarbeitungsfirma Richard Rinker an der Sponholzer (damals Danziger) Straße neben Kriegsgefangenen ebenfalls ausländische Zivilarbeiter. Sie mussten u.a. Handgranatenstiele und Munitionskisten herstellen. Sie waren in einem Barackenlager an der Sponholzer Straße neben dem Firmengelände untergebracht.

Ausländische zivile ZwangsarbeiterInnen prägten im weiteren Kriegsverlauf zunehmend das Stadtbild von Neubrandenburg. Wieviel es genau waren, kann man nicht mehr feststellen. Ausgehend von Hochrechnungen,

die auf der Basis der Anträge zur Entschädigungsleistung zwischen 1998 und 2002 im Stadtarchiv eingingen, kann von mindestens 2.000 Personen ausgegangen werden. Sie arbeiteten in kleineren Handwerksbetrieben, in der Landwirtschaft, auch als Herrenfriseure und als Hausmädchen. Die Überlebende Bogumila Jarczak berichtet bei einem Gespräch im September 2004 folgendes:

„...ich wurde siebzehnjährig nach Neubrandenburg geschickt und befand mich dort bei den Herrschaften Usedom als Haushilfe. Zu diesem Zeitpunkt sind sehr viele polnische Bürger aus den unterschiedlichsten Ecken in Neubrandenburg gewesen. Die Gefangenschaft haben wir sehr unterschiedlich erlebt, ebenso die Menschen, die uns ‚beschäftigten‘. Polnische Gefangene haben bei den Mechanischen Werkstätten, aber auch in der Landwirtschaft, in Gärtnereien, in Büros oder, wie ich, in privaten Haushalten gelebt. Meine Erinnerungen sind nicht so schmerzhaft, weil die Familie, bei der ich gearbeitet habe, mich menschlich behandelt hat und mir nie ein Leid angetan oder Schaden zugefügt hat...“

Bereits Mitte Februar 1945 erreicht die erste große Flüchtlingswelle aus den Ostgebieten Neubrandenburg. Sie erhalten Verpflegung und können rasten, bis sie weiter nach Westen ziehen. Die Neubrandenburger erhalten eine Vorstellung davon, was ihnen unter Umständen noch bevorsteht. Im April beginnen, anfangs noch im Verborgenen, aber dann immer stärker spürbar Auflösungserscheinungen und Fluchtbewegungen gen Westen.

Mit dem Zusammenbruch der Ostfront rückt die Angst vor einer Einnahme der Stadt durch die Rote Armee immer näher. Beherzte Bürger wollen militärische Kampfhandlungen und die Zerstörung der Stadt verhindern. Der Jurist Dr. Paul Koch schreibt in einem Bericht 1946 darüber: „Wir erkannten die Gefahr, die für Neubrandenburg drohte. Wenn wir uns auch zuerst der Hoffnung hingaben, dass uns ein Kampf erspart bliebe, so mussten wir doch bald einsehen, dass der Hitlersche Wahnsinn keine Grenzen kannte, und wir mussten damit rechnen, dass Neubrandenburg Kampfgebiet wird. Wir kamen zuerst auf den Gedanken, aus der hiesigen Garnison Unteroffiziere und Feldwebel zu sammeln, um den hiesigen Kommandanten, Major Roeske, zu veranlassen, die Stadt auch gegen den Willen der übrigen deutschen Soldaten kampflos zu übergeben. Wir wollten Neubrandenburg vor der Zerstörung bewahren. Es gelang, durch dritte Personen an den Major Roeske heranzukommen und ihn zu der Erklärung zu bewegen, dass er Neubrandenburg kampflos übergeben würde. Er wollte den Kampf um Neubrandenburg vermeiden und hat dies auch erklärt. Damit glaubten wir gewonnenes Spiel zu haben. Wir haben dann weiter in der Garnison nach geeigneten Leuten Ausschau gehalten, die unseren Plan unterstützen würden. Ein Feldwebel mit 60 (? d.A.) Soldaten wurde gewonnen. Ich habe immer darauf hingewiesen, dass wir versuchen müssten, an die Offiziere heranzukommen. Inzwischen rückte eine Division in Neubrandenburg und Umgebung ein. Es ging nun darum, sich erst einmal desjenigen Bataillonskommandeurs sicher zu sein, der den

ersten Stoß der Russen auszuhalten hätte. Wir erhielten vom Kommandeur die Aussage, dass die Neustrelitzer Straße durch das Volkssturm-Bataillon II des Hauptmanns Amelung verteidigt werden sollte. Keiner von uns kannte den Hauptmann. Er war durch den Verlust eines Armes kriegsversehrt, ist jedoch vor Kurzem wieder einberufen worden und hatte das Volkssturm-Bataillon II erhalten. Da wir nun nicht wussten, wie unser Wunsch, Neubrandenburg kampfflos zu übergeben und das Bataillon aufzulösen, von ihm aufgenommen wurde, haben wir ihn zu einer Unterredung gebeten. Er ist dann auch am Sonnabend Nachmittag um zwei Uhr in die Beuginenstr. 5 gekommen. Obwohl wir die großen Gefahren erkannten, die in der Unterredung für uns mit dem unbekannten Hauptmann Amelung lagen, waren wir bereit, bei Amelung dahin zu wirken, dass er es nicht zum Kampf kommen lassen sollte, sondern sein Bataillon auflösen sollte.

Ich habe mit meiner Schwerhörigkeit nicht jedes Wort des Herrn Amelung verstanden, da die Unterhaltung verhältnismäßig leise geführt wurde. Ich sah aber doch, dass Herr Amelung zunächst empört war und glaubte zu verstehen, wie er sagte: ‚Was fällt Ihnen denn ein; ich bin deutscher Offizier und kann die Stadt nicht übergeben.‘ Wir ließen uns aber dadurch nicht beirren, sondern haben auch mit meiner Unterstützung weiter auf ihn eingeredet. Er hat dann doch mit der Zeit eingesehen, dass die Verteidigung Neubrandenburgs nicht zu verantworten sei. Bald verabschiedete sich der Hauptmann Amelung und wir gewannen die Überzeugung, dass von ihm aus kein Widerstand geleistet würde. Ich glaube wohl, dass nicht jeder in Neubrandenburg den Mut aufgebracht hätte, der zu diesen Verhandlungen, sowohl mit den Unteroffizieren, als auch mit dem Hauptmann Amelung, nötig war. Nicht nur wir wussten, dass wir unser Leben aufs Spiel setzten. Wir mussten auch, wenn wir an den falschen Mann gerieten, das Schlimmste für unsere Familien befürchten. Wir waren uns aber darüber einig, dass wir für unsere Stadt Neubrandenburg letzten Endes auch unser Leben riskieren mussten. Wir dachten, dass, wenn der Roten Armee von der Neustrelitzer Chaussee aus der kampflose Einmarsch in die Stadt gegeben war, damit die Gefahr, dass Neubrandenburg zerstört werden würde, unterbunden sei. Wir haben nicht damit gerechnet, dass von unserer eigenen Artillerie vom Weitiner Weg aus die Stadt schließlich zerstört werden würde. Was in unseren schwachen Kräften stand, dass haben wir getan.“

Der Kreisleiter Schönnenbeck ordnet am 28. April die sofortige Räumung der Stadt an. Oberst Anton Schmid, Kommandeur der 281. Infanteriedivision und Oberst Fullriede, Kampfkommendant für Neubrandenburg vom Divisionsstab z.b.V. 610, sind beauftragt, die Stadt zu verteidigen. Doch schon morgens ist Fullriede verschwunden und seine Besatzung davongelaufen.⁵⁹

59) Vergleiche zum Ablauf der militärischen Ereignisse: Dieter Krüger, 1945 - Das Kriegsende in Neubrandenburg und im Kreis Mecklenburg - Strelitz, in: Neubrandenburger Mosaik, Heft 18, Heimatgeschichtliches Jahrbuch des Regionalmuseums Neubrandenburg, Neubrandenburg 1994, S.129 – 184.

Mit dem Heranrücken der Front verlässt auch die SS mit den KZ-Häftlingen ab 27. April die Konzentrationslager in Neubrandenburg in westliche Richtung. Die überlebenden Häftlinge bezeichnen es später als „Todesmarsch“. Zurück bleiben nur die Kranken und das Pflegepersonal. Einige der Frauen können sich selbst befreien, andere erleben ihre Befreiung Anfang Mai durch die amerikanischen und die sowjetischen Truppen in der Nähe von Schwerin. Ludmila Woloshina, eine ukrainische Jüdin, schildert ihre Erlebnisse im April 2000 folgendermaßen: „Die Front war inzwischen immer näher gekommen, und man schickte uns auf die Straße nach Westen. Wir nannten es „Todesmarsch“, denn wir wussten nicht, was die Aufseherinnen mit ihren Hunden mit uns machen würden. In einem Moment, als die Front schon ganz nahe war, ließen die Aufseherinnen den Marsch anhalten. Sie wollten ihre Uniformen in zivile Kleidung tauschen. Nach einiger Zeit kamen sie zurück und forderten alle auf, sich wieder in die Reihe zu stellen. Wir waren inzwischen in eine in der Nähe befindliche Fabrik gegangen und hatten uns dort auf dem Boden versteckt. Die Aufseherinnen gaben nochmals den Befehl, in die Reihe zurückzukehren und ließen dann ihre Hunde frei, um uns zu suchen. Bei uns war eine Französin; sie hieß Julie. Sie war zu uns wie eine Mutter. Sie sagte, wir müssen uns oben, auf dem Boden der Fabrik verstecken. Wir kletterten weiter hoch und warteten. Auch in die Nähe unseres Verstecks kam ein Hund. Wir hatten große Angst, dass der Hund uns findet und dass sie uns dann erschießen würden. Aber wir sind dort geblieben. Ein Hund kam und war schon fast unsere Leiter hoch geklettert, als er plötzlich wieder umkehrte und davon lief. So sind wir dort geblieben. Der Todesmarsch ging weiter. Wir haben uns später in einem Bunker auf dem Firmengelände versteckt. Am nächsten Tag gingen wir in die Umgebung auf die Felder, um nach etwas Essbarem zu suchen. Es war erst Frühling und daher war noch nichts auf den Feldern. Wir fanden irgendwann eine alte Futterrübe aus dem Vorjahr. Die haben wir gegessen. Plötzlich trafen wir auf deutsche Soldaten. Die warfen gerade ihre Gewehre weg. Wir bekamen wieder große Angst. Sie fragten, wer wir seien. Wir sagten nicht, dass wir Russinnen sondern Französinen seien, denn wir hatten Angst, sie würden uns sonst noch töten. Die Soldaten erklärten uns, dass die Front schon sehr in der Nähe sei und dass wir nicht in den Wald gehen sollten. Es sei sehr gefährlich. Wir sind nachts wieder in den Bunker gegangen. Mit einem Mal hörten wir in der Nacht Männerstimmen. Sie riefen: „Wer ist dort? Kommen sie raus!“ Wir hatten große Angst und fürchteten uns sehr. Wieder kam die Aufforderung „Wer ist dort? Kommen sie raus!“ Trotz der Angst gingen wir hinaus und wir sahen ... unsere Soldaten! Sie können mir glauben, wir haben ihnen die Füße geküsst. Die Soldaten trugen uns dann auf ihren Armen zu einem Pferdefuhrwerk. Wir waren so mager und hatten keine Kraft mehr. Wir waren schon keine Menschen mehr! Auf dem Pferdefuhrwerk brachten sie uns nach Neubrandenburg zurück. Der Himmel der Stadt war ganz rot vom Feuer. Offenbar waren viele Häuser zerstört worden. Die Soldaten

brachten uns zu einem Haus, versorgten uns und schlossen uns dann für die Nacht ein. Am nächsten Morgen holten sie uns zu ihrem Standort und wollten von uns erfahren, wer wir sind und woher wir kommen. Sie schrieben einen Zettel - 1. Mai Tag der Befreiung von Ljudmila Maksimowna -, und es folgten ihre Unterschriften. Diesen Zettel habe ich noch heute. Später sind wir mit den Soldaten durch die zerstörte Stadt gegangen. Die ersten Tage waren besonders schwer. Wir sind in die Häuser gegangen und haben ganz schreckliche Bilder gesehen. Ich erinnere mich noch an eine Situation, als wir in einem Haus eine Tür aufmachten und eine große Familie am Tisch sitzen sahen. Sie hatten den letzten Tag ihres Daseins gefeiert und sich dann offenbar vergiftet. Sie waren alle tot ...“

Es gibt kaum ein anderes Ereignis in der Neubrandenburger Stadtgeschichte, das so unterschiedlich dargestellt und interpretiert wurde, wie das Ende des Zweiten Weltkrieges in unserer Stadt. Dabei wurde der militärische Verlauf der Kampfhandlungen inzwischen umfassend beschrieben. Im Stadtarchiv befinden sich aber auch schriftliche Erinnerungsberichte von zahlreichen Zivilpersonen an diese Zeit. Von den vielen Tausenden Menschen, die sich damals in unserer Stadt aufhielten oder aufhalten mussten, hatte jeder seinen eigenen Blickwinkel. Die Gefühle gingen über die drei Worte Umsturz - Befreiung - Zusammenbruch weit hinaus.

In den Morgenstunden des 29. April wird die Stadt durch Truppen der Roten Armee, die aus südöstlicher Richtung kommen, eingenommen. Dabei werden über 80% der Innenstadt zerstört oder stark beschädigt, darunter die Marienkirche, das Palais, das Rathaus und das Gymnasium. Wie durch ein Wunder überstehen das Medico-mechanische Institut (heute Schauspielhaus) und andere Gebäude in der Pfaffenstraße und der Großen Wollweberstraße dieses Inferno.

Die Haushälterin Alla erinnert sich 1945:„... es sind Stunden, die man nie im Leben nicht vergessen wird. Morgens um halb zehn waren wir noch mal in der Wohnung. Unser Haus hat durch den Beschuss viel abgekliegt. Alle Fensterscheiben kaputt. Ich stand am Küchentisch, da klirrten die Scheiben von der brennenden Marienkirche herunter. Dieses Klirren höre ich noch immer um uns herum. Die großen Brände, der furchtbare Feuersturm, alles schwarz ...So gingen wir nachmittags raus ins Mühlenholz mit viel Angst vor den Russen. Direkt beim Forsthaus haben wir die Nacht zugebracht. Die brennende Stadt war uns grausig. Dann das Allerschlimmste – das ganze Mühlenholz (ein Waldstück bei Neubrandenburg – d.A.) voller Russen. Wenn einer weg war, war ein anderer mit Taschenlampe da. ‚Frau komm‘ – furchtbar! Vati wollte uns in Schutz nehmen, da schossen sie neben ihn. Ich habe gesagt, wir wollen lieber mit dem Russen mitgehen und Vati behalten. Frau N. und ich haben uns viel versucht in dieser Nacht. Neubrandenburg hat viel erlebt, viele haben sich das Leben genommen.“

Der Franzose Francois Cavanna hat Mecklenburg von Ost nach West und von West nach Ost während der Ereignisse im Frühjahr 1945 durchlaufen, auf der Suche nach seiner lieben Maria Iossifovna Tatarchenko,

einer Ukrainerin. Für ihn bleibt klar, was Krieg bedeutet, egal ob man ihn führt oder erleidet:

„Es geschieht ihnen recht, jetzt sind sie an der Reihe!“ grinsten die Kameraden hämisch. Sie haben Glück, dieses Gefühl der Wiedervergeltung zu haben! Das soll helfen, nehme ich an. Dass die deutschen Mägen leer sind, füllt meinen nicht. Zu sehen, wie die deutschen Städte in Trümmer versinken, wie die deutschen Mütter weinen und wie die deutschen Kriegsversehrten zwischen zwei Krücken kriechen, tröstet mich nicht über die französischen Städte in Trümmern, die französischen Mütter in Tränen und die von Maschinengewehren zerhackten Franzosen hinweg, ganz im Gegenteil. Jede Stadt, die man vernichtet, ist meine Stadt, jeder Körper, den man foltert, ist mein Körper, jede Mutter, die über einen Toten weint, ist meine Mutter. Ein Toter tröstet nicht über einen Toten hinweg, ein Verbrechen zahlt kein Verbrechen zurück.“

Der am 3. Mai neu eingesetzte Bürgermeister für Neubrandenburg heißt Kurt Mücklich und stammt aus Sachsen. Er gibt am 6. Mai einen ersten Bericht. In der Stadt befinden sich nach seinen Schätzungen 15.000 bis 20.000 Menschen. Schon in den nächsten Tagen sollen wieder Elektrizitäts-, Wasser- und Gaswerk arbeiten, da nur 30% der Anlagen zerstört sind. Die Zahl der gezählten Toten für die beiden Tage 29./30. April wird mit 300 angegeben. Insgesamt muss ihre die Zahl aber doppelt so hoch sein, wie spätere Untersuchungen zeigen. Viele Menschen, darunter zahlreiche Frauen mit ihren Kindern, gehen vor Verzweiflung in den Freitod, um den befürchteten bzw. erlebten Repressalien der sowjetischen Besatzer zu entkommen.

Am 8. Mai kapituliert die deutsche Wehrmacht in Berlin-Karlshorst vor den Alliierten. Der zweite Weltkrieg ist zu Ende. Deutschland wird unter den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition nach dem Plan der Jalta-Konferenz in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Neubrandenburg liegt im Nordosten der sowjetischen Zone.

Die Bevölkerung beginnt im Mai mit Aufräumarbeiten. Allmählich kommt das Leben wieder in Gang, selbst auf dem Gebiet der Kultur. Am 25. Juni bildet sich der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung“ und findet auch in Neubrandenburg sofort Anhänger wie die Klavierlehrerin Lore Lamp, die im Filmpalast ihr erstes Klavierkonzert gibt. Am 17. Juli hat Neubrandenburg 17.302 Bewohner.

Marschall Shukow, Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), gibt am 19. Juli den Befehl „Zur zweckmäßigen Verteilung der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone“. Mit diesem Befehl sollen verstärkt die bevölkerungsarmen Gegenden besiedelt werden. Aus den ehemaligen deutschen Ost-Gebieten werden bis 1949 ca. 11 Mio. Menschen in die vier Besatzungszonen umgesiedelt.

Am 31. Juli erhält der Neubrandenburger Bürgermeister die Weisung, 25.000 Flüchtlinge in seinen Zuständigkeitsbereich aufzunehmen. Unter schwierigsten Bedingungen muss hier geholfen werden. Die jetzt ankomm-

menden Menschen haben alles verloren, sind unterernährt und oft krank. Seuchen, wie Typhus und Fleckfieber grassieren. Doch die einheimischen Bürger sind nicht in jedem Fall zur Hilfe bereit. Ein hartes Durchgreifen ist an der Tagesordnung, da sich mancher die „gute Stube“ erhalten will. Hinzu kommt, dass durch die Angehörigen der Roten Armee 550 intakte Häuser im Stadtgebiet besetzt sind.

In Deutschland entstehen durch das Potsdamer Abkommen neue Verwaltungsstrukturen. Am 4. Juli wird die sowjetische Besatzungszone in fünf Länder aufgeteilt Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Am 26. September erhält Neubrandenburg den Status „kreisfreie Stadt“ mit 21 zugeordneten Gemeinden. Am 1. August leben 17.975 Menschen in Neubrandenburg. Alle Zugänge zur Stadt sind aufgrund einer Typhusepidemie gesperrt. Über 800 Menschen erkrankten an dieser Seuche, mindestens 160 starben.

Am 1. Oktober beginnt wieder der Unterricht in den Grund- und Oberschulen der Stadt. Da es noch keine staatlichen Hilfsorganisationen gibt, wird Anfang November unter der Leitung des antifaschistischen katholischen Pfarrers Karl Fischer die „Notgemeinschaft“ ins Leben gerufen, eine Einrichtung des Landes Mecklenburg. Diese „Notgemeinschaft“ hat großen Anteil an der Linderung der äußersten Not für viele Menschen. Sie versucht, den Weg für solidarisches Handeln und Gemeinschaftsverhalten gegenüber Hilfsbedürftigen zu entwickeln. Der SMAD-Befehl vom 11. November über die starke „Rationierung von Lebensmitteln“ schafft zwar Voraussetzungen für eine kontinuierlichere Versorgung, doch bis Ende des Jahres 1948 bleibt die Lage sehr angespannt.

Dieser große historische Umbruch und die Erscheinungen der NS- und Nachkriegszeit finden im derzeitigen Stadtbild an den authentischen Orten kaum eine Kennzeichnung und werden daher nur unzureichend wahrgenommen. Neben einer kleinen Abteilung in der stadtgeschichtlichen Ausstellung des Regionalmuseums, die es seit April 2004 wieder gibt, wurde lediglich die Gedenkstätte in Fünfeichen in einer sehr würdigen Form nach 1990 auf dem ehemaligen Lagergelände angelegt. Dies ist in hohem Maße auf die Initiative der Arbeitsgemeinschaft „Fünfeichen“ zurückzuführen, die 1991 aus ehemaligen Häftlingen des NKWD-Lagers bzw. deren Angehörigen entstanden ist. Als Gedenkorte wären auf dem städtischen Neuen Friedhof die Gräber der sowjetischen Soldaten und das Frauenehrenmal zu erwähnen, die aus der DDR-Zeit stammen. Für die Opfer von Gewalt und Vertreibung wurde ebenfalls auf dem städtischen Neuen Friedhof im Jahr 2000 ein Erinnerungsstein enthüllt.

Eine seit 1974 existierende Gedenkstätte mit einem umfangreichen Ausstellungsangebot am ehemaligen Standort des KZ-Außenlagers Ihlenfelder Straße in der Firma Baustoffversorgung wurde 1990 auf grund eines Eigentümerwechsels beräumt. Die Exponate lagerte das Regionalmuseum ein. Eine Tafel am Gebäude dieser Firma ist der einzige Hinweis auf den historischen Hintergrund des Geländes. Eine weitere Tafel an gleicher Stelle

verweist auf die kurzzeitige Nutzung als NKWD-Lager im Sommer 1945. Eine umfangreiche Forschungsarbeit zu den Lagern der NS-Zeit und der Rüstungsindustrie wurde im Rahmen einer SAM durch das Stadtarchiv angeregt. In drei zur Verfügung stehenden Jahren wurde bundesweit in den relevanten Archiven Material zusammengetragen, das jetzt einen Fundus für weitere Forschungsarbeiten liefert. Drei umfangreiche Findbücher weisen über 750 Quellen aus, die hier benutzt werden können.

Aufgrund des Fehlens öffentlicher Erinnerungsorte hat im Jahr 2000 die Neubrandenburger Stadtvertretung beschlossen, jährlich Zeitzeugen aus den ehemaligen Lagern der NS-Zeit einzuladen. Diese weilen eine Woche in Neubrandenburg und haben die Möglichkeit zu Gesprächen mit jungen Leuten über ihre Erlebnisse in den Lagern. Sie werden durch den Oberbürgermeister und den Stadtpräsidenten empfangen, und die Zeitzeugen sollen durch diese Gesten erfahren, dass die NS-Zeit in unserer Stadt nach wie vor thematisiert wird. Diese Treffen sind für die Männer und Frauen, die vorwiegend aus Osteuropa kommen, sehr bedeutsam. Sie freuen sich sehr über das Interesse und die Anteilnahme an ihrem Erleben. Der Tenor, der die Gespräche eint, ist, dass man zwar vergeben, aber nie vergessen kann. Auf Beschluss der Neubrandenburger Stadtvertretung ebenfalls im Jahr 2000, der eine Präsentation der Lagerproblematik im öffentlichen Raum vorsieht, regte das Regionalmuseum eine Schülerarbeit an, in der die theoretische Vorarbeit dafür geleistet werden sollte. Da im Neubrandenburger Lessing-Gymnasium bereits Zeitzeugentreffen stattgefunden haben und die Schüler mit der Problematik vertraut waren, lag es nahe, hier SchülerInnen für dieses Projekt zu suchen. Zehn Jugendliche, unterstützt von ihrer Klassenlehrerin, beteiligten sich in ihrer Freizeit an dieser Forschungsarbeit, die insgesamt neun Monate dauerte. Ausgewertet wurden im Stadtarchiv und im Museum vorliegende Quellen und Erlebnisberichte aus dem Landeshauptarchiv Schwerin, den Bundesarchivaußenstellen in Berlin, Ludwigsburg und Freiburg. Die ProjektschülerInnen erwarben breite Kenntnisse über die NS-Zeit und die Situation in den Konzentrationslagern.

Nach der Auswertung der Materialien wurde eine umfangreiche Dokumentation über die Rüstungsfirma „Mechanische Werkstätten GmbH“ und das Konzentrationslager angefertigt. Beschrieben wurden die Einrichtung und der Aufbau des Lagers, der Lageralltag, der tägliche Arbeitseinsatz der Häftlinge, die Unterbringung in den Baracken, die hygienischen Bedingungen, die Behandlung durch die Aufseherinnen, der Widerstand und die Bestrafung und am Ende die Evakuierung, der Todesmarsch und die Befreiung. Ein besonderer Abschnitt ist dem geheimen Nebenlager Waldbau gewidmet. Im Ergebnis entstand eine CD-Präsentation, die im Stadtarchiv für thematische Veranstaltungen als Videoanimation aufbereitet wurde und in der Bildungsarbeit eingesetzt wird. Die Arbeitsergebnisse der SchülerInnen wurden auch in der landesweiten Ausstellung „Zwangsarbeiter im Ostseeraum“ verwendet und stellen eine wertvolle Ergänzung dar.

Die Umsetzung der eigentlichen Zielstellung des Beschlusses der Stadtvertretung ist zeitlich noch nicht absehbar. Während anfangs davon ausgegangen wurde, dass das letzte Gebäude der Firma MWN als geschütztes Baudenkmal erhalten bleibt, hat die Entscheidung des Landesdenkmalamtes gegen einen Erhalt des Gebäudes eine Dokumentation im offenen Gelände an dieser Stelle fragwürdig gemacht. Die Stadtentwicklungsgesellschaft Neubrandenburg hat als Planer dieses Geländes in jedem Fall eine würdige Gedenkform auf dem historisch belasteten Boden vorgesehen und will auch die Vorarbeit der SchülerInnen verwenden.

Es steht daher in Neubrandenburg noch immer die Aufgabe, durch politische Bildungsarbeit und eine öffentliche Darstellung das Wissen und die Wahrnehmung um die Ereignisse während der NS-Zeit zu konsolidieren und trotz des Aussterbens der Generation der Zeitzeugen die Erinnerung auch an die tragischen Auswirkungen wachzuhalten. Das Antlitz unserer Stadt hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert, eine Verdrängung der unheilvollen Zeit aus dem öffentlichen Blickfeld hat wider besseres Wissen stattgefunden. Orte der Mahnung und Besinnung dürfen jedoch nicht nur Friedhöfe und Gedenkstätten am Stadtrand sein...

10. Der Förderverein Dokumentations- und Begegnungsstätte Barth e.V. und seine Geschichtsarbeit

(Martin Albrecht)

Es ist eine eigene, unheimliche Situation um das Barth der 30er und 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Gestrüpp und Unkraut legen sich heute über geborstene Träger und Betonklötze. Fliegerhorst und Rüstungsanlagen, KZ und Kasernen, Kriegsgefangenen camps und Internierungslager schieben sich in einander und bilden eine Klammer, der sich die quirliche und bunte Stadt am Bodden bis heute nicht entziehen kann. Diese Geschichte liegt nur scheinbar außerhalb der Vineta-Stadt. Die älteren Einwohner wissen darum, haben sie doch die Zeit intensiv erlebt und oftmals sogar ihre Ausbildung in diesen Betrieben und Einrichtungen erhalten.

Das Bild der Stadt Barth in jenem Abschnitt der deutschen Geschichte ist vom Ansatz her sehr vielschichtig. Im historischen Ort selbst weisen viele Sach- und Bauzeugnisse auf unterschiedliche Ebenen des Lebens und der Repression in Nazideutschland hin. Diese Momente stehen jeweils für sich und sind relativ unabhängig voneinander. Zusammenhänge ergeben sich organisch und müssen nicht, das historische Wissen der Betrachter voraussetzend, konstruiert werden. Barth im Dritten Reich das war für Tausende ein Ort des Leidens, ein Ort der Opfer und somit auch ein Ort der Täter. Und es ist ein Platz des ganz normalen Lebens während dieser Zeit: ein Industriezentrum für die expandierende Rüstung, ein Ausbildungszentrum der Wehrmacht.

Die Walter-Bachmann-Flugzeugwerke Ribnitz eröffneten hier im Jahre 1938 eine Filiale und stellten ebenso wie die alteingesessene Pommerische Eisengießerei Baugruppen und Waffenteile für die Ausrüstung der Wehrmacht her. Im Barther Stadtwald entstand von 1939-1940 ein weitläufiges Munitionswerk. Als „Pommersche Industriewerke G.m.b.H.(PIW)“ war es ein reichseigenes Werk, das bis Kriegsende ca. 3.600 Beschäftigte zählte, die Mehrzahl von ihnen ZwangsarbeiterInnen aus okkupierten europäischen Ländern wie Polen, der Sowjetunion, Belgien und Frankreich. Unter ihnen befanden sich auch Hunderte sowjetische Kriegsgefangene und italienische Militärinternierte.

Zwischen 1935 und 1943 entwickelte sich Barth zu einer Garnisonsstadt der Luftwaffe Görings, ausgestattet mit einem Flugplatz und einer Flakschule. Der Fliegerhorst Barth war ein wichtiges Teilstück der Infra-

struktur beim Aufbau der deutschen Luftwaffe in den 30er Jahren. In der zweiten Kriegshälfte diente er neben seiner Nutzung als Flugplatzplatz für Neuformierungen und Umgliederungen von Kampfverbänden insbesondere als Produktionsstandort für die Luftrüstung und die Ausbeutung Tausender Sklavenarbeiterinnen und -arbeiter.

Die Rüstung und der Aufbau neuer Waffengattungen im Dritten Reich brachten den Bewohnern zunächst hochwillkommene Arbeitsplätze und einen bescheidenen Wohlstand. Neben den neuen flächengreifenden Wehrmachtsobjekten und Produktionsstätten wuchsen lichte Wohnkomplexe für die neuen Beschäftigten und die hierher kommandierten Wehrmachtsangehörigen einschließlich ihrer Familien.

Lehreinheiten der fliegenden und der Flak-Verbände der Luftwaffe probten den Blitzkrieg. Ihr Schwerpunkt lag bei der Erprobung taktischer Einsatzverfahren zur Infanterie- und Panzerunterstützung.

Die Siege der Wehrmacht gaukelten eine Ruhe im inneren Bereich des Großdeutschen Reiches vor. In diese Idylle brach 1940 die Errichtung eines Kriegsgefangenenlagers für Angehörige feindlicher Luftwaffen ein. Vor der Stadt und unter den drohenden Rohren der Flak expandierte das Camp als Stalag Luft 1 für westalliierte, abgeschossene Piloten im weiteren Kriegsverlauf. Gab die Tatsache, dass kaum sowjetische Piloten den Weg zu den westlichen Leidensgenossen fanden, Stoff für die Gespräche der Deutschen in Uniform oder zivil? Die ersten halbverhungerten Russen erschienen 1942 im Kriegsgefangenenlager in dienenden Tätigkeiten in der Küche und bei der Versorgung.

Als im Jahre 1942 die Royal Air Force Rostock bombardierte und die Heinkel-Flugzeugwerke stark beschädigte, verlagerte der Konzern die Produktion über ganz Mecklenburg und Vorpommern. Die größte seiner Filialen entstand im Herbst 1943 auf dem Fliegerhorst Barth. Acht große Hangars wurden zu Produktionsstätten von Flugzeugen und Flugzeugteilen umgerüstet. Neben dem laufenden Flugbetrieb produzierte man Komponenten des Jägers Me 109, komplettierte zweimotorige He 111 und baute Teile für den Nachtjäger He 219. Ab Ende 1944 gliederte Heinkel in den grauen Hallen die Produktion um und fertigte eines der letzten Flugzeugmuster der Göringschen Luftwaffe, den Strahljäger He 162, der indes seine technische Überlegenheit nicht mehr vom Reißbrett weg und aus den Produktionshallen heraus in die Realität überführen konnte. Diese Hochtechnologie wurde mit dem Blut und dem Leben der Häftlinge bezahlt. Die Bewacher und die meisten zivilen Beschäftigten nahmen diese Umstände billigend in Kauf. Als billigste Arbeitskräfte beutete der Konzern in Barth KZ-Häftlinge aus. Unter den Frauen und Männern aus mehr als 20 Nationen befanden sich hunderte europäischer Juden. Das jüngste ungarische Mädchen war 13 Jahre alt. Das KZ Barth war ein Außenlager des Konzern-

rationslagers Ravensbrück⁶⁰ und bestand aus sechs Luftwaffenkasernen auf dem Fliegerhorstgelände, die durch elektrisch geladenen Draht und Wachtürme gesichert waren. Insgesamt mussten im Zeitraum von November 1943 bis zum 30. April 1945 schätzungsweise 6.000 – 7.000 Häftlinge in den Hangars arbeiten. Ein Todesmarsch sollte dann Ende April 1945 die überlebenden Häftlinge der Befreiung entziehen und sie als Zeugen liquidieren.⁶¹ Es wird geschätzt, dass ca. 2.000 von ihnen Hunger, Ausbeutung und SS-Terror nicht überlebten.

Bis heute gibt es keine exakten Kenntnisse über die wirkliche Anzahl und alle Standorte der Zwangsarbeitslager in und um Barth. Die Einwohnerzahl der Boddenstadt mit zirka 15.000 Männern, Frauen und Kindern im Jahre 1945 wurde bei weitem von der Anzahl der KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen überschritten.

Barth ist eine Stadt, die heute noch bei Opfern des Faschismus als ein Ort ihrer Leiden und des Todes vieler Kameradinnen und Kameraden aus dem KZ einen festen Platz hat. Als Stadt nahe dem verhassten Kriegsgefangenenlager ist Barth aber auch ein Fixpunkt in der Geschichte vieler Familien in den USA und den Commonwealth-Staaten.⁶² Unvergessen ist den alliierten Kriegsgefangenen der Moment, als sie auf dem Fliegerhorst die Maschinen in ihre Heimat bestiegen und in die Freiheit flogen.

Die Nähe der Flak-Einheit und darüber hinaus auch die der anderen Luftwaffen- und Rüstungsobjekte zum großen Kriegsgefangenenlager Stalag Luft 1 stand gegen Geist und Buchstaben des Genfer Abkommens. Auf jener Konferenz wurde 1929 in Ergänzung der Haager Landkriegsordnung aus dem Jahre 1907 ein „Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen“ paraphiert und vom Deutschen Reich seitens des Reichspräsidenten Paul Hindenburg 1934 in Kraft gesetzt.

60 Zu den Außenlagern des KZ-Ravensbrück siehe: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Die Außenlager der Konzentrationslager Sachsenhausen und Ravensbrück. Vorträge und Manuskripte des Workshops vom 17. Bis 18. Oktober 2003 in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Ravensbrück. Oranienburg 2004.

Angelika Meyer, Erika Schwarz, Simone Steppan, Die Außenlager des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück - Eine Bestandsaufnahme, In: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 8, S.46 - 59, Bremen 2004.

Alexandra Klei; Gedenkstätten an Orten ehemaliger Außenlager des Konzentrationslagers Ravensbrück in Mecklenburg-Vorpommern. Kennzeichnung, Zustand und Wahrnehmung, In: Zeitgeschichte regional, 8. Jahrgang, 1/2004, S. 91 - 98.

Helga Radau, Nichts ist vergessen und niemand. Aus der Geschichte des KZ Barth, Kückenshagen 1995.

Bernhard Strebelt, Das KZ Ravensbrück. Geschichte eines Lagerkomplexes, Paderborn 2003.

61 Siehe Zeitzeugenbericht im Anhang: KZ Barth Nr. 11927 - Ignacy Golik, ein polnischer KZ-Häftling in Barth

62 Siehe Zeitzeugenbericht im Anhang: „Dieses Lager ist mit Dachau vergleichbar!“ - Erinnerungsberichte kanadischer und australischer Kriegsgefangener des Stalag Luft 1 Barth über die Entdeckung des KZ: Barth am 01.05.1945.

Im zweiten Abschnitt des Abkommens heißt es betreffs der Kriegsgefangenenlager im Artikel 9: „Kein Kriegsgefangener darf jemals in ein Gelände zurückgebracht werden, wo er dem Feuer des Kampfgebietes ausgesetzt sein würde, oder dazu verwendet werden, durch seine Anwesenheit bestimmte Punkte oder Gegenden vor Beschießung zu schützen.“⁶³

In der perversen Dialektik des Krieges lag es, dass jener Bruch internationalen Rechts der Stadt Barth das Schicksal von Rostock, Halberstadt und hunderter anderer deutscher Städte mit hochentwickelter Rüstungsproduktion ersparte. Die alliierten Bomber vermieden nach Möglichkeit jeden direkten Angriff im Umfeld der Lager ihrer gefangenen Kameraden. Selbst in normalen Berichten, die seitens westallierter Stäbe in Umlauf gesetzte worden waren und wohl nie in die Hände fliegender Einheiten kamen, fanden sich vorsorglich die Koordinaten des Kriegsgefangenenlagers.

Vor dem Einmarsch der Roten Armee 1945 hatten die Kriegsgefangenen die örtliche Gewalt übernommen und so auf dem verlassenen Fliegerhorst viele sterbende Häftlinge in den KZ-Gebäuden entdeckt. Nach der Ankunft einiger Transporte aus anderen Kriegsgefangenenlagern harten im Stalag seit dem Frühjahr 1945 nahezu 9.000 Männer aus. In der Mehrzahl waren sie Offiziere. In Barth konzentrierte sich - für alle kriegsführenden Seiten vollkommen unerwartet - das größte westalliierte Offizierskontingent im zerfallenden Machtbereich der Nazis. Alle Kriegsgefangenen wurden vom 12. bis zum 14. Mai 1945 mit amerikanischen Bombern ausgeflogen. Bei jener Operation „Revival“ starteten die schweren Flugzeuge vom Barther Rollfeld.⁶⁴

Doch die Gebäude des KZ im Fliegerhorst und die Baracken des Stalag blieben nicht lange leer. Sowjetische Filtrierungslager belegten sie mindestens bis Herbst 1945 und bildeten für Tausende von russischen Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeitern das drohende Tor in die alte Heimat. In den Lagern prüften die sowjetischen Behörden die Loyalität der ehemaligen Gefangenen vor ihrer Rückführung in die Heimat. Viele der sowjetischen Bürger und Bürgerinnen kamen nach dem Krieg in Lager im Osten der UdSSR.

Die Geschichte der Stadt Barth im Dritten Reich zeigt eine in ihrer Komplexität nahezu einmalige Schichtung historischer und politischer Ebenen. Eine Ausstellung zu diesem Abschnitt der Heimatgeschichte ist seit langem überfällig und wird weit über den Pommerschen Rahmen hinaus weisen. Die Ausstellung erwächst aus der langjährigen Forschungs- und Gedenk-

63 So die offiziöse deutsche Übersetzung des im Ursprung französischen Textes. Zitiert nach: Hamburger Institut für Sozialforschung, Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-45, Hamburg: Hamburger Edition 2002, S. 23.

64 Siehe Helga Radau, Martin Albrecht, „Wir wachten eines Morgens auf, und die Wachen waren verschwunden.“ - Aus der Geschichte des Stalag Luft 1 in Barth, in: Zeitgeschichte regional, 8. Jahrgang, 1/2004, S. 22- 30.

arbeit des Vereins, die zunehmend ein Bestandteil der Erinnerungsarbeit dieser Region werden soll.

Knapp 20 an der Barther Geschichte zur Zeit des Nationalsozialismus interessierte Einwohner gründeten im November 1998 den Förderverein Dokumentations- und Begegnungsstätte Barth e.V. Die Überreste des KZ-Außenlagers Barth auf dem alten Fliegerhorst und die historische Situation um das Stalag Luft 1 standen im Mittelpunkt der Vereinsaktivitäten. Nach jahrelanger Vorbereitung kann im Mai 2005 eine kleine Ausstellung zur Geschichte der Stadt in den Jahren des Nationalsozialismus eröffnet werden. Dem gingen lange Recherchen, Zeitzeugenbefragungen, Schülerprojekte und mehrere Workcamps in den Jahren 1999, 2001 und 2003 voraus, die mit der „Norddeutschen Jugend im internationalen Gemeinschaftsdienst e.V. (NIG)“ gemeinsam vorbereitet und durchgeführt werden konnten. Auf dem Gelände des ehemaligen KZs konnte mit Unterstützung vieler Partner ein würdiger und informativer Gedenk- und Lernpfad eingerichtet werden, der die Erinnerung und die Geschichtsarbeit direkt am historischen Ort unterstützen kann. Mehrere stabile Aufsteller informieren über die Geschichte dieses Lagerkomplexes. Eine erste ähnliche Informationssäule konnte 2004 auf dem ehemaligen Stalag-Gelände eingeweiht werden.

Seit Jahren betreuen Mitarbeiter des Fördervereins Dokumentations- und Begegnungsstätte Barth e.V. die Kinder- und Jugendarbeit der Schulen in Barth und im Umland. Zusammen mit interessierten Schülern und Lehrern entstanden Dokumentationen, Handreichungen und Führungsmaterialien für einen aktiven, interessanten und auf die örtliche Geschichte bezogenen Unterricht. Auf Grund der guten Erfahrungen mit Schülerarbeiten zur lokalen Geschichte wurde auch eine Gruppe des Katharina-von-Hagenow-Gymnasiums Barth in die direkte Realisierung der neuen Ausstellung einbezogen. Diese Arbeiten konnten durch die Initiative Civitas tatkräftig unterstützt werden.

Mit der Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen in die Vorbereitung und Realisierung unserer ständigen Ausstellung erhoffen wir einen eigenständigen Beitrag zur 750-Jahrfeier im Jahr der 60. Wiederkehr des Endes des Zweiten Weltkrieges der Stadt und für die Erziehung der Barther Jugend für mehr Demokratie und gegen Rechtsextremismus zu leisten.

11. Der Förderverein der Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin e.V.

(Simone Labs)

Leben heute – mit der Vergangenheit, Vermächtnis, Erbe, Verpflichtung, Bürde - viele Worte, viele unterschiedliche Gedanken verbinden sich mit dem Namen „Konzentrationslager Wöbbelin“. Begriffe wie Ehre, Ruhm, Heldentum aber auch Missbrauch werden mit Theodor Körner assoziiert. Ein deutscher Dichter, der 1813 fürs Vaterland fiel. Tausende Häftlinge, die mehr als hundert Jahre später in diesem Land sterben mussten und kaum verstanden warum.

Deutsche Geschichte, die auch hier ihre Spuren hinterlassen hat. Warum hat sie sich so ereignet? Wie erhalten wir die Erinnerung daran lebendig, und was kann Geschichte den Nachgeborenen mit auf ihren Weg geben, auf dem sie wiederum Geschichte schreiben werden? Was können wir tun, um Gewalt und Machtmissbrauch zu verhindern, um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit abzubauen? Das sind Fragen, welche die Vereinsmitglieder des Fördervereins der Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin heute beschäftigen. Es war ein kleiner Kreis von 17 Personen, Wöbbelinern, ein ehemaliger Häftling und andere Interessierte, der am 3. August 1991 den Förderverein der Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin gründete. Ziel war es zunächst, den Erhalt der Einrichtung zu sichern und sie mit Sonderausstellungen, Vorträgen und Forschungsarbeiten zu fördern. Denn die Gedenkstätten mit ihrem Haus, das 1938 für den Dichter und Lützower Jäger Theodor Körner erbaut wurde, mit dem Eichenhain, der für ihn geschaffen wurde, und den Gräbern von Opfern des Außenlagers Wöbbelin des KZ Neuengamme sowie das vier Kilometer entfernt gelegene ehemalige Lagergelände selbst vereinen auf besondere Weise die Widersprüche unserer Geschichte aber auch der Gegenwart.

Aufgabe des Fördervereins ist es unter anderem, diese sichtbar zu machen und zu dokumentieren. So entstanden in dem Theodor-Körner-Haus unter Beteiligung seiner Mitglieder in den letzten Jahren zwei neue Ausstellungen: 1995 „Zehn Wochen KZ-Außenlager Wöbbelin“ (eine Dokumentationsausstellung), 1997 „Theodor Körner. 1791-1813. Poet und Patriot. Seine Erhebung zum Idol.“

Einer der Hauptschwerpunkte der Arbeit des Vereins ist nach wie vor die Betreuung ehemaliger Häftlinge sowie der amerikanischen Befreier des Konzentrationslagers Wöbbelin. Alljährlich werden sie zu den Gedenkfeiern anlässlich der Befreiung des Lagers am 2. Mai 1945, die in erster Linie in der organisatorischen Hand des Vereins liegen, eingeladen. 1999 beschlossen die Mitglieder, diese Veranstaltungen fortan „Begegnung der Generationen“ zu nennen. Das heißt, seit nunmehr sechs Jahren werden nicht nur alle diejenigen in Wöbbelin erwartet, die hier befreit wurden

oder selbst unter den Befreiern waren, sondern auch ihre Kinder, Enkel und Urenkel. Auf diese Weise wollen die Vereinsmitglieder dass, was bereits begonnen hat, nämlich das Weitergeben der Erfahrungen, Erinnerungen aus der Geschichte, das Wachsen von Toleranz und Verständnis, das Entstehen persönlicher Freundschaften über die Ländergrenzen hinweg fördern. Diese Idee wurde sehr gut angenommen und seither wächst die Zahl der Familienangehörigen, die die Gedenkstätte nicht nur zum 2. Mai besuchen.

Mit Unterstützung Hilfe des Fördervereins werden in jedem Jahr mehrere Zeitzeugengespräche organisiert. Erich Kary, Überlebender des Konzentrationslagers Wöbbelin, der in Ludwigslust zu Hause ist, stellt sich immer wieder den Fragen von Jugendlichen und Erwachsenen. Auch die Vereinsmitglieder Prof. Guyla Trebitsch, ebenfalls Überlebender und die beiden Befreier des Lagers Leonard Linton und Werner Tom Angress, Veteranen der 82. Luftlandedivision, stehen immer wieder für Diskussionen zur Verfügung. Sie engagieren sich wie die anderen Mitglieder, arbeiten in verschiedenen Projekten mit, wie zum Beispiel die Gestaltung der Begräbnisstätte zwischen Schloss und Stadtkirche in Ludwigslust oder die des ehemaligen Lagergeländes.

Einen weiteren Schwerpunkt innerhalb der Tätigkeit des Vereins bildet die Zusammenarbeit mit Jugendlichen. Nationale und Internationale Workcamps gehören inzwischen zu ihrem festen Bestandteil. Die Jugendlichen widmen sich dabei zum einen der Pflege der Gedenkstätten, unterstützen die laufenden Arbeiten zur Dokumentation der Geschichte und bereichern die Ausstellung mit ihren kreativen künstlerischen Arbeiten.

In Wöbbelin liegen mehr als 160 Opfer des KZ Wöbbelin begraben. Jugendliche des internationalen Workcamps 2003 beschrifteten unter Anleitung einer Europäischen Freiwilligen aus Frankreich ca. achtzig Tontafeln mit Namen von KZ-Opfern, Geburts- und Sterbedatum, Häftlingsnummer und Nationalität. Die gebrannten Platten legten sie auf die Schieferplatten des Häftlingsgräberfeldes in den Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin nieder. Somit waren die Gräber nicht mehr namenlos. Die Tafeln lagen ein Jahr dort und fanden unter den Besuchern große Beachtung.

Die TeilnehmerInnen des 11. internationalen Workcamps schufen mit der Künstlerin Dörte Michaelis im September 2004 auf dem ehemaligen Gelände des Konzentrationslagers fünf abstrakte Figuren. Sie illustrieren wichtige Punkte der ehemaligen Lagerarchitektur: Die Gruppe „Ankunft“ (zwei Figuren tragen eine Dritte) am Feldrand weist auf die Verladerrampe hin. Die Figur „Hoffnung“ in der Nähe der ehemaligen Küche blickt in den Himmel und träumt, die Zweiergruppe „Trost“ sitzt in der Nähe der Latrine eng beieinander. Die einzelne Figur „Hunger“ steht mitten im Wald und den „Tod“ im Lager symbolisiert eine liegende Figur in der Nähe der ehemaligen Pumpe. Alle Figuren sind aus Abrissklinkern grob gemauert und entsprechen in ihrer Ästhetik den noch vorhandenen Mauerresten. Sie sehen roh und fast wie zufällig aus, erinnern an geisterhafte Schatten.

Auch die Jugendlichen der „AG Junge GenossInnen Schwerin“ e. V. aus Schwerin, die Mitglied unseres Vereins sind, haben in ihren vergangenen sieben Workcamps Beachtliches geleistet und unter anderem in Form von Modellen des Lagergeländes, Fotos und Videos zur Dokumentation der Geschichte des Lagers beigetragen.

1999 haben wir anlässlich des Internationalen Kindertags mit der Unterstützung vieler Helfer aus der Gemeinde Wöbbelin und dem Kreis Ludwigslust das „Kinderland“ organisiert. „Kinder, ob geboren in Deutschland, Kroatien, Rußland, Ruanda, China oder anderen Ländern, feiern am 29. Mai 1999 in Wöbbelin ein Fest“, hieß es in der Einladung zum Kinderland 1999. Mit Programmen von kleinen und großen Künstlern, Basteleien, Spielen aus aller Welt, Sportwettbewerben, einer Tombola, Infoständen, internationaler Küche und vielen anderen Aktionen verlebten wir und etwa 500 große und kleine Gäste einen Tag der Kinder verschiedener Kulturen einer Welt. Die Idee zu diesem Kinderfest entstand auf der Suche nach neuen Formen der Gedenkstättenarbeit mit Kindern und Jugendlichen. Uns ging es darum, mit den Wöbbelinern gemeinsam ein Fest der Kinder zu organisieren, das der Integration unserer ausländischen Mitbürger insbesondere der Kinder der Spätaussiedler, den Gedanken der Toleranz, der Akzeptanz anderer Kulturen, der Förderung des Völkerverständnisses sowie der Stärkung der Interessen der Kinder dient. An der Gestaltung des Tages beteiligten sich deshalb neben Künstlern auch Familien der Spätaussiedler und Vereine wie der Kinderschutzbund. Die Kinder hatten die Möglichkeit, künstlerische Programme auf der Bühne vorzustellen und unter Leitung des Künstlerehepaares Gottschalk am Malprojekt für den landesweiten Wettbewerb „Bunt statt Braun“ mitzuwirken. Dieser Wettbewerb setzt sich künstlerisch mit Themen wie „Fremdsein und Ausgrenzung“ auseinander. Leider ließ sich die Veranstaltung aufgrund des zusätzlichen ehrenamtlichen Aufwandes nicht wieder wiederholen.

Seit Herbst 2002 beschäftigt der Förderverein in Zusammenarbeit mit dem SCI (Service Civil International) Jugendliche aus Frankreich, Lettland, Russland und Tschechien im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes in den Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin. Die Jugendlichen unterstützen die Leiterin Edeltraut Schure bei der Korrespondenz, Archivierungs- und Recherchearbeiten. Auf diese Weise konnte unter anderem auch der Kontakt zu im KZ Wöbbelin Befreiten in Frankreich und der Ukraine ausgebaut werden.

Im Kommunikationsraum der Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin sind die Ergebnisse der künstlerischen Auseinandersetzung mit dem Konzentrationslager Wöbbelin in einer Sonderausstellung zu sehen. Entstanden sind beeindruckende Grafiken von Schülerinnen aus der Region im regionalen Workcamp, von StudentInnen im internationalen Workcamp und von einer Freiwilligen aus Russland.

Diese Ausstellung befand sich auch am 27. Januar 2005, dem Tag der Opfer des Nationalsozialismus, im Landratsamt Ludwigslust, als der Lud-

wigsluster Bürger Erich Kary vor einhundert SchülerInnen und Erwachsenen über seine Jugend in den Konzentrationslagern Auschwitz, Mittelbau-Dora und Wöbbelin berichtete. Zu Beginn der Veranstaltung las Simone Labs, die Vorsitzende des Fördervereins, aus dem Buch „Le Cri“, das von der Malerin Halina Olomucki, die im Außenlager Neustadt-Glewe des Frauen-KZ Ravensbrück befreit wurde und ihrer Tochter Miriam Alone gestaltet wurde.

Zu den Aufgaben des Vereins gehört auch die Beschäftigung mit dem anderen Thema, das an diesem Ort präsent ist, mit Theodor Körner. So war er Mitveranstalter des Theodor Körner-Symposiums anlässlich seines 110. Geburtstages im Herbst 2001 und half bei der Realisierung des Jugendtheaterprojektes, in dessen Ergebnis Körners Stück „Der Nachtwächter“ aufgeführt wurde. Durch seine finanzielle Beteiligung ist es möglich, die Theodor-Körner-Bibliothek ständig zu erweitern.

Inzwischen ist der Förderverein gewachsen, ihm gehören Frauen und Männer aus drei Generationen und acht Nationen (Belgien, Deutschland, Frankreich, Israel, den Niederlanden, Polen, der Ukraine und den USA) an, darunter ehemalige Häftlinge und Befreier des Lagers. Sie sind unsere Ehrenmitglieder. Wir arbeiten mit anderen Vereinen und Institutionen in und außerhalb Mecklenburg/Vorpommerns zusammen und sind an weiteren Kooperationen mit anderen Bildungsträgern immer interessiert. Zur Unterstützung der Arbeit in den Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin ist der Verein Mitglied eines Beirates, der im September 2000 von Vertretern aus der Politik sowie verschiedenen Institutionen gegründet wurde. Dieser arbeitet auch eng mit dem am 13. November 2003 gegründeten „Verein Mahn- und Gedenkstätten im Landkreis Ludwigslust“ e.V. zusammen.

Holdes Kleinod sei Erinnerung einerseits
Einzig jenes, welches verbleibt.
Wahrhaft, wie eingegeben
Definiert sie ein Jedermanns Ergehen
Hienieden,
So ist's beschieden.
Doch scheint auch sie dem Verfall anheim gegeben.
Leben an sich ergibt ein Puzzle Komponenten,
Aus bedeutend oder nicht Momenten.
Die deren Bruchstücke zu komplex gestalten,
Um die Bedeutendsten im Detail zu erhalten.
So ist's mit dem Erinnern vorbei
Was ward, was ist, was sei...
Bedeutungslos.
Und dem Tode mag kein Reich verbleiben
So werden Felsen abgetragen,
Die garstig wohl beschattet waren.
Mag drüber keimen ein neuer Samen hin zum Sprössling stark.

Zum Leben gar erblüht ein Dickicht Hain,
Umhüllend hölzern Sarg,
Fürs lieblich Vergessen Sein.
So vergeht Jahr um Tag,
Als garstig Dunkel sich verbarg.
Doch Vergangenes stetig währt...,
Im Erinnern wohl ruht entehrt,
Hier und jetzt für alle Zeit,
Jene Wahrheit Kostbarkeit.
Drehen sich auch sämtlich Uhren,
Hinterlässt erinnern Spuren
Sich sogar hin und wieder zeigen,
Und allen Orts verbleiben.

(Dieses Gedicht entstand im regionalen Workcamp
der AG Junge GenossInnen, Sommer 2004.)

Das Mahnmal für die Opfer der Todesmärsche von 1945 wurde in der Nacht zum 25. Februar 2002 stark beschädigt, mit antisemischen Parolen besudelt und geschändet. Zeitgleich wurde auf dieselbe Weise Anschläge auf Gedenkstellen in Raben Steinfeld und Boizenburg verübt

Das Sandsteinrelief von Jo Jastram wurde am 8. Mai 1960 eingeweiht und im Jahr 1995 umfangreich restauriert.

Eine vollständige Wiederherstellung des Denkmals erfolgte im Jahre 2002 durch den Steinbildhauer und Restaurator Stephan Schötzel

Am 2. Mai 2003, dem 58. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Wöbbelin, fand die feierliche Enthüllung des Reliefs statt.

Die Täter sind bisher nicht ermittelt worden.

12. Zeitzeugenberichte

„Rechlin war meine Bestimmung“

(Benedykt Bolinski, ein polnischer Zwangsarbeiter in Rechlin)

Die langjährige Besatzung und der Anschluss von Teilen Polens ans III. Reich klärte eindeutig sogar die jüngsten polnischen Bürger auf, dass sie „Untermenschen“ waren. Nur absolute Ausführung der Verordnungen konnte vor sehr strengen, insbesondere körperlichen Strafen schützen.

Im 15. Lebensjahr musste ich mich beim Arbeitsamt in Wroclaw/Hohensalza anmelden. Am bestimmten Tag musste ich mit Arbeitskleidung und Wäsche erscheinen. An Ort und Stelle erwies sich, dass es viele so benachrichtigte Jugendliche waren. Nach ein paar Stunden wurden wir zum Bahnhof getrieben und in drei Waggons geladen. Am Nachmittag wurden die Waggons an dem nach Gniezno (Gnezen) fahrenden Zug angeschlossen, wo der ganze Zug zusammengestellt wurde und am 02.01.1941 wurden wir mit diesem Transport in das III. Reich für schrecklich lange und schwere 53 Monate befördert.

Die Trasse dieses Zuges führte durch Szczecin (Stettin) nach Westen. Unterwegs wurden die letzten Waggons der Reihe nach in verschiedenen Ortschaften abgekoppelt. Ich war in dem nach Waren geleiteten Wagon. Im Keller des Arbeitsamtes wurde mir der Buchstabe „P“ aufgenäht, es wurde nächstfolgende Nummer (meine 42) angeheftet und es wurden Fingerabdrücke genommen. Während dieses Eingriffes erfolgte eine Vorselektion und Zuteilung an die zukünftigen Disponenten. Ich war in der Gruppe, die nach Neustrelitz geleitet wurde und am Abend wurde ich mit polnischen Arbeitern zum Lager nach Vietzen am Müritz-See geleitet.

Nach ein paar Arbeitstagen auf Baustellen in Rechlin wurden wir (zwei Polen) zur Arbeit in den landwirtschaftlichen Betrieb von Karl Schultz neben der Bahnstation Rechlin geleitet.

Ein paar Tage haben wir von 6:00 – 17:00 Uhr gearbeitet. Es war ein zu kurzer Arbeitstag und wir wurden mit Übernachtung zu einem Bauern verlegt. Sofort erfolgte die Verlängerung des Arbeitstages, morgens von 5:00 (im Sommer sogar von 3:00 Uhr) bis 19:00 Uhr (im Sommer sogar bis 22:00Uhr). Es gab keinen freien Tag, nur manchmal sonntags, besonders im Winter, nach Bedienung des lebenden Inventars (9:00 – 15:00 Uhr).

Es gab bedeutend kürzere Arbeitstage, wenn ich zur Arbeit in den Wald (wahrscheinlich Umgebung von Ludwigslust) gesandt wurde. Die Arbeitszeit ging von 6:00 – 18:00 Uhr.

Dort gab es eine Baracke mit doppeltem Drahtzaun, Aufsicht durch die Wehrmacht, Stöße mit Gewehrkolben (was an absolute Ordnung erinnerte) sowie Mahlzeiten vor und nach der Arbeit. Beim Bauern gab es drei Mahlzeiten am Tag, wir hatten leichten Zugang zu den für Schweine

gekochten Kartoffeln, zu Kohlrüben und manchmal sogar zur Milch, wenn die Kontrolle beim Melken der Kühe nicht so streng erfolgte. Solche „Erziehung“ und Lebensbedingungen haben mich für immer (bis heute) das Essen aller Speisen ohne Vorbehalt und kurzes Schlafen, etwa 6 Stunden pro Tag gelehrt.

Während des Aufenthaltes lernte ich viele Altersgenossen und ältere Leute aus anderen Ländern aus dem okkupiertem Europa und Polen, auch aus dem von der Sowjetunion okkupierten Teil Polens kennen. Die befreundeten jungen Belgier konnten nicht verstehen, warum nur Polen mit dem Buchstaben „P“ gekennzeichnet wurden und warum wir uns nicht vom Arbeitsplatz entfernen durften und warum wir keine Ausweise hatten. Ich bemühte mich, alles, was ich persönlich gesehen und erlebt hatte, zu vergessen.

Wenn ich mich heute nach vielen Jahren entschlossen habe, ein paar Erinnerungen zu schreiben, so werden nur einige Episoden der Ereignisse oder Episoden meiner Teilnahme an den Ereignissen ohne detaillierte Darstellung von unmenschlicher Behandlung betont.

Am 22. Juni 1941 wurden wir durch den Bauern informiert, dass die Sowjetunion das III. Reich angegriffen hatte. Die Frauen haben geweint, die Männer waren traurig und besorgt. Unser Freund, der Belgier Peter Dogge aus Antwerpen, gab mit Freude bekannt, dass in diesem Fall Polen zuerst befreit werden würde und die polnischen Leute zuerst zum Vaterland zurückkehren werden. Aus bekannten Gründen freuten sich die „Untermenschen“ nicht. Und wir hatten Glück, denn nach 4 Tagen zeigte man uns die Karte mit den Errungenschaften der Wehrmacht- und Peter wurde mit dem Finger gedroht.

Im Frühling 1943 wurden wir durch die befreundeten Belgier informiert, dass im Kino auf der Basis Rechlin die „Wochenschau“ lief, in der von der Sowjetunion besetzten Gebiete und die von ihnen gemachten Fotos, dort viele Sammelgräber polnischer Offiziere und Familienfotos dieser Offiziere sowie andere persönliche Sachen gezeigt werden. Peter überredete mich, mit ihm ins Kino zu gehen. Er lieh mir Kleidung, denn ich hatte ja die Kleidung mit dem aufgenähten „P“. Seit Beginn des Krieges war ich zum ersten Mal im Kino. Das dargestellte Bild der Sammelgräber von polnischen Offizieren (Katyn), die erhaltenen Familienfotos dieser Offiziere riefen das Gefühl von Leid und Entsetzen hervor und nur die Tränen ermahnten mich, dass sich so niemand benahm. Damals weinte ich zum ersten mal in Deutschland. Nach diesem Ereignis kam ich schnell zum Schluss, dass man schnell Deutsch lernen und entsprechende Kleidung kriegen musste. Das ermöglichte mir, später an solchen Eskapaden teilzunehmen.

Im späten Herbst 1943 fuhren die Belgier ab. Sie waren Freiwillige im Rahmen des Arbeitsvertrages. Unter ähnlichen Bedingungen arbeiteten jugoslawische Bürger, Serben, Bosnier. Anstelle von denen wurden drei Personen aus der Sowjetunion gebracht, die mit den Aufnähern „OST“ – weiße Buchstaben auf blauem Hintergrund gekennzeichnet waren. Einer

von denen war Pole – Jan Gira. Weil er aus der durch die Sowjetunion okkupierten Zone Polens gebracht worden war, wurde ihm solche Bürgerschaft trotz ausgedrücktem Widerspruch gegeben.

Es gab auch „lustige“ Ereignisse. Eines Tages musste ich schnell Pferde und Wagen vorbereiten und ich fuhr mit dem Bauern zum Flughafen Rechlin. Aus dem Flugzeug Ju-52 lud ich zwei Kästen mit kleinen Gänsen auf den Wagen. Gegen Mitternacht weckte man mich, damit ich gleich zum Bauern komme. Ich fand ihn im Garten unter vielen älteren Offizieren von der Luftwaffe bei gedecktem Tisch. Daneben standen die Kästen mit den Gänsen. Von vergnügten Offizieren bekam ich die Anweisung, mich mit den Gänsen zu unterhalten, weil sie auch aus Polen sind. Als ich verstand, dass das ein einfaches (primitives) Gespött war, erklärte ich den lustigen Herren, dass schon im 15. Jahrhundert der große polnische Dichter gesagt hatte: „Polen sind keine Gänse und sie haben ihre eigene Sprache.“ Es war die Antwort für die, die damals die lateinische Sprache für besser gehalten hatten.

Im Frühling 1943 kam ein Deutscher, Fritz Beckmann, 50 Jahre alt, körperbehindert mit stark gekrümmten Beinen, aber im Allgemeinen physisch leistungsfähig, zwecks Leitung und Aufsicht. Los, los waren die Grundbefehle, die immer wiederholt wurden. Einmal bekam ich von Fritz die Anweisung, ihm beim Abkuppeln der Pferde vom Wagen und beim Hineinführen in den Stall zu helfen. Ich kuppelte mein Pferd schnell ab und führte es in den Stall hinein. Er machte es länger, sein Pferd lief hinter meinem Pferd her und kippte Fritz dabei um. Für diesen Unfall machte er mich verantwortlich und begann mich mit dem Stock zu schlagen. (Die Wörter werde ich nicht anführen) Im Rahmen der Verteidigung stürzte er nach meinem Fußtritt. Ich nahm ihm den Stock ab, lief zum Bauern, aber es war nur sein Schwiegersohn, Unteroffizier Richard Kaehlke. Er fragte mich, ob ich den Körper von Fritz nicht beschädigt hatte und er empfahl mir, Fritz in einer Entfernung von 5 Metern zu meiden.

Ein paar Monate später hatte Jan Gira (OST) einen bedeutend schwierigeren Vorfall. Während der Entladung von Futter mahnte Fritz B. zur schnelleren Arbeit, er begann sich durch Schreien zu erregen und versetzte Jan Gira einen Stoss mit der Gabel. Jan G. streckte seine Hand aus und verteidigte sich vor einer Verletzung, aber im Rahmen seiner Verteidigung versetzte er Fritz einen Hieb mit dem Stiel der Gabel. Das Resultat dieses Stoßes waren ein herausgesprungener Ellenbogen, zwei verletzte Finger der linken Hand und ein zerschnittener Augenbrauenbogen über dem rechten Auge. Fritz B. wurde ins Krankenhaus gebracht. Bis zum Abend sagte niemand etwas. Am zweiten Tag war auch eine erstaunliche Ruhe und wir dachten, dass diese Angelegenheit verstummen wird. Nach der Rückkehr vom Mittagessen standen zwei Polizisten vor dem Stallgebäude. Sie befahlen, dass sich alle in eine Reihe stellen sollten 2 (P) und 3 (OST) und danach erklärten sie, dass jeder „Untermensch“, der seine Hand gegen einen Deutschen erheben wird, die Todesstrafe erwarten kann. Ich

bekam den Befehl zum Übersetzen und begann das mit gesenktem Kopf zu tun. Mein Kopf wurde gehoben und meine Nase mit einem Pistolenlauf gestützt, was eine Blutung der Nase verursachte. Jan G. bekam den Befehl, sich an die Wand zu stellen, was er mit erhobenem Kopf und ohne Worte machte. Die Polizisten richteten Pistolen gegen Jan G. Es dauerte ziemlich lange, Jan G. stand gerade und bat um nichts und vielleicht ging es darum. Er war älter als ich, damals 20 Jahre alt. Nächstes Kommando „Kehrtwendung“ und es begann die Abzählung 1, 2 Jan G. und wir standen sprachlos da und das hielten die Polizisten nicht aus. Einer von denen schlug Jan G. mit dem Pistolenkolben an den Kopf. Jan G. fiel zu Boden und begann seinen Kopf mit den Händen zu schützen. Dann begannen die Polizisten auf ihn zu springen und zu stoßen. Es waren ältere Männer und sie wurden bald müde, drohten mit Pistolen und gingen ab. Wir brachten Jan G. zu unserem Strohlager, wo er zwei Tage lang lag. Er konnte nicht gehen und sicherlich hatte er gebrochene Rippen. Fritz kam nach dem Aufenthalt im Krankenhaus auch nicht wieder.

Die Steigerung von Kriegsaktionen, häufige Fliegeralarme und Überflüge von großen Formationen der Bombenflugzeuge, die manchmal ein paar Bomben abwarfen, riefen Unruhen hervor. Es wurden uns die Aufgaben für den Fall von Bombardierung bestimmt. Als einmal in der Nacht ziemlich nah eine große Bombe fiel, flüchteten wir ins Feld, weil kein Fliegeralarm verkündet wurde.

Schon seit Frühling 1944 flogen fast jede Nacht und während des Tages die Flugzeuge der Verbündeten. In der Nacht waren oft Feuerscheine sichtbar. Neben der Bahnstation wurden Fliegerabwehrkanonen und auf dem Sprottchenberg auch sehr große Fliegerabwehrkanonen aufgestellt. Das Gebiet rund um den Flugplatz erhielt die Installation für die Herstellung von Nebel sogar während des Tages und wahrscheinlich sah dieses Gebiet aus großer Höhe wie das Wasser vom Müritzsee aus. Nach einem Nachtlarm begann der Tag anzubrechen. Der Bauer entschied, etwas früher zum Melken der Kühe auszufahren. Als ich schon meine Aufgabe (Ausmelken von 4 Kühen) etwas früher als die anderen ausführte, kam der Bauer zu mir und übergab die Information, dass es in dieser Nacht einen besonders schweren Fliegerangriff gegeben hatte, aber 92 Flugzeuge abgeschossen wurden. Ich bemerkte, dass mindestens 200 Flugzeuge abgeschossen wurden. Nach dieser Feststellung bekam ich unerwartet einen Hackenstoß und ich fiel auf den Boden. Ich zog mich aus der Reichweite zurück und begann zu erklären, dass es noch Nacht war (5:00 Uhr) und sie es nicht schafften, alle zu zählen. Der Bauer war schwarz vor Ärger und erinnerte mich, dass die Deutschen wissen, woran sie glauben und dass sie keine Narren sind. Das nahm ich ihm damals und heute nicht übel.

Bei der großen Bombardierung vom 25.08.1944 wurde Rechlin fast umgepflügt. Während dieses Luftangriffs war ich auf dem Feld in der Hälfte der Höhe des Sprottchenbergs mit guter Aussicht auf den Flugplatz. Es war ein unbeschreiblicher Lärm. Gleichzeitig schossen die Kanonen auf dem

Berg, Bomben explodierten und es fielen Blechstücke vom Himmel. Nach der ersten Welle von Bomben lief ich zu einem Graben fast auf dem Berg, wo ich genau sah, wie Bomben in einzelnen Gebieten der Basis Rechlin gelegt wurden. Über Rechlin wurde ein Bomber B-17 abgeschossen. Er fiel mit einer großen Rauchfahne und aus diesen Flammen sprangen 9 Besatzungsmitglieder raus. Alle verbrannten in der Luft. Dieses Ereignis veränderte die Leute, die sich noch sicher über den Sieg des III. Reiches waren. Immer diszipliniert, begannen sie „laut zu denken“ und sich zu überlegen, wie es zu solcher Zerstörung kommen konnte. Die alten Rechliner erinnerten sich, dass die Erprobungsstelle Rechlin ihren Beginn in der Sowjetunion hatte, und dass während vieler Jahre Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Rahmen der Gesellschaft für Entwicklung von Technik und Kultur (Prof. Albert Einstein war der Vorsitzende) existierte, dass der Ribbentrop–Molotow Pakt zwecks Vernichtung des unabhängigen Polens unterzeichnet wurde und dass man unter diesen Leuten Verräter und Spione suchen musste.

Der Bauer und die anderen sprachen darüber mit großem Leid. Sie wunderten sich, das so viele Flugzeuge auf dem Boden verbrannten und das niemand zur Verteidigung startete, weil Piloten auf Motorrädern den Flugplatz zu verlassen versuchten. Der Bauer war ein Soldat aus dem ersten Weltkrieg, sein Sohn kam an der Ostfront ums Leben, ohne einen Nachkommen zu haben und sein Schwiegersohn wurde an die italienische Front gesandt.

Zur Entsorgung der Bomben, die nicht explodiert waren, wurden die Häftlinge in gestreifter Kleidung aus dem Konzentrationslager hertransportiert. Die Technik bestand in Ansetzung von ein paar Häftlingen zur Ausgrabung der Bomben und sie wurden aus sicherer Entfernung durch einen Wächter mit auf sie gerichteter Maschinenpistole überwacht. Sie kehrten oft aus der Basis Rechlin neben der Bahnstation nach Retzow über den Sprotschenberg zurück. Auf diesem Weg sah ich 3 Exekutionen. Es fiel das Kommando „mitnehmen“. Vier Sklaven nahmen den Kollegen auf die Schultern. Niemals lernte ich die Gründe dieser Exekutionen kennen, aber ich hörte einmal einen Kommentar von Frauen -„müssen sie es auf der Strasse machen?“

Die Polizei begann, zivile Arbeiter, insbesondere Polen und Russen als potentielle Spione zu kontrollieren. Strenge Verhöre und komplette Isolation wurde gegen 5 russische Fallschirmspringer angewendet. Bei mir im Sack wurde die Reisekarte „Silva–Wanderkarte“ gefunden. Deswegen hatte ich ein kleines Verhör, welches mit einem Knüttel unterstützt wurde, damit ich zugeben sollte, wer und zu welchem Zweck mir diese Karte gebracht hatte. Konsequenterweise antwortete ich, dass ich sie auf dem Müllplatz gefunden hatte, aber trotzdem wurde ich zur Arbeit im Wald unter Aufsicht der Wehrmacht abtransportiert.

Nach ein paar Monaten war ich wieder beim Bauern. Die sowjetische Armee war schon an der Oder. Überall sehr viele Flüchtlinge, Vorbereitungen

zur Verteidigung, Evakuierung der Familien aus Vietzen und Rechlin. Eines Nachmittags wurden auf dem Abstellgleis zum Flugplatz Roggentin drei mit Stacheldraht überzogene Güterwagen abgestellt. Von der Entfernung hörte man Jammertöne. Vor Mitternacht kamen wir näher und stellten fest, dass es keine Wärter gab. In einem kurzen Gespräch erfuhren wir, dass die Frauen aus Ravensbrück gekommen waren. Es waren russische Jüdinnen. Wir brachten ihnen Wasser und gekochte Schweinekartoffeln, andere Möglichkeiten hatten wir nicht. Am nächsten Tag wurden die Waggons abgeladen und die Kolonne ging unter Aufsicht von Frauen – mit Maschinenpistolen ausgerüstete Wärterinnen in Uniform - mit Hunden in Richtung Lärz. Die Kolonne der erschöpften und sich gegenseitig stützenden Frauen ging sehr langsam. Auf einmal fiel eine Frau und blieb 10 m hinten zurück und kroch dann auf allen vieren weiter. Dann fiel eine Serie von Schüssen und das Kommando „mitnehmen“. Die Kolonne der lebenden Leichen ging weiter.

Ein paar Tage später hielt vor den Gebäuden des Bauern eine durch einen Wächter geführte Abteilung der polnischen Kriegsgefangenen aus dem Lager in Retzow. In den Hof gingen drei polnische Kriegsgefangene hinein. Sie kamen, um sich von uns zu verabschieden. Der nächste Tag war schon anders. Vom Flughafen Rechlin begannen Flugzeuge Me-109 mit angehängten Bomben in Gruppen (20-30) in Richtung Ost zu starten. Gleichzeitig erschienen zum ersten Mal sowjetische Flugzeuge. Sturmflugzeuge attackierten die Wege nach Lärz und Vipperow und die Brücke in Vipperow wurde durch eine Gruppe (6) der fast senkrecht fliegenden Flugzeuge Pe-2 aber ohne Erfolg bombardiert. Niemand nahm uns schon zur Arbeit. Wir wanderten auf Gebieten, die früher nicht zugänglich gewesen waren und in der neuen Situation nicht überwacht wurden. Nirgendwo waren Truppen zu sehen. Und gerade als wir in der Gruppe neben dem Bahngleis zum Flugplatz gingen, sahen wir plötzlich etwa 12-14 Wehrmachtssoldaten, die in Richtung Vietzen-Siedlung liefen. Mikolaj (Weißrusse), unser Kollege begann zu fliehen und bekam eine Serie in den Bauch. Er fiel auf den Boden, darauf wurde die Attacke beendet. Mikolaj starb – es gab keine ärztliche Hilfe.

Während der nächsten Tage gab es komplette Ruhe. Eines Tages wurde im Lager Vietzen eine Nachricht wiederholt, dass sowjetische Truppen über die zerstörte Brücke übersetzten. Es war der 2. Mai 1945, als am frühen Morgen drei sowjetische Soldaten auf das Gebiet der Basis Rechlin marschierten und nach ein paar Stunden waren es schon bedeutend mehr sowjetische Soldaten. Am Abend desselben Tages empfing der Bauer zum Abendessen eine Gruppe sowjetischer Offiziere mit Alkohol und es war wahrscheinlich der neue Beginn der deutsch – sowjetischen Zusammenarbeit und Freundschaft, weil es so aus der Entfernung aussah.

Am nächsten Morgen, 3. Mai 1945 fuhren wir mit Fahrrädern nach Polen ab. (Jan Gira, Kazimierz Ciesielski und Benedykt Bolinski) Ich kenne nur dieses Datum, denn ich hatte die Zeitrechnung schon lange verloren. Im ersten Moment wollte der Bauer uns unsere Dokument nicht aushändigen.

Als wir sagten, dass wir die Soldaten um Hilfe bitten würden, gab er uns die Ausweise sofort mit Vorbehalt, dass wir dies nicht erzählen sollten, falls die alten Mächte zurückkämen.

Der Anfang des Weges führte in Richtung Lärz, vor dem Flugplatz links nach Retzow und weiter nach Mirow, das noch in Flammen stand. Nach Retzow fuhren wir neben einer langen Pferdekolonne und plötzlich begannen ein paar Maschinengewehre zu schießen. Wir fielen auf der rechten Seite in einen Graben und sowjetische Soldaten stoppten den Marsch der Kolonne, es ertönte der Ruf „Urta“ und die Soldaten begannen zu schießen und liefen in Richtung Wald. Es wurde schnell ruhig und wir fuhren weiter, aber ohne Jan Gira – er verlief sich.

Die Rückkehr führte durch Pasewalk nach Szczecin (Stettin). Am dritten Tag (05.05.45) gelangten wir an die Oder. Stettin war noch in Flammen. Die Stadt und Umgebung wurde komplett entvölkert. Als wir zur anderen Seite der Oder durch die Pontonbrücke übersetzen wollten (andere Brücken waren zerstört) wurden alle rückkehrenden Polen zum Bau einer Eisenbahnbrücke arrangiert. Nach drei Tagen der Arbeit begann rundherum eine schreckliche Schießerei. Aus Gewohnheit sprangen wir aus dem ersten Stock in den Garten, um Schutz zu finden. Nach einer Weile gelang russisches Freudengeschrei zu uns: „Kriegsende“. Für uns war alles klar.

Vor dem Sonnenaufgang waren wir auf der Einfahrt zur Pontonbrücke. Es gab keine Wärter und auf der Einfahrt gab es sehr großes Gedränge. In diesem Moment gab es eine große Explosion, etwa 30-40 m vor uns. Die Druckwelle warf uns zu Boden. Bevor ich stürzte, sah ich eine Feuersäule, im Hintergrund die aufgehende Sonne und in der Luft schwebende Körper von Menschen. Wegen einer Mine flog ein Pferdewagen, auf dem Rückkehrer ins Vaterland saßen, voll beladen in die Luft. Für mich ist das bis heute ein Dauerbild aus den letzten tragischen Tagen des Zweiten Weltkriegs. Auch jenseits der Oder kam ich buchstäblich durch die entvölkerten und völlig zerstörten Gebiete.

Am 15. Mai 1945 abends gelangte ich zur jener Bahnstation, von der ich vor 53 Monaten abfahren musste.

Aufgeschrieben in Warszawa, 17. September 2002

(Der Bericht stammt aus dem Archiv des Luftfahrttechnischen Museums Rechlin e.V.)

Post aus Utrecht

(Herman Kugel, ein holländischer Zwangsarbeiter in Malchow)

Ich habe ein bisschen von meinen Erfahrungen als Arbeiter in Deutschland aufgeschrieben. Aber nur Tatsachen und Begebnisse. Berichte von Begegnungen mit Deutschen sind nicht dabei. Ich muss darüber noch nachdenken. Gute und schlechte, es gibt ja so viele Erinnerungen. Ich war kaum in Boizenburg, als mir einer sagte, wenn du jetzt zu dem da gehst, und du erzählst ihm, was ich dir eben gesagt habe, werde ich morgen gehängt. Ach, was ist Wahrheit, was ist Dichtung? Was ist wichtig, was ist Quatsch?

Das Unfallthermometer: Verletzte deutsche, russische, polnische, tschechische, französische Frauen u.s.w. Ohne, oder mit halben Fingern, verletzte Gesichter. An einem Auge blinde Frauen in einer Uniform, welche sie hassten. Mit einem Abzeichen auf der Brust: Ein grünes mit OST für die russischen Frauen und ein blaues mit P für die polnischen.

Russische Kriegsgefangene. Jahre hinter Stacheldrähten. Es ist besser, nicht mehr daran zu denken. Die Frauen waren im Lager neben uns. Erst jetzt habe ich erfahren, dass sie von Ravensbrück waren. Weihnachtsmorgen 1944 mussten sie exerzieren! Mein Bruder schenkte mir ein Buch: „Zur Arbeit gezwungen“. Ich wollte es nicht lesen. Ich wollte niemals mehr etwas damit zu tun haben, weder mit Deutschen noch mit Deutschland. Ich war in den meisten europäischen Ländern. Aber niemals wieder in Deutschland. Nur auf Durchreise. Im Ausland habe ich mich immer gut mit Deutschen verstehen können. Aber nicht in Deutschland! Ich reiste auch nicht nach Österreich.

Jetzt weiß ich, dass es alles ein Irrtum war.

Arbeiter in Deutschland. 1943-1945. Im Jahr 1941 beendete ich die Schule. Ich war 17 Jahre alt. Ich bekam eine Stelle als Kontorist in einem Handelsbetrieb mit landwirtschaftlichen Produkten. Mein Onkel war dort Vorsteher. Mein Lohn war 15 Gulden pro Monat. Ein halbes Jahr später konnte ich bei einem Privatgeschäft das Doppelte verdienen. Der Tausch war schnell gemacht. Aber viele junge Männer in meinem Alter wurden vom Arbeitsamt zur Zwangsarbeit in Deutschland aufgefordert. Nur diejenigen, welche in der Landwirtschaft oder so was Ähnlichem arbeiteten, blieben davon verschont. Deshalb suchte ich eine Stelle als Landarbeiter. Bis 1943 arbeitete ich als Feldarbeiter in der Nähe von Emmen. Im Mai bekam ich vom Arbeitsamt in Emmen eine Aufforderung zum Arbeitseinsatz in Deutschland. Ein Mann im Büro meines Onkels, der zum Widerstand gehörte, schlug vor unterzutauchen. Aber für meine Eltern war das keine gute Wahl. Meine Mutter sah aus wie eine richtige jüdische Frau. Schon zweimal war ein Nationalsozialist bei uns im Geschäft (Schuhladen) gewe-

sen und hatte meiner Mutter gesagt, mein Vater sollte einmal mitkommen. Meine Mutter hatte das jedes Mal verweigert. Nein, Herr Bekkering hat Sie gesagt, mein Mann kommt nicht mit. Mein Vater hatte Kinderlähmung gehabt Er brauchte einen Stock, um gehen zu können.

Ich meldete mich beim Arbeitsamt in Emmen, wurde ärztlich untersucht und mit dem Zug nach Deutschland transportiert. Ich war beeindruckt vom Bahnhof in Hamburg. Überall große Fahnen: Räder rollen für den Sieg. Unsere Gruppe musste auf einem Bahnhof in Boizenburg aussteigen. Der Eingang des Lagers war an der Stelle, wo nach dem Krieg Checkpoint Harry errichtet wurde. Es war nicht weit von der Schiffswerft Thomson und Co. Ich musste dort mit gelber Farbe Motorboote anstreichen. Zum Mittagessen gingen wir zum Schützenhaus. Die Fassade war voll roter Fahnen mit Hakenkreuzen..

Im Gegenteil zu dem, was jedermann fürchtete, war das Essen gut. Nach dem Abendessen konnten wir frei herum wandern. Ich machte einen Spaziergang zum Bahnhof. Ich ging auf den Bahnsteig. An der Laderampe stand ein langer Güterzug. Aus den Güterwagen kam ein leises Geräusch. Ich fragte, ob jemand da drinnen war.. Ich bekam eine Antwort in einer Sprache, welche ich nicht verstand. Ich fragte, woher sie kamen. Mehrere Leute antworteten. Aber ich verstand nichts. Dann fragte jemand, ob es Wasser gab. Ich sagte ja. Von einer Öffnung oben in die Ecke wurde der Stacheldraht etwas entfernt. Es kam ein Eimer durch. Ich füllte den Eimer bei einem Wasserhahn auf dem Bahnsteig. Ich gab den Eimer durch das Loch zurück. Sofort war in den Wagen ein Schall vieler Stimmen: Wasser; Wasser, Wasser. Es kamen drei oder vier Eimer durch das Loch. Der Zug kam langsam in Bewegung. Ich gab den Eimer zurück, ich war noch ein paar Male da. Wenn es solche Züge gab, wurde ich von Soldaten weggeschickt, die auf dem Zug mitfahren.

Im Juli erschienen in Boizenburg Flüchtlinge aus Hamburg. Ihre Häuser waren zerstört und alles Eigentum verbrannt. Ich hatte Angst, das Lager würde auch angegriffen. Später ist das auch geschehen. Ein Bursche meiner Gruppe hatte einen Bruder, der arbeitete weiter im Osten von Deutschland. Er wollte seinen Bruder gerne bei sich im Werk haben. Ich machte den Vorschlag, mit seinem Bruder zu tauschen. Die Betriebsleitung war damit einverstanden. Ich war nicht so ein guter Arbeiter, viel langsamer als alle anderen Leute. Mit dem Zug fuhr ich nach Malchow. Der andere durfte erst abreisen, wenn ich angekommen war. Ich meldete mich im Steinlager. Die Unterkunft war statt einer Baracke ein steinernes Haus. Meine Hausgenossen waren anständige und gebildete Leute. Ein guter Tausch. Die Verpflegung war gut. Zum Abendessen gab es eine große Kantine. In dem Haus war eine Küche, wo wir selber kochen konnten. Meine erste Arbeit war das Leerpumpen von Waggons mit Aceton. Das Aceton musste irgendwo gelagert werden in einem großen Lagertank. Dazu sollten mehrere Hähne geöffnet oder zugemacht werden. Ziemlich kompliziert meiner Ansicht nach. Nach einer Woche war der Vorgesetzte der Meinung, dass

ich die Hähne selber bedienen konnte. Das gelang aber nicht. Der Inhalt eines Waggons gelangte in einen Keller für Abfallflüssigkeit.

Ich wurde zu einem anderen Bunker geschickt. Derjenige, der dort gearbeitet hatte, war nach der Front abgereist. Ich sollte seinen Platz einnehmen. Es mangelte an Arbeitskräften. In diesen Bunker kamen große Fässer herein, mit gelben, etwas fettigen Klumpen dadrin, 5 bis 10 Zentimeter groß. Die Klumpen mussten durch Trichter in eine Maschine geworfen werden. In dieser Maschine wurden die Klumpen fein gemacht und getrocknet. Ich war der einzige Arbeiter in diesem Bunker. Die Maschine war automatisch. Wenn der Sprengstoff aus der Maschine heraus kam, schüttelten Siebe ihn in Dosen. Wenn zu große Stücke heraus kamen, sollten die wieder in den Trichter geworfen werden. Man sollte ständig dabei bleiben und eine Staubmaske tragen. Es war heiß und staubig. Ich hatte keine Lust, dabei zu bleiben. Draußen schien die Sonne, und es war klare Luft. Wenn die Maschine fertig war und die Dosen gefüllt, machte ich die Deckel zu und stellte die Dosen ins Magazin in einen anderen Bunker. Von dort wurden die Dosen abgeholt.

Dann und wann gab es keinen Vorrat. Dann mussten wir schon einmal benutzte Zündhütchen leer und sauber machen, damit sie neu gefüllt werden konnten. Später kamen die Dosen, welche ich gefüllt hatte, zurück. Der Sprengstoff war untauglich und musste aufs Neue gemischt werden. Es war sehr einfach herauszubekommen, wer dafür verantwortlich war. Mir wurden tüchtig die Leviten gelesen. Dabei fiel auch das Wort Sabotage. Aber ich verstand ja nichts. Ich durfte nicht mehr alleine arbeiten.

Meine nächste Aufgabe war etwas gefährlicher als die vorige. Erdfeuchter Sprengstoff musste getrocknet werden. Dazu sollte er gleichmäßig auf einer Platte gespachtelt werden. Eine Plane war in einem hölzernen Rahmen mit einer Gummidecke. Die Platten mit Sprengstoff wurden in einem Korridor fertig gemacht. Danach wurden sie in dem Trockenzimmer auf einem Gestell platziert. Hinter diesem Gestell gab es Löcher. Durch diese Löcher wurde warme Luft über die Planen mit Sprengstoff geblasen. Die Hinterseite von dem Gestell konnte angehoben werden, damit die Platten abschüssig nach vorne standen. Man nannte diese Handlung kippen. Vor dem Gestell war ein leeres Laufband, der Sprengstoff fiel auf das Band. Am Ende des Bandes waren Dosen. Sie wurden automatisch gefüllt. An der Vorderseite von dem Gestell, worauf die Platten hingestellt wurden, gab es Sperrklinken. Sie verhinderten, dass die Planen nach vorne fielen. Während des Trocknens kam kein Mensch in das Trockenzimmer. Wenn das Trocknen fertig war, musste man ins Trockenzimmer hinein, um die gefüllten Dosen herauszuholen. Auf dem Boden lag überall Sprengstoff, der während des Trocknens von den Platten abgeweht war. Überall, wo man gehen musste, sollte der Fußboden erst mit einem nassen Putzlappen sauber gemacht werden. Drei Mauern des Trockenzimmers waren Panzermauern. Die Außenwand war aus leichtem Material. Man konnte in den Trockenraum durch eine Panzertür hineingehen. Vor der Außenwand war

ein Wall. Dieser Wall verhinderte, dass eine Explosion für die Umgebung gefährlich wäre. Während der Zeit, in der ich dort arbeitete, gab es aber mehr Explosionen als normal waren. So eine Explosion war im Steinlager zu hören. Wenn meine Freunde eine Explosion hörten, war das Erste was sie fragten, ist Herman zu Hause. Wenn ich nicht im Werk war; war jeder beruhigt. Aber die Betriebsleitung traute mir nicht. Ich wurde in einen Säurebunker geschickt. Man musste dort einen Säureanzug tragen mit Schirmmütze. Dazu Gummistiefel und Gummihandschuhe. Es arbeiteten mit mir Russen in diesem Bunker. Sie waren nicht unzufrieden. Weil die Arbeit so schädlich war, bekamen sie jeden Tag einen halben Liter Milch. Bei dem Wenigen, was sie zum Essen bekamen, war das eine willkommene Ergänzung ihrer täglichen Ration. Der Vorgesetzte war ein trauriger alter deutscher Mann. Seine zwei Söhne waren an der Front bei Stalingrad. Sie waren in dem Kessel, als der General Paulus kapitulierte. Ich war in dem Moment dabei, als in dem Schauspielhaus den Soldaten ein Nachruf gewidmet wurde. Ich werde das nie vergessen. In dem Bunker, wo ich arbeiten musste, waren im Boden große Kessel. In diesen Kesseln war Salpetersäure. Da hinein sollten Eimer voll roter Chemikalien geworfen werden. Man nannte das Tri. Beim Hineinwerfen spritzte die Säure hoch auf. Ein Tropfen kam auf mein Handgelenk. An dieser Stelle bekam ich eine Entzündung. Das war Ende 1944. Nacheinander bekam ich mehr Entzündungen auf meinem rechten Unterarm. Hinzu kamen starke Bauchschmerzen.

Von einem Estländer bekam ich die Adresse von einem Lettischen Arzt. Er schrieb für mich einen Krankenschein. Der Betriebsarzt war damit nicht einverstanden. Ich sollte wieder ins Werk gehen. Der Estländer hatte einen Schwager, der Landwirtschaftsingenieur war. Er war Betriebsleiter in einer großen Wirtschaft in der Nähe von Malchow. Der Besitzer war an der Front. Obwohl ich wegen meiner Krankheit nicht viel arbeiten konnte, gestattete die Frau des Besitzers, dass ich auf dem Hof schlief. Es arbeiteten noch zwei Holländer auf dem Hof.

Im April kam die Front so nah, dass wir das Mündungsfeuer der Geschütze sehen konnten. Die Estländer hatten, so wie alle baltischen Völker, ihre Erfahrungen mit den Russen und warteten nicht, bis diese in Malchow waren. Mit Genehmigung der Besitzerin nahmen sie einen großen Wagen und zwei Pferde mit vom Hof. Wir fügten uns ein in die Kilometer lange Schlange von Flüchtlingen aus dem Osten Deutschlands und Ostpreußens. Es war gefährlich. Die linke Seite von der Straße sollte frei bleiben für das Heer. Oft wurden Wagen in den Rand gedrückt oder in den Graben. Meistenteils war ich auf dem Wagen. Ich konnte nicht so lange Strecken gehen. Vor Schwerin wurden alle Wagen und LKW von den Amerikanern in die Wiesen geschickt. Soldaten und Offiziere wurden verhaftet. Wir mussten in den Wiesen bleiben. Es regnete andauernd. Ich habe zwei Nächte auf einem Brett unter einem LKW geschlafen. Als die Straße von den Amerikanern freigegeben wurde, wurde ich von den Estländern in ein Auffanglager für Fremdarbeiter gebracht. Dort wollte man mich wegen

meiner Krankheit nicht hereinlassen. Ein Typhuskranker war wegen Ansteckungsgefahr zu gefährlich. Im Schlosspavillon hatten die Amerikaner ein Notlazarett für Häftlinge aus KZs eingerichtet. Dort wurde ich von dem Estländer eingeliefert. Die Pfleger und Pflegerinnen waren Deutsche. Ein amerikanischer Arzt entschied, dass ich aufgenommen werden sollte. Ich war sehr krank., hatte hohes Fieber und Wahnideen.

Ich dachte, dass die anderen Patienten mich bestehlen und ermorden wollten. Während unserer Reise hatten wir viele Leichen von Häftlingen gesehen, die erschossen wurden waren. Schon am ersten Morgen war der Häftling in dem Bett neben mir tot. Dann kam die Nachricht von der Kapitulation und dem Tod des Führers. Ich sprach darüber mit einer Pflegerin. Sie sagte, der Führer mag tot sein, aber in unserem Herzen bleibt er leben.

Nach ein paar Wochen erholte ich mich. Als ich wieder auf den Beinen war, wurde ich aus dem Lazarett entlassen. Am 25. Mai konnte ich nach Holland abreisen. In Lkws und offenen Kohlenwagen. Am 2. Juni 1945 war ich in Groenlo. Dort wurden wir von holländischen Offizieren geprüft. In Groenlo konnte ich ein Fahrrad leihen. Damit kam ich wieder nach Hause.

(leicht gekürzt nach: Erich Martin, Malchow, Kalender für 2002, S. 31 - 35)

KZ Barth Nr. 11927

(Ignacy Golik, ein polnischer KZ-Häftling in Barth)

Es war gegen 10 Uhr, im Lager gab es keine Uhren, als wir Häftlinge aus unserem Block 2 oder 3 gerufen wurden. Soweit ich mich heute noch erinnere, waren wir die letzten ca. 300 Häftlinge, die noch im Lager verblieben waren. Die Frauen und zwei Kolonnen Männer (ca. je 300) waren schon früher aus dem Lager ausgerückt. Jeder bekam ein Stück Brot und durfte seine Decke und Schüssel mitnehmen. Zuerst marschierten wir nach Süden bis zur Straßenkreuzung nach Rostock.

Kurz vor Löbnitz war Wachablösung. Die SS-Posten aus verschiedenen Einheiten, erkennbar durch ihre Abzeichen, verschwanden und wurden durch junge Soldaten in Luftwaffenuniformen ersetzt. Als wir fast in Löbnitz angekommen waren, hörten wir plötzlich eine große Explosion aus Richtung Barth. Wir dachten, die Heinkelwerke wären in die Luft gesprengt worden. Erst ein paar Jahre später erfuhr ich, dass damals die Bombenvorräte, Flugzeuge und Segelflugzeuge gesprengt worden sind.

Die jungen Luftwaffensoldaten, unter ihnen auch ein paar Unteroffiziere, waren zu den Häftlingen viel freundlicher als die SS-Posten. Die jungen Flieger gestatteten uns von zwei verbrannten Lastwagen, Konservendosen zu nehmen. Von diesen Dosen hatten wir fast nichts, da sich ich ihnen nur Kürbis und grüne Bohnen befanden. Wir marschieren noch ein bis zwei Stunden, bis es ganz dunkel war. Unsere Wachposten suchten eine Scheune, in der wir übernachten sollten. Nur wenige Häftlinge gingen zum Schlafen in die Scheune. Die meisten hatten Angst, in ihr durch die Wachposten verbrannt zu werden, obwohl uns die Wachposten versicherten, dass dies nicht geschehen würde. Einige Häftlinge schliefen draußen und andere im Stehen. Wir 4 Kameraden erhielten durch einen Unteroffizier die Erlaubnis, in einer vor der Scheune abgestellten Kutsche zu schlafen. Am frühen Morgen marschierten wir als Marschkolonne weiter in Richtung Rostock. Da die Chaussee mit Zivilisten und Militäreinheiten überfüllt war, mussten wir die Strasse verlassen und über Gräben und Felder gehen.

Zehn bis fünfzehn Kilometer vor Rostock erschienen am Himmel 2 oder 3 sowjetische Jäger und schossen mit ihren Maschinengewehren auf die Chaussee. Es brach Panik aus. In diesem Moment kam ein Wehrmachtsoldat auf einem Motorrad aus Richtung Rostock. Er rief: „Iwan in Rostock! Alles zurück!“ Es war nicht möglich, nach Barth zurückzumarschieren, da die Luftwaffensoldaten schon wussten, dass die Brücke zwischen Ribnitz und Damgarten bereits gesprengt war. Unsere Posten flohen und die Kolonne löste sich auf. Die Häftlinge blieben sich selbst überlassen. Meine 3 Kameraden und ich liefen in Richtung eines 2 Kilometer entfernten Waldes und versteckten uns dort in Kies- und Sandgruben. Einige der Gruben waren bereits mit deutschen Zivilisten belegt. Auch ein Meister aus den Heinkelwerken suchte hier mit seiner ganzen Familie Schutz. Plötzlich er-

blickten wir auf dem Turm der Kirche eines in der Nähe liegenden Dorfes eine weiße Fahne. Wir gingen dort hin, meldeten uns beim Bürgermeister und baten, in einer Scheune übernachten zu dürfen. Als ich einen Major in Luftwaffenuniform erblickte, ging ich zu ihm und erklärte ihm unsere Lage. Er begrüßte uns freundlich und gab uns fast neue Militärhalbschuhe, Tabak und ein paar Brote. Da wir bisher nur in Holzpantinen laufen mussten, freuten wir uns darüber sehr.

Im Dorf waren 2 Offiziere und ca. 300 Soldaten. Der Major erkannte sofort an meinem roten Winkel mit dem Buchstaben P auf der Häftlingskleidung, dass ich ein Pole war. Er fragte mich, ob ich Russisch verstehe. Ich antwortete, dass ich es verstehe, aber nicht gut sprechen kann. Die Soldaten meldeten dem Major, dass sie einen Aufklärungspanzer gesehen hätten. Ein paar Minuten später erschien dieser dann auch. Der Major befahl mir, bei ihm zu bleiben. Der Spähwagen fuhr ins Dorf. Ihm entstieg ein junger sowjetischer Leutnant. Der Major ging mit mir zu ihm, salutierte und meldete die Nummer der Einheit sowie deren Stärke und begab sich in Gefangenschaft. Ich übersetzte diese Meldung halb in Russisch halb in Polnisch. Der sowjetische Leutnant verstand, was ich sagte und gab sofort den Befehl in Marschkolonne mit einer weißen Fahne in Richtung Rostock zu marschieren, was nach einer Viertelstunde auch geschah. Die Kolonne von ca. 300 Soldaten marschierte in die Gefangenschaft nach Gelbensande ohne Bewachung.

Nach dem Abmarsch der Kolonne informierte uns der sowjetische Leutnant, dass sich im Wald Einheiten der Waffen-SS aufhalten, die nicht in Gefangenschaft gehen wollten. Er empfahl uns deshalb, das Dorf sofort zu verlassen. Bereits eine halbe Stunde später waren wir an der Hauptchaussee, an der viele sowjetische Artillerie- und Panzerereinheiten standen. Neben dem Dorf lagen ein entgleister Panzerzug und ein 6-motoriges Transportflugzeug. Dort befand sich ein mit ehemaligen Barther KZ-Häftlingen überfülltes Gasthaus. Aus einer sowjetischen Gulaschkanone, bekamen wir soviel Graupensuppe, wie wir essen konnten. Als wir satt waren, mussten wir noch einmal an die Gefangennahme der 300 deutschen Soldaten mit dem deutschen Major denken. Für uns Polen war es eine große Überraschung, dass sich die 300 deutschen Soldaten fast freiwillig in die Gefangenschaft begaben.

Im Herbst 1939 während des so genannten Feldzuges in Polen, versuchten unsere Offiziere bei der Kapitulation der polnischen Truppen soviel wie möglich Soldaten vor der Gefangenschaft zu retten, d.h. sie erlaubten, die Uniformen zu verstecken und Zivilkleidung zu tragen. Der deutsche Major übergab ganz junge Burschen den Siegern. Das war für uns unverständlich. Wir waren weit davon entfernt, Mitleid mit ihnen zu haben, aber es überraschte uns doch. Waren es doch der deutsche Major und seine Soldaten, die uns als Erste menschlich behandelten und uns Brot, Zigaretten und Schuhe gaben. Seit Jahren hatte uns kein uniformierter Deutscher so gut behandelt. Die SS-Männer sprachen uns immer nur an

mit: „dreckige Polen, polnische Schweine, Sauhunde, verfluchte polnische Banditen, Mistbiene, Scheißkerl, Arschloch ...“

Wir erinnerten uns an die Soldaten im Dorf, als wir uns auf den langen Weg nach Polen machten. Da es in dem Dorf keine Übernachtungsmöglichkeiten gab, machten wir uns auf nach Rostock. Dort angekommen, bekamen wir leicht eine Unterkunft, da viele Einwohner die Stadt verlassen hatten. Ein paar Tage später gingen wir mehrere Tage lang über Stralsund, Greifswald, Anklam nach Pasewalk, von wo aus wir mit Genehmigung einer sowjetischen Frau und der Kommandanten mit einem mit Gleisen beladenen Güterzug bis nach Bydgoszcz fuhren.

Aufgeschrieben in Warszawa, im November 2004
(Der Bericht stammt aus dem Archiv des Fördervereins
Dokumentations- und Begegnungsstätte Barth e.V.)

„Dieses Lager ist mit Dachau vergleichbar!“-

Erinnerungsberichte kanadischer und australischer Kriegsgefangener des Stalag Luft 1 Barth über die Entdeckung des KZ-Barth am 01.05.1945 (Zusammengestellt von Helga Radau)

52 Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges erreichen mich aus Australien erschütternde Berichte ehemaliger Kriegsgefangener des Stalag Luft I Barth über ihre ersten Begegnungen mit Häftlingen im KZ-Außenlager Barth.

Vergeblich habe ich derartige Informationen seitens der Barther Stadtverwaltung in den Akten des Archivs gesucht.

Nur Hermann Beerbaum, Mitglied der am 03.05.1945 gebildeten Stadtverwaltung, beschrieb Jahre später, 1975, in seinem Erlebnisbericht die Situation in Barth:

„Am 1. Mai war es recht kühl und unfreundlich. Plötzlich kam die Nachricht von Personen, die in der Nähe des Flugplatzes wohnten, das KZ würde geräumt. Diese Meldung ging wie ein Lauffeuer schnell durch die ganze Stadt.

Seit den frühen Morgenstunden war zu beobachten, wie die Gefangenen beiderlei Geschlechts durch die SS-Leute eiligst zusammengetrieben wurden. In einzelnen Gruppen an der Hauptstraße zusammengestellt, verließen sie in Eilmärschen Barth in Richtung Löbnitz!

Die ganze Stadt war in kurzer Zeit in Aufregung und voller Empörung über dieses Ereignis! Kein Mensch ahnte, was diesen bedauernswerten Menschen bevorstand. Würden diese unglücklichen Gefangenen noch lebend ihr Tagesziel erreichen oder noch rechtzeitig mit Einheiten der Roten Armee zusammentreffen, da doch nach letzten Meldungen der Vormarsch in Richtung Rostock weiter vorgeschritten war als hier bei uns, da wir den Einmarsch aus Richtung Stralsund erwarteten!

An diesem Tag wurden allerlei Gerüchte verbreitet. In den Unterkünften sollen sich noch eine Anzahl Häftlinge, hilflose Menschen, nicht transportfähig und in den Kellerräumen noch eine Anzahl Leichen von Häftlingen befinden! Ich konnte an diesem Tag nirgends Ruhe finden.

Obwohl ich Hermann Beerbaum von früher Kindheit bis zu seinem Tode am 23.4.1983 kannte und schätzte, bezweifle ich nach meinem heutigen Kenntnisstand der Ereignisse im KZ Barth und in der Stadt gegen Kriegsende den Wahrheitsgehalt seiner Aussage, dass die ganze Stadt Barth wegen der Evakuierung der Häftlinge in helle Empörung versetzt worden wäre.

Fakt ist: Keiner dieser empörten Bürger hielt es für angebracht, sich in das KZ zu begeben, um sich an Ort und Stelle von den schlimmen Zu-

ständen zu überzeugen und erste Hilfsmaßnahmen zu organisieren. Denn fast alle sahen dem Einmarsch „der Russen“ mit Angst entgegen, manche begingen Selbstmord, andere flüchteten in Richtung Westen. Warum sollten sie ausgerechnet den KZ-Häftlingen zu Hilfe eilen, die sie von 1943 bis Kriegsende nur als Verbrecher und Untermenschen betrachtet hatten? Nein, ich bin davon überzeugt, dass die meisten Einwohner nicht nur Repressalien seitens der Roten Armee, sondern auch Racheakte von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Insassen fürchteten.

Die Ersten, die das Konzentrationslager betraten, waren Kriegsgefangene des Stalag Luft I. Nach dem Abrücken der deutschen Lagerkommandantur und der Wachmannschaften waren ca. 10.000 alliierte Flieger frei, und verwalteten vom 1. Mai 1945 bis zum 14. Mai 1945 ihr Lager selbst.=

Aus dem Bericht des Leutnants der Flieger, R. H. Kerr, Angehöriger der Canadian Royal Air Force:

„Es erreichten uns mehr Informationen über das KZ auf dem Flugplatz. Unsere Ärzte unternehmen alles, was sie können, für diejenigen, die am Leben sind, und diejenigen, die transportiert werden können, werden in Hospitals auf dem Flugplatz gebracht. Deutsche Mädchen wurden in Barth aufgegriffen und zum KZ gebracht, mitten in allen Schrecken und Dreck, und angewiesen, die zu pflegen, die so lange gelitten haben. Dieses Lager ist mit Dachau vergleichbar, und für die, die es gesehen haben, ist es unbeschreiblich.

Diejenigen, die zurückblieben, sind nur lebende Skelette, zum Gehen zu schwach, liegen sie in ihrem eigenen Schmutz. Einer von den Jungs (gemeint ist ein ehem. Kgf. des SL I) nahm für sich eine Zigarette heraus, und einer der Häftlinge machte eine Bewegung, dass er sie gern haben möchte. So gab man ihm eine. Anstatt sie zu rauchen, aß er sie mit Papier und allem auf.

In manchen Räumen sind Menschen, die seit mehr als einer Woche tot sind und mit den Lebenden zusammen (auf den Pritschen - H.R.) liegen. Man hat Keller voller Toter gefunden und andere Räume, die für Folterungen benutzt worden sind. Die schweren Ketten und Instrumente zum Knochenbrechen sind noch dort. Wir haben Fotos von den Bedingungen gemacht und schreiben einen offiziellen Bericht über alles, um ihn unseren Regierungen zu übergeben.

Die Russen haben jetzt die Aufsicht übernommen, aber wir arbeiten mit ihnen, um den Dreck zu beseitigen und die Verantwortung mitzutragen.

08.05.1945

Sah das KZ, das mit Hochspannungsdraht eingezäunt ist. Einige Jungs gingen hinein, und obwohl alle Leichen entfernt worden sind, ist der Schmutz noch da, und der Gestank ist unerträglich. Der Geruch von verwesendem Fleisch ist noch spürbar.

Einer unserer Jungs sprach mit einem Griechen, der 14 Jahre lang ein Restaurant in New York hatte. Er, seine Frau, Kinder und Eltern wurden in Athen aufgegriffen und nach Ostpreußen gebracht, und seither hat er nichts von seiner Familie gehört und gesehen. () Er erzählte, dass die Deutschen neben dem neungliedrigen Katzenschwanz schwere Schlagstöcke aus Blei und mit Leder überzogen benutzten, mit denen die Häftlinge auf den Kopf und in die Nieren geschlagen wurden. Im Winter, als sie den Schnee vom Rollfeld fegten oder den Fußboden der Hallen mit den Händen, kniend, aufwischten, versuchten sie, Papier unter die Häftlingskleidung zu stecken, um die Kälte abzuhalten.

Als die Russen das Lager entdeckten, holten sie Angehörige von ihnen bekannten SS-Leuten aus Barth und zwangen sie, die Toten herauszutragen und zu beerdigen. Einer der Jungs kontrollierte, ob sie es machten, und als einer der „Hunnen“ anstatt einen Toten hochzuheben, ihn mit dem Fuß in das Grab stieß, versetzte er dem Scheißkerl einen Faustschlag ins Gesicht und beendete die Sache dann mit dem Gewehrkolben.

Deutsche Rot-Kreuz-Schwesterinnen kamen aus eigenem Antrieb, boten ihre Hilfe an und wurden von den Russen akzeptiert.

Ich vermute, dass ganze Bände geschrieben werden könnten über die Greueltaten, die im okkupierten Europa begangen worden sind.“

Der ehemalige Kgf. des Stalag Luft I, John Adams, Australien, berichtet: „Russische und deutsche Krankenschwestern und unser eigenes medizinisches Personal arbeiten noch Tag und Nacht an den Fällen aus dem KZ Barth. Die meisten dieser Fälle sind kaum noch lebendig, und hunderte von Toten sind entfernt und beerdigt worden.

Ein ehemaliger Kriegskorrespondent, Lowell Bennett, ist dort gewesen, um einige der tragischen, sadistischen Szenen zu fotografieren. Ich bezweifle, ob sie jemals der Öffentlichkeit gezeigt werden. Sie richten einen Kameraden in seiner Pritsche auf, um ihn zu fotografieren, und die Anstrengung war so groß, dass er tot zurücksank. Es gab Keller und Zellen in dem Lager neben dem Flugplatz. Diese wurden voller toter Körper gefunden. Einige unserer Leute meldeten sich freiwillig, um diese Orte zu säubern. Sie arbeiteten in voller Gas-Schutzbekleidung. Meine Pflichten erlaubten mir nicht, zum KZ zu gehen, so sah ich diese grässlichen Szenen nicht selbst.“

Bruce Dixon berichtet in seinen Notizen, dass er beim Besuch einiger seiner Freunde, die auf dem Flugplatz untergebracht waren, die Gelegenheit nutzte, um sich das KZ anzusehen. Er scheint sehr entsetzt von dem Geschehen gewesen zu sein.

Herold Kerrs' zur selben Zeit gemachten Notizen stimmen sehr mit denen von Bruce überein.

Aus einem Brief Bruce Dixons vom 4. 1. 1998: „Bezüglich der Hunderte Leichen vom KZ Barth - sie werden in der Nähe beerdigt worden sein. Lo-

well Bennett, der amerikanische Kriegskorrespondent, der sie fotografierte, wurde, so glaube ich, in einem B 17 Bomber über Berlin angeschossen und repräsentierte eine bekannte Zeitung, wie z.B. die New York Times. Ich bin mir sicher, wenn sie an diese Zeitung schrieben, würden sie die Suche nach Lowell Bennett und seinen Fotos aufnehmen. Ich sah nur männliche Insassen des Konzentrationslagers - keiner von ihnen konnte allein stehen.“

Walter T. Upon, Australien, notiert im Mai 1945: „Das Lager ist mit elektrisch geladenem Stacheldraht umgeben. Es sind dreistöckige Gebäude aus Mauersteinen, sehr solide gebaut. Russische Offiziere, die das KZ inspizierten, schüttelten die Köpfe, als sie den schrecklichen Schmutz in den Schlafräumen der Häftlinge betrachteten. Sie sagten, dass sie viel Schlimmeres in Russland und Polen gesehen hätten, wo Millionen in den Konzentrationslagern starben.“

Interviews:

Ein 15-jähriger polnischer Jude, sechs Jahre in deutschen Konzentrationslagern, hilflos und stimmlos, nur fähig, zu starren, wusste nicht, wo sich seine Familie befindet. Ein anderer 15 Jahre alter polnischer Jude verbrachte acht Monate im Barther KZ, vorher war er im Stettiner Lager (KZ Pölitz - H.R.). Derselbe Zustand.

Ein deutscher Jude, der englisch sprach, war seit sechs Jahren in Konzentrationslagern. Er ist 40 Jahre alt und sieht aus wie 60. Seit 1939 ist er in vielen Lagern gewesen und in allen waren Schläge und Bestialitäten an der Tagesordnung. Obgleich er am Verhungern ist, wurde ihm nur ein halbes Glas Milch stündlich gestattet. Nachdem sie medizinisch versorgt worden waren, wanderten einige Häftlinge, die wie „Zombies“ aussahen, hilflos in die Stadt Barth. Sie konnten es nicht fassen, dass sie befreit worden waren, und als sie einen alliierten Soldaten trafen, verbeugten sie sich vor ihm in Demut....“

(Die Zusammenstellung erschien schon in: Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zwischen Warnow und Barthe (Schriften der Geschichtswerkstatt Toitenwinkel 5), Rostock 1998, S. 23-26)

13. Anschriften der Autoren, Projekte und Vereine

Verein Land und Leute

Bildungsstätte Alte Synagoge Röbel
Kleine Stavenstraße
17 207 Röbel/Müritz

Helga Radau

Stellvertretende Vorsitzende
Förderverein Dokumentations- und Begegnungsstätte Barth e.V.
Teergang 2
18 356 Barth

Norbert Biege

Stellvertretender Vorsitzender
Luftfahrttechnisches Museum Rechlin e.V.
Am Claassee 1
17 248 Rechlin

Christine Kindt

Wischendamm 3
19 079 Banzkow

Dr. Martin Albrecht

Pappelallee 1
10437 Berlin

Dr. Reno Stutz

Seelöwenring 14a
18 059 Rostock

Simone Labs
Hauptstraße 37
19 246 Neuenkirchen

Petra Klawitter
Regionale Schule Gelbensande
Sportplatzweg 7
18 182 Gelbensande

Eleonore Wolf
Neubrandenburger Stadtarchiv
Postfach 11 02 55
17 042 Neubrandenburg

Florian Ostrop
Turnplatz 8
23 970 Wismar

14. Bildanhang



*Reste eines Spitzbunkers auf dem Gelände des Munitions- und Sprengstoffwerkes Malchow, 2004
Foto: Albrecht*



**Mechanische Werkstätten
Neubrandenburg G.m.b.H.**
(SITZ BERLIN)

Werk I und Verwaltung: Berlin-Britz Siedender Straße 31/32 Telex. Berlin K 1-342	Werk III: Neubrandenburg I. Mod. Dammier Straße 47 Telex. Neubrandeng. K 1-386
---	---

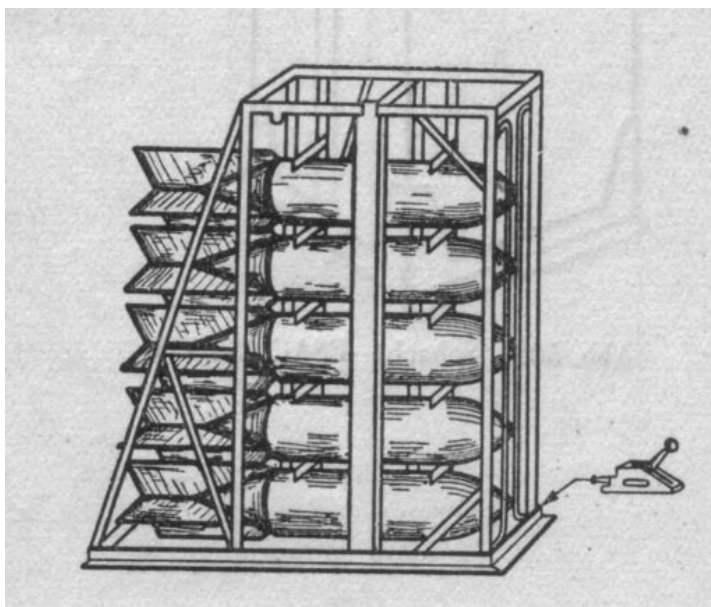
Berlin 623431 Fernruf: Neubrandenburg 955

Spezialfabriken für:

Abwurfgeräte mit elektrischer od. mechanischer Auslösung
Maschinengewehr-Drehringe, Lafetten und Synchronisatoren / Drehbare Flugzeugkuppeln aus Plexiglas
Maschinengewehr-Übungs- und Lehrgeräte für Flugzeugführer, Flugzeugbeobachter und Waffenmeister / Luftzielvorstellungen durch horizontale und vertikale Schleppscheiben / Übungs- und Prüfgeräte für Bombenvisiere

VERTRETUNGEN IN ALLEN STAATEN

*Werbeanzeige der Mechanischen Werkstätten
Neubrandenburg, 1939, Foto: Albrecht*



*Bombenablaufgerüst aus der Produktion der Mechanische Werkstätten Neubrandenburg, 1939
Foto: Albrecht*



*Luftbild nach dem amerikanischen Luftangriff
auf die Warnemünder Industrie am 9.4.1944
Foto: NARA Washington D.C.*



Das KZ-Außenlager auf dem Flugplatz Barth, um 1944

Foto: Förderverein Dokumentations- und Begegnungsstätte Barth e.V.



Eine Tafel der Stele 2, Lern- und Gedenkpfad Barth, 2004

Foto/Graphik: Förderverein Dokumentations- und Begegnungsstätte Barth e.V./ Barth Design Wolfgang Sohn



*Luftaufnahme der Gruppe Nord der Erprobungsstelle Rechlin,
Foto: Luftfahrttechnisches Museum e.V.*

*Öffentlichkeitsarbeit zum 10-jährigen Bestehen des Luftfahrttechnischen Museums Rechlin
Foto: Luftfahrttechnisches Museum e.V.*





*Das Mahnmal für die Opfer der Todesmärsche von 1945 nach der Schändung vom 25. Februar 2002.
Foto: Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin*

*Das am 2. Mai 2003 wiederbergestellte Mahnmal in Wöbbelin
Foto: Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin*



Das KZ-Außenlager Schwarzenpfost

Das KZ-Außenlager Schwarzenpfost bestand aus dem Verlagerungsbetrieb der Heinkel Flugzeugwerke in Schwarzenpfost und dem Unterhäftlager für die Häftlinge in Oberhangen. 1943, nach besonders starken Bombardierungen der Stadt Rastatt, wurden langgestreckte Flugzeugproduktionsstätten der Heinkel Flugzeugwerke an gut getarnten Orten ausgelegt, um sie, auch in Schwarzenpfost, wieder aufzubauen. Sie sollte ein großer Betrieb auf einem Gelände von 97 ha errichtet werden. Fast ausschließlich KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter wurden für diesen Vorhaben missbraucht. Unter schweren Bedingungen mussten die Männer und Frauen in der Flugsatzfabrik arbeiten, die sich im Wald befand. Unter Aufsicht der SS (überwiegend Einheiten der Totenkopfverbände) lebten die rund 1000 - 1500 ausgewählten Menschen ein entsetzliches Leben, ohne ausreichende Kleidung, Essen, Hygiene und medizinische Versorgung. Deutsche, Ungarn, Holländer, Bulgaren, Norweger, Polen, Ukrainer, Russen, Tschechen, Jugoslawen und jüdische Menschen waren hier her verschleppt worden. Das Unterhäftlager für weibliche Häftlinge, nach Aussagen von inhaftierten Frauen kamen später auch männliche Häftlinge dazu, befand sich in Oberhangen. Mit dem Vorhaken der Front wurde das Lager am 1. Mai 1945 geräumt und die Gefangenen über Markgräfenriede in Richtung Heide Düne getrieben. Die SS erschoss die Häftlinge, die vor Ermordung und Schwelge nicht weilen konnten. Als der Wachmannschaft erfuhr, dass die Rote Armee bereits in Wannenried stand, setzte sie sich in Zivilkleidung ab. Wie viele Menschen das Lager Schwarzenpfost überlebt haben, das werden wir wohl nie erfahren.

Eine Gedenktafel des Verlagerungsbetriebes der Heinkel Flugzeugwerke Schwarzenpfost. Hier mussten die Häftlinge für die Flugzeugbauarbeiten arbeiten.



Ein Zeitzeugnis, das einen Arbeitsalltag in den Heinkel Flugzeugwerken wieder ausleben lässt.
 (Broschüre vom Oktober 2003)
 „Ich erinnere mich an den Tag, als ich zum ersten Mal in das Lager Schwarzenpfost kam. Ich war ein junger Mann, der aus dem Osten kam. Ich wurde in ein Barackenlager gebracht, das aus Holz gebaut war. Die Häftlinge dort waren sehr müde und hungrig. Wir mussten hart arbeiten, um die Flugzeuge zu bauen. Die SS war sehr streng und grausam. Wir wurden oft geschlagen und misshandelt. Das Leben im Lager war ein Kampf ums Überleben.“
 Ein alter Zeitzeuge kann mit der Zeitzeugen nicht kommen.
 „Ich war ein KZ-Häftling, der im Lager Schwarzenpfost war. Ich war ein junger Mann, der aus dem Osten kam. Ich wurde in ein Barackenlager gebracht, das aus Holz gebaut war. Die Häftlinge dort waren sehr müde und hungrig. Wir mussten hart arbeiten, um die Flugzeuge zu bauen. Die SS war sehr streng und grausam. Wir wurden oft geschlagen und misshandelt. Das Leben im Lager war ein Kampf ums Überleben.“



Heinkel-Flugwerke des ehemaligen Heinkel-Flugzeugwerkes Schwarzenpfost



Funkfeuer auf dem Gelände



Funkfeuer eines ehemaligen Häftlings auf dem Gelände des ehemaligen Verlagerungsbetriebes der Heinkel-Flugzeugwerke Schwarzenpfost

Matthias Wittenberg, geb. am 20.10.1924 in Mülba, Ungarn
 (aus: Völkischer Anzeiger, 03.09.1940, Ausgabe vom 13.09.1940)
 „Matthias Wittenberg wurde am 20.10.1924 in Mülba, Ungarn, geboren. Er war ein junger Mann, der aus dem Osten kam. Er wurde in ein Barackenlager gebracht, das aus Holz gebaut war. Die Häftlinge dort waren sehr müde und hungrig. Wir mussten hart arbeiten, um die Flugzeuge zu bauen. Die SS war sehr streng und grausam. Wir wurden oft geschlagen und misshandelt. Das Leben im Lager war ein Kampf ums Überleben.“

Zeitzeugenbericht von Maria Ziemann, Betriebsrätin-Gefangene, aus Rastatt
 (Broschüre Landeshistorisches Museum, Reg. 58 VII/10, 2003)
 „Ich erinnere mich an den Tag, als ich zum ersten Mal in das Lager Schwarzenpfost kam. Ich war eine junge Frau, die aus dem Osten kam. Ich wurde in ein Barackenlager gebracht, das aus Holz gebaut war. Die Häftlinge dort waren sehr müde und hungrig. Wir mussten hart arbeiten, um die Flugzeuge zu bauen. Die SS war sehr streng und grausam. Wir wurden oft geschlagen und misshandelt. Das Leben im Lager war ein Kampf ums Überleben.“



Schwarzenpfost - Heinkel

Erinnerungen eines ehemaligen Häftlings an das Lager Schwarzenpfost - Anna Wittenberg, Rastatt, geb. am 10.09.1924
 „Ich erinnere mich an den Tag, als ich zum ersten Mal in das Lager Schwarzenpfost kam. Ich war eine junge Frau, die aus dem Osten kam. Ich wurde in ein Barackenlager gebracht, das aus Holz gebaut war. Die Häftlinge dort waren sehr müde und hungrig. Wir mussten hart arbeiten, um die Flugzeuge zu bauen. Die SS war sehr streng und grausam. Wir wurden oft geschlagen und misshandelt. Das Leben im Lager war ein Kampf ums Überleben.“

Erinnerungs- und Informationstafel auf dem ehemaligen Gelände des Verlagerungsbetriebes der Heinkel-Flugzeugwerke, Schwarzenpfost 2003

Foto: Klawitter

Pflegearbeiten auf dem Lazarettfriedhof in Gelbensande 2004

Foto: Klawitter

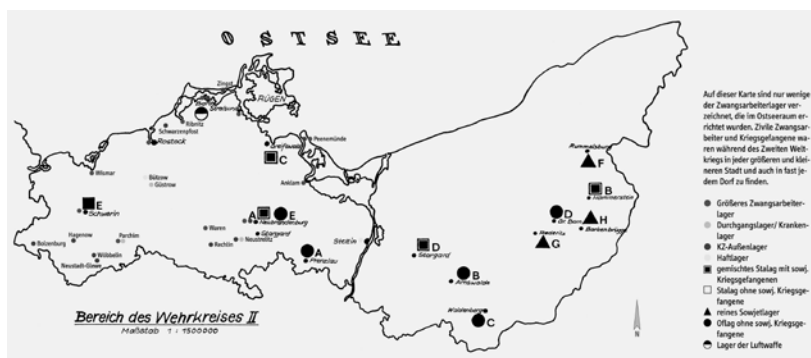




Belgische Zwangsarbeiter vor einer Baracke in Wismar - Dargetow

Foto: Archiv Ostrop

Ausgewählte Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlager im Wehrkreis II
Graphik: Geschichtswerkstatt Rostock e.V.





Polnische Zwangsarbeiter in Barß

Foto: Förderverein Dokumentations- und Begegnungsstätte Barß e.V.



*Studenten im Jugendcamp bei Geländearbeiten im ehemaligen Munitions- und Sprengstoffwerke Malchow, 2004
Foto: Verein Land und Leute e.V.*

Campiteilnehmer bei Geländearbeiten in Retzow, 2004

Foto: Verein Land und Leute e.V.





*Schülergruppe des Projektes Zeitenspringer der Fritz-Reuter-Schule in Malchow, 2004
Foto: Verein Land und Leute e.V.*

*Der ehemalige holländische Zwangsarbeiter Herman Kugel auf dem Friedhof in KZ-Häftlinge und gefallene Sowjetsoldaten in Malchow, 2004
Foto: Verein Land und Leute e.V.*





Zwangsarbeiter in Barth

Foto: Geschichtswerkstatt Rostock e.V.

Rostocker Schüler bei der Projektarbeit

Foto: Geschichtswerkstatt Rostock e.V.





Blick auf die Neubrandenburger Marienkirche 1945

Foto: Neubrandenburger Stadtarchiv

Die Neubrandenburger Innenstadt 1945

Foto: Neubrandenburger Stadtarchiv



In der Reihe „**Beiträge zur Geschichte Mecklenburg-Vorpommern**“ sind bislang folgende Publikationen erschienen (kostenlose Bestellungen über das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung sind teilweise möglich):

1. Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern 1945 - 1949.
Anmerkungen zur Geschichte einer Region
(Klaus Schwabe) – vergriffen
2. Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD
in Mecklenburg-Vorpommern (Klaus Schwabe)
3. Verfassungen in Mecklenburg zwischen Utopie und Wirklichkeit
(Klaus Schwabe)
4. Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern
(Klaus Schwabe)
5. Mecklenburg-Vorpommern - Land am Rand für immer?
(Büschel/Fronius/Gurgesdies/Pfüller/Witt) - vergriffen
6. Spuren jüdischen Lebens in Mecklenburg
(Heinz Hirsch)
7. Albert Schulz - Ein Leben für soziale Gerechtigkeit und Freiheit
(Klaus Schwabe)
8. Juden in Vorpommern (Wolfgang Wilhelmus)
9. Wurzeln, Traditionen und Identität der Sozialdemokratie
in Mecklenburg und Vorpommern (Klaus Schwabe u.a.)
10. Beiträge zur Geschichte der Industrialisierung in Mecklenburg und
Vorpommern (Kathrin Möller u.a.)
11. Rüstung und Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Mecklenburg
und Vorpommern (Martin Albrecht u.a.)
12. Widerstand gegen das NS-Regime in den Regionen Mecklenburg und
Vorpommern (Autorenkollektiv)
13. Technikgeschichte kontrovers: Zur Geschichte des Fliegens und des
Flugzeugbaus in Mecklenburg-Vorpommern (Autorenkollektiv)

